



Wortprotokoll

Der 160. Sitzung vom 8. Jänner 1987

Resoconto integrale

della seduta n. 160 dell'8 gennaio 1987

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

S E D U T A 160. S I T Z U N G
8.1.1987

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 110/86: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 1987 e per il triennio 1987-1989 (legge finanziaria 1987)" e

Disegno di legge provinciale n. 111/86: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1987 e bilancio pluriennale 1987-1989"

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 110/86: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 1987 und für den Dreijahreszeitraum 1987-1989 (Finanzgesetz 1987)" und

Landesgesetzentwurf Nr. 111/86: "Haushaltsvorschlag der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1987 und mehrjähriger Haushalt 1987-1989"

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.07 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.
Prego dare lettura del processo verbale.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): (Legge il processo verbale - verliest das Sitzungsprotokoll)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Sono assenti giustificati i consiglieri Kaserer, Klotz, Mayr, Meraner, Peterlini, Rubner e Sfondrini.

Continuiamo la discussione generale sul disegno di legge provinciale n. 110/86: **"Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 1987 e per il triennio 1987-1989 (legge finanziaria 1987)** e sul

disegno di legge provinciale n. 111/86: **"Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1987 e bilancio pluriennale 1987-1989"**.

Landesgesetzentwurf Nr. 110/86: **"Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 1987 und für den Dreijahreszeitraum 1987-1989 (Finanzgesetz 1987)"** und

Landesgesetzentwurf Nr. 111/86: **"Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1987 und mehrjähriger Haushalt 1987-1989"**.

La parola al consigliere Pahl per continuare il suo intervento.

PAHL (SVP): Ich setze die Überlegungen zur Frage des Proporztes noch mit einigen Bemerkungen fort.

Die italienischen Kollegen wissen, daß beide Seiten sich in der Praxis des Aushandelns von Proporzquoten immer schon im flexiblen Rahmen abgesprochen haben. Beiden Seiten war auch immer bewußt, wie folgenreich für ganz konkrete Menschen in einer Zeit der starken Jugendarbeitslosigkeit jedes Abweichen von Proporzprozenten ist. Das einmal müssen ein paar deutsche Jugendliche ihre beruflichen und damit existenziellen Hoff-

nungen in den Wind schreiben, wenn wir uns flexibel zeigen, das andere Mal die andere Seite. Wir wissen darum als Politiker, die entsprechende Entscheidungen enttäuschten Jugendlichen der eigenen Volksgruppe erklären müssen, mehr als jene, die sich zu lockeren Bemerkungen verleiten lassen. Als Politiker befassen wir uns konkret genug mit der Lebenssituation von arbeitssuchenden Menschen, auch mit der Tatsache, daß die ländliche deutsche Jugend mit der Arbeitslosigkeit noch schlimmer dran ist als die italienische. Wir wissen also, auf welche Verantwortung wir uns einlassen. Bis jetzt ist es die deutsche Seite, die aufholen muß. Wenn die deutschen Jugendlichen gegenwärtig von den höheren Proporzquoten profitieren als die italienischen Jugendlichen, dann deshalb, weil eine Generation zuvor so gut wie nichts erhielt und das harte Los der Auswanderung in die Bundesrepublik auf sich nehmen mußte, um überhaupt zu überleben. (Das hat auch zwei Mitglieder meiner Familie getroffen). Die Begünstigung besteht nur für den einzelnen deutschen Jugendlichen, der Arbeit sucht, die Volksgruppe als solche muß dennoch dreißig Jahre warten, bis sie ihren Anteil aufholen kann. Diesem Kompromiß haben wir zugestimmt. Wir haben also zugestimmt, daß Benachteiligungen nur in Etappen ausgeglichen werden. Das ist konkrete Friedenshaltung und tatsächlicher Verzicht. Wir hätten dem nicht zustimmen können, wenn wir die italienische Bevölkerung und ihre Jugend von heute einer dauernden Sippenhaftung für das faschistische Unrecht aussetzen wollten. Wir wollen es nicht. Wir verstehen von menschlicher Geschichte genug, um zu wissen, daß unsanfte Gewalt am dauerhaftesten durch sanfte, nicht durch radikale Wiedergutmachung beseitigt wird. Die Kriege lehren eine andere Logik. Nach der Freiheitsauffassung der heutigen Neofaschisten war einigen Hunderttausend ihrer Landsleute im ersten Weltkrieg der Tod problemlos zuzumuten, um ein Stückchen Trentino und Triest zu gewinnen. Es ist viel schwerer, einsichtig zu machen, warum man auf Mächtatzen verzichten soll, wo sie doch möglich wären. Die Geschichte der politischen Handlungen hat nämlich tatsächlich mit Gewalt und Opfern an Menschen nicht nur Unrecht, sondern oft auch Recht geschaffen, sich verlorenes Recht wieder geholt. Letztlich wird es zu einer durch rein politische Überlegungen nicht mehr einsichtig zu machenden Haltung, warum man gelegentlich ein höheres Interesse im Machtverzicht sehen soll, wo eine Frage doch auch durch Macht, sogar durch rechtmäßig zulässige und vertretbare Macht entschieden werden könnte.

Tatsächlich leisten diesen Verzicht die Verhandlungspartner in Sachen Autonomie öfters als die eiligen Kritiker bemerken. Es wird nie ganz ersichtlich sein, ob sie im konkreten Fall dem höheren Interesse des Friedens wirklich gedient oder einer bestimmten Menschengruppe bloß eine Belastung zugemutet haben. Das ist eine Frage der Interpretation oder doch einer Erkenntnis, die zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht zweifelsfrei zu gewinnen war.

Wenn die Südtiroler Volksvertretung mit Überzeugung und innerer Zustimmung zur Existenz der italienischen Bevölkerung in Südtirol ihr Ja sagt, wenn sie die politischen Konsequenzen auch bei dieser Haushaltsge-

barung zieht und im Koalitionsprogramm übereingekommen ist, den jeweiligen Bestand nicht absichtlich zu verändern (faktisch ändert er sich dennoch, wie die Bevölkerungsstatistik zeigt), so muß diese deutsche Volksvertretung das nicht restlos beseitigte Risiko und damit die historische Verantwortung eingehen, vielleicht doch die eigene Volksgruppe auf den Weg der Assimilierung geführt zu haben. Volksgruppen assimilieren sich faktisch zwar sehr häufig, manchmal freiwillig. Aber eine Assimilierung zu verursachen oder zuzulassen, wo das Volk diese gerade nicht will, heißt schlicht und einfach, ihm mit dem Raub seiner Kultur auch seine genuine existenzielle Würde zu rauben. Das verstehen nicht nur die Verfechter der Menschenrechte, sondern auch die geschichtliche Kirche, in deren Denken der Begriff der Menschenrechte erst entstanden ist. Diese gleiche christliche Kirche hat mit der Einführung der Muttersprache in die Liturgie dem Menschenrecht auf die eigene Kultursprache Anerkennung verschafft, wenn auch nicht damit allein und nicht erst mit diesem Schritt, sondern schon um Jahrhunderte früher im Einsatz für amerikanische Indianer.

Wenn wir - und hier schließe ich mich ausdrücklich in den Plural ein - in den letzten Jahren, gerade auch von kirchlicher Seite, mit welcher Qualität der Aussage auch immer, auf die Friedensnotwendigkeit verwiesen wurden, obwohl die heute wirkende politische Generation wohl nur wenig unterlassen hat, Frieden durch gerechtere Verhältnisse und nicht durch Kleinbegeben zu schaffen, so können wir das über die mangelnde Präzision mancher Stellungnahme hinweg am besten als einen grundsätzlichen, immer gültigen Appell verstehen: Haltet Frieden, wo ihr könnt, gebt auch einmal nach oder einmal mehr nach, wenn ihr das verkraften könnt, versteht euren Willen, gerechtere Verhältnisse herauszustellen, als Friedensaufgabe, nicht nur mit dem Blick auf das schwere vorausgehende Unrecht in der jüngsten Geschichte.

Vielleicht ist in manchen dieser Appelle, wo sie nicht gerade allzu zweideutig vorgebracht werden, auch eine, die unmittelbare politische Erfahrung übersteigende, Hoffnung ausdrückt, daß sich das Friedenmachen auch dort lohnt, wo der Vorteil des Friedens unter der Sichtweise der politischen Kategorien nicht ohne weiteres glaubhaft zu machen ist. An diesem Punkt endet jede Argumentation in der Übernahme einer so oder gearteten Verantwortung für das Schicksal von Menschen.

Da die Politisierung der Gesellschaft eine allgemeine Zeittendenz ist, bleibt einem nichts übrig, als sie unter dem Blickwinkel zu betrachten, ob sie auch eine Chance enthält. Sie enthält sie dann, wenn man auf die politisierenden Kräfte in der Gesellschaft - der Verbände oder auch der Kirche - ernsthaft eingeht, ihnen ernsthaft ihren guten Willen glaubt, ihre Motivation als ehrlich voraussetzt und damit die rein atmosphärischen Störungen gar nicht erst aufkommen läßt. Dann aber muß die Prüfung der Argumente und je nach deren Qualität Zustimmung, Korrektur oder allgemein sachliche Diskussion erfolgen. Das kann zum beiderseitigen Vorteil sein. Wir werden einmal mehr zum Nachdenken unter verändertem

Aspekt genötigt. Die Partner des Gesprächs im politischen Vorfeld werden genötigt, ebenfalls genauer zu prüfen, also präziser politisch zu denken, Komplikationen nicht zu unterschlagen, sich der speziellen Mühe des politischen Dialogs über politische Verhältnisse nicht auf dem Wege bloßer Pressestellungen zu entziehen.

Die ältere politische Generation hat die Gewohnheit angenommen, sich den Äußerungen von gesellschaftlichen Kräften im politischen Vorfeld - ausgenommen nur gegenüber Gewerkschaften - nicht zu stellen. Das scheint heute keine angemessene Haltung mehr zu sein, weil die Politisierung massiv Platz gegriffen hat. Das ist soweit gegangen, daß es immer häufiger scheint, als würde die Politik ihre Entscheidungen nicht mehr auf eigener Diskussionsgrundlage fällen, sondern immer abhängiger werden von den politischen Bemerkungen nichtpolitischer Kräfte.

Sie nimmt also, genaugenommen, ihren Auftrag nicht mehr voll wahr, wirklich frei zu entscheiden. Sie entscheidet manchmal nur noch formal selbst, nicht mehr oder nur noch teilweise auch inhaltlich selbst.

Wo aber die nichtpolitischen Kräfte der Gesellschaft mangels Partner für die Diskussion sich nicht ernstgenommen fühlen, werden sie in ihrer Meinungsäußerung immer vehementer, aber dennoch nicht qualifizierter werden.

Menschen, die man als grundsätzlich politisch mündig gelten läßt, haben aber ein Anrecht, daß man ihre Argumente aufgreift, sie zur Diskussion einlädt, ihnen die Seriosität der Problemerkörterung von Partner zu Partner abfordert, anstatt ihnen stumm bei ihren Auftritten vor Medienbühnen zuzusehen.

Wo sie wichtige Gegenstände zur Sprache bringen, müssen sie auch wichtig genommen werden in ihren Anliegen - was nicht undifferenzierte Zustimmung bedeuten muß.

Wir kommen auch gar nicht umhin, den Dialog anzubieten und zu fordern. Im Mediencitalter wirken öffentlich geäußerte Meinungen ins Bewußtsein der Leute. Neue Inhalte setzen sich langsam fest, auch wenn sie bestehende politische Parteienmehrheiten nicht sofort verändern. Parteien können sich aber nicht allein auf Mehrheiten verlassen. Wenn sie sich als Institutionen weiterhin zum politischen Vertretungshandeln berufen fühlen wollen, müssen sie neue geistige Entwicklungen und Veränderungen des öffentlichen Bewußtseins selber unter die Lupe nehmen, sie müssen selber als prägende Konkurrenten der öffentlichen Willensbildung auftreten, nicht nur für sich allein als Parteien, sondern bewußt auch im Meinungsstreit und Dialog mit nicht spezifisch politischen Kräften. Sie sollten das auch aus Verantwortung, nicht nur aus dem Interesse der Erhaltung ihrer Institution tun. Denn die Parteien sind nun einmal wirklich jene Kräfte, unter denen sich Menschen mehr oder weniger von Berufs wegen und folglich intensiv, also im wesentlichen sachgerecht im Detail und mit Bezug auf die Zusammenhänge, beschäftigen. Grundsätzlich sind und bleiben die Politiker doch jene Menschengruppe, die für die Politik, also die Regelung der Fragen des Zusammenlebens von Gemeinschaften, am geeignetsten

ist. Amateure ersetzen den Fachkundigen nicht. Ausnahmen ändern die Regel nicht. Politiker wissen um die Notwendigkeit, laufend neues Wissen zu erwerben, auch wenn sie nicht an alle Idealvorstellungen Platons für Staatenführer heranreichen.

2. Die Bedingungen für die Zukunft in Frieden und Identität der Gruppen. Nach dieser Situationsanalyse und der Klärung der Rahmenbedingungen unserer Politik, deren folgenreichster Ausdruck jeder Haushalt ist, komme ich auf die Bedingungen für eine friedliche Zukunft unter Wahrung der Identität der Volksgruppen zu sprechen. Ich setze dabei meine Überlegungen unter den besonderen Gesichtspunkten fort, die ich schon eingehend genug beschrieben habe. Ich will eine begriffliche Klärung und systematische Gliederung der wichtigsten Elemente versuchen:

Diese sind:

- 1) Heimat und Heimatrechte der Volksgruppen
- 2) Autonomiefunktion und gemeinsame Autonomiesprache
- 3) Friedliches Zusammenleben
- 4) Politische Zukunftsformen
- 5) Übernahme des politischen Erbes durch die nächste Generation.

Diese Punkte geben kein abgerundetes Bild, sie greifen nur die Fragen auf, die ins allgemeine Bewußtsein und in den Widerstreit der Meinungen geraten sind. Meine Bemerkungen dazu sind auch nicht als fertige Lösungsangebote aufzufassen. Ich trachte lediglich danach, ein paar vernünftige Gedanken zur politischen Aufarbeitung beizusteuern. Dabei kommt es mir vorwiegend auf den Sinn der Aussagen an, nicht auf die wörtliche Formulierung, die immer im Zusammenhang der Standardformulierungen unserer politischen Parteiensprache zu sehen und damit zugleich wieder zu relativieren sind. Die politische Gebrauchssprache lebt in ihrem speziellen Raum, sie hat ihre jeweiligen parteilichen Chiffren, ihre historischen Bedingtheiten, ihre eingefahrenen Wendungen. Das ist der Grund, warum von außen unser politisches Sprechen oft genug inhaltlich mißverstanden wird und warum wir uns nicht im gewünschten Maße verständlich machen können.

Nach diesem Verweis auf die besondere Tonart des politischen Sprechens nun zu der heiklen Frage: Was meinen wir und was können wir wem zuerkennen, wenn wir von Heimat und Heimatrechten sprechen? Ich will in kleinen Gedankenschritten vorgehen: Südtirol gehört als Heimat in dem Sinn, wie die deutsche Sprache "Heimat" meint, nur den Deutschen und Ladinern. Sie haben sich diese Heimat durch die Kultivierung erworben, auch im Rahmen des geschichtlichen Tirol und seiner Einordnung in das "Regnum Teutonicum", ab dem 14. Jahrhundert im engeren Bereich des Hauses Habsburg. Dabei blieb es bis zur Abtrennung des Gebietes an das italienische Königreich. Dieser Schritt hat die Südtirolfrage entstehen lassen und damit die Südtirolpolitik als Ringen um Überleben und als Bemühen um angemessenes, zumutbares Leben im italienischen Staatsverband.

Die Heimat ist für die Südtiroler dennoch die gleiche geblieben und Italien hat das zumindest bedingt anerkannt, indem der Pariser Vertrag unterzeichnet und die Optionsvereinbarung annulliert wurde. Italien hat

also nicht das Heimatrecht der Südtiroler in Frage gestellt, sondern ihnen lediglich die Existenz der italienischen Bevölkerung im gleichen territorialen Heimatraum abverlangt. Unbeschadet des schweren faschistischen Unrechts haben wir das zur Kenntnis genommen und innerlich angenommen. Dabei bleibt es. Während für Südtiroler das Heimatrecht also grundsätzlich geklärt und von Italien ebenso grundsätzlich anerkannt ist, bleibt noch die unausweichbare Frage des "Heimatrechts der Italiener in Südtirol".

Jetzt ist umsichtige Klärung gefordert, weil wir emotionalen Sprengstoff berühren.

In bezug auf eine effiziente gesetzliche Absicherung des Wohnrechts und Lebensrechts der Italiener in Südtirol gibt es keinen Zweifel. Das ist so zweifelsfrei durch unsere Zustimmung zum Pariser Vertrag und zur Autonomie gegeben und, falls dennoch jemand einen unbegründeten Zweifel hätte, auch durch die staatliche Machtkontrolle abgestützt. Im gesetzlichen und im realen machtmäßigen Sinne bedarf es also keiner klärenden Diskussion mehr. Die "minoranza italiana" gibt es in Südtirol nur in einem nicht politisch relevanten Sinne der reinen Zahl, mit der nach der Lage des wirklichen Verhältnisses keine politische oder menschliche Beeinträchtigung, weder individuell noch kollektiv, für Italiener in Südtirol verbunden ist. Das wird, soviel ich sehe, grundsätzlich auch von den italienischen Kollegen dieses Landtags anerkannt, auch wenn davon nicht häufig und nicht deutlich genug die Rede ist.

Es ist grundsätzlich gut so, daß es sich so verhält, weil damit die wichtigste Voraussetzung zum Frieden geschaffen ist.

Wenn wir über Heimatrechte diskutieren, geht es also um diese Heimat nur im seelischen Sinne, in dem Sinn, daß wir die Barrieren ausräumen, die der Entstehung und Festigung eines inneren psychischen Heimatgefühls im Wege stehen. Es geht also darum, daß die italienische Bevölkerung und vor allem ihre Jugend, mit der wir morgen Südtirolpolitik betreiben müssen, die gelassene Sicherheit gewinnt, daß sie vernünftigerweise nichts zu fürchten hat und also zum eigenen Nutzen darangehen kann, zu diesem Land eine seelische Bindung zu gewinnen. Diese Bindung soll darin bestehen, daß dieses Land mit seiner deutschen Geschichte innerlich angenommen und in seinen wesentlichen Lebensäußerungen schließlich geliebt wird. Damit wären dann Wurzeln geschlagen; die politische Tonart würde sich entspannen, das Gemeinsame in den Verschiedenheiten erkannt und die Verschiedenheiten durch die jeweilige Zuerkennung verschiedener Praxisformen des alltäglichen Lebensvollzugs wohlwollend zuerkannt. Rechtlich ist das längst erfolgt. Aus der rechtlichen Zuerkennung muß also noch verstärkt die innere Identifikation erfolgen. Das ist ein Prozeß in langsamen Schritten. Wir sind als deutsche Volksvertreter, soweit ich sehe, für diesen Prozeß und behindern ihn nicht. Wir sind bereit, ihn zu fördern, soweit wir damit nicht auf unserer Seite zuviel abverlangen. Auch wir brauchen Zeit und vertrauen auf die Wirkung der Zeit.

Die italienische Seite hat es in der Hand, im eigenen Interesse bei ihrer Jugend Möglichkeiten zu schaffen, Heimatgefühl zu erzeugen, indem sie diese Jugend an die geschichtsmächtige moderne Lebenswirklichkeit in unserer Südtiroler Heimat heranzuführt. Sie kann zunächst einmal einen wahrheitsgemäßen Geschichts- und Geographieunterricht vermitteln. Das tut sie bis jetzt nur in wenigen Ansätzen. Die italienischen Maturanten haben dieses Land nicht in sich innerlich aufgenommen, wenn sie mit ihrem Reifezeugnis abgehen. Sie kennen die Sprache zu wenig, stehen den Traditionen mit wenig Verständnis gegenüber, halten die Autonomie für eine Benachteiligung, die SVP für eine feindliche Parteiorganisation mit heimlichen Revancheabsichten und fühlen von dem seelischen Gehalt dieses Kulturlandes kaum etwas. Ausnahmen bestätigen die Regel. Dies alles ist nur deshalb so, weil die italienische Landespolitik ihre Aufgabe nicht erkannt oder nicht für notwendig gehalten hat. Dabei wäre das alles nicht so schwer, bedürfte nur einer etwas systematischen Planung, bei der wir gerne ein wenig mithelfen könnten, weil es auch in unserem höheren Interesse liegt. Diese Frage bedürfte einer eingehenden Erörterung. Ich verweise nur darauf, weil mir scheint, daß es sich um eine der Kernfragen handelt, die mit Phantasie und Vernunft zu lösen sind, und zwar durchaus so, daß keine kulturelle Beeinträchtigung der Südtiroler zu gewärtigen ist. Unsere Sache ist es, auf unserer Seite gegenteilige Befürchtungen überzeugend und geduldig aufzufangen. Das ist nicht einfach, aber möglich.

Die Diskussion um diese Dinge ist angelaufen, gegen den Willen auf unserer Seite und nicht zu unserem Vergnügen, aber sie ist nicht mehr auszuklammern, also verweigern wir uns nicht, weil die Politik nicht nur rechtliche, sondern auch psychische Vorgänge in Gemeinschaften klären muß.

Landesrat Dr. Zelger, der Verfechter des Begriffs der getrennten Entwicklung der Volksgruppen zum Zwecke des Friedens unter den Volksgruppen hat bei einer Rede auf Schloß Tirol mit seiner Formulierung vom Heimatrecht der italienischen Jugend diese Frage angesprochen. Er hat es, weil der Anlaß nicht gegeben war, nicht in der erforderlichen, umfassenden Klärung getan, und damit auch den unvermeidlichen voreiligen Jubel auf der einen und kritische Ablehnung oder einfach Schweigen auf der anderen Seite hervorgerufen. Ich habe aber diesen Hinweis von ihm dennoch als hilfreichen Anstoß verstanden. Wir müssen die Frage umfassend aufgreifen, die verschiedenen Aspekte in ihrem Für und Wider prüfen, auch mal einen Irrtum riskieren und trotzdem darauf vertrauen, daß unsere Vernunft die Frage schrittweise lösen wird. Meine eigenen Bemerkungen dazu sind selbst nur ein Anstoß, der wiederum Fragen eher stellt als schon beantwortet. Ich lasse aber keinen Zweifel daran, daß dieser Fragenkreis politische Gegenwart ist. Ich nehme ihn darum ernst, einmal aus unausweichliche, und darum politische Aufgabe, dann aber auch mit einem inneren schöpferischen Interesse, das mich immer befällt, wenn eine Beschäftigung mit anderen kulturellen Elementen und ihren menschlichen Wirklichkeiten anstehen. Ich erlaube mir aber nicht die Fahrlässigkeit, mit me-

diengerechten Schlagworten vorzusprechen. Das halte ich für politische Unreife. Wer unbedingt damit auffallen und die Zustimmung nur auf einer Seite suchen will, soll die Verantwortung für sein zerschlagenes Porzellan übernehmen.

Wer in diesem Felde einen echten Beitrag leisten will, muß sich der Mühe unterziehen, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu machen, er muß Phantasie entwickeln, in größeren Zusammenhängen denken und zugleich ein bißchen praktisches Experimentieren in überschaubarem Felde betreiben. Ich unterstreiche nochmals, daß man auf die Lernbereitschaft der italienischen Jugend grundsätzlich vertrauen kann. Wer sie unvoreingenommen annimmt, wird sehen, daß sie nicht von Natur aus Nationalisten und Feinde des Deutschtums sind, sondern daß sie lediglich verschiedene Interessen verfolgen, die nicht identisch mit unseren sein können. Eine unüberbrückbare Gegnerschaft, eine Gegnerschaft aus Prinzip, ist damit nicht verbunden. Ich sage das im Bewußtsein mancher gegenteiliger Erfahrung, jüngster Ereignisse und neofaschistischer Verhetzungstendenzen.

Diese Bemerkungen sind nicht als fertige Lösungsformeln, sondern als der Anfang eines toleranten, um Wahrhaftigkeit bemühten Dialogs zu sehen. Ich ersuche um diesen Dialog aus menschlicher Friedensbereitschaft genauso wie aus meinem patriotischen Interesse, die Grundlagen der deutschen Lebensverhältnisse unserer Volksgruppe zu sichern. Weil Frieden menschlich ist und möglich ist, bin ich für politische Friedensschritte, ich bin also in dem geschilderten Sinne für das "Heimatrecht" der Italiener in Südtirol. Ich wende mich dabei nicht an sensationssüchtige Schlagwortproduzenten, sondern an Menschen mit gutem und intelligenten Willen. Ich wende mich an meine Freunde, an die Parteikollegen und ihren Willen zum kritischen Mitdenken, und ich wende mich an die italienischen Kollegen, weil es sich bei der Verschiedenheit der Ausgangspunkte um gemeinsame Interessen handelt, weil wir in verschiedener Funktion Verwalter von Macht und menschlichem Schicksal in Südtirol sind.

Der zweite Punkt ist das Autonomieverständnis und die Sprache, in der wir es formulierten.

Ich setze unsere Auffassungen als hinreichend bekannt voraus. Wir geben sie in allen politischen Versammlungen, auf Parteitagen und jede Woche in diesem Hause bekannt. Ich beschränke mich also auf folgende Sätze:

Die Zustimmung zur Autonomie ist Ausdruck eines doppelten Willens: unseres Willens, nicht zuzulassen, daß unsere kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Grundbedingungen irreversibel geschädigt werden. Zweitens haben wir den Willen, die Teilautonomie in der Form des Südtirolpakets ernsthaft zu erproben und nicht locker zu lassen. Wir betreiben also Autonomiepolitik als Politiker, die von der relativen Chance der Autonomie überzeugt sind. In der Formulierung der "relativen Chance" sind beide Worte gleich zu betonen. Die nun 14jährige Erfahrung mit der neuen Autonomie hat uns beides eindrucklich, erfreulich und leidvoll, gezeigt.

Nicht hinreichend geklärt ist die Frage, zu welchen gemeinsamen Formulierungen wir uns als deutsche und italienische Volksvertreter heute schon bereitfinden können. In einigen sind wir uns im Alltag längst schon einig. Aber Fragen sind offen. Eine solche präzise Frage ist, wie es sich wirklich mit den Vermutungen verhält, daß einige Mitglieder dieses Hauses von Fall zu Fall in römischen Kanzleien die Untergrabung autonomer Befugnisse, Gesetze und Vorhaben betreiben. Diese Frage ist zu beantworten. Das muß nicht vor einem lüsternen Publikum geschehen, aber unter uns im Gespräch. Wir werden uns im höheren Interesse unnützer Anklagen enthalten, aber eine Klärung der Frage ist erforderlich. Eine Anfrage dazu liegt von einer Kollegengruppe bereits im Landtag. Man verstehe sie als Anstoß, die Klärung nicht aufzuschieben. Es geht uns weniger um den Nachweis eines Faktums, sondern um die Bereinigung des gegenseitigen Verhältnisses in einem nicht unwichtigen Teilbereich, um unsere Rahmenbedingungen. Wir kennen uns gut genug, um uns nicht gegenseitig mit Worten täuschen zu können. Wir wissen, wie die Wasser beschaffen sind, mit denen wir uns waschen. Wir können uns also recht gelassen begegnen.

Aber es geht um etwas Umfassenderes, um eine für die Bevölkerung verdeutlichte Autonomietheorie. Sie könnte vielleicht so lauten: Die Südtirolautonomie ist zwar von ihrer Entstehung her für die Südtiroler bestimmt, aber ihre Wirkung bezieht sich auf alle Volksgruppen. Die Italiener Südtirols verlieren nichts als einige menschenrechtlich unhaltbare Privilegien. Der Verlust schmerzt, darum sind 30 Jahre für die Herstellung des Proporztes vorgesehen. Die deutsche Seite wartet so lange zu. Die Autonomie bringt die italienische Bevölkerungsgruppe und vor allem die arbeitssuchende Jugend gegenüber Gesamtitalien in eine bevorzugte Position. Die Italiener Südtirols sind also, während sie unhaltbare Privilegien schrittweise verlieren, bevorzugte Italiener. Das gleicht Verluste aus, während gleichzeitig neue Rahmenbedingungen für das friedliche Zusammenleben nicht nur im gesetzlichen, sondern auch im atmosphärischen Bereich geschaffen werden.

Die Entdeckung einer neuen, die Südtiroler nicht mehr ernstlich gefährdenden Bevorzugung bringt eine neue Chance ins Spiel: die Autonomie, wenn auch teilweise aus unterschiedlichen Beweggründen, gemeinsam zu verteidigen. In dieser Hinsicht müssen wir einen Appell an die italienischen Kollegen richten, die in diese Verhältnisse ja einen guten Einblick haben. Wenn sie die Autonomie mit uns verteidigen - manchmal tun sie es ja schon -, dann sind wir beide Nutznießer. Das Bewußtsein gemeinsamen Nutzens kann der Anfang für ein gemeinsames politisches Empfinden sein, das letztlich zu einem gemeinsamen Landesgefühl führen kann. Ich will einmal etwas kühn vorgreifen und sagen: wenn wir uns zu gemeinsamer Autonomie-sprache durchringen, wenn die italienische Jugend ein Heimatgefühl findet, dann wird nach und nach ein landesbezogenes Nationalgefühl heranwachsen. Jetzt muß ich es aber gleich klären, weil sonst ein vieldeutiges und mißverständliches Wortpaar im Raume stünde, das mir entweder einen falschen Jubel oder falschen Zorn zuziehen müßte.

Der Begriff eines gemeinsamen "Südtiroler Nationalgefühls", in dem der Südtiroler (deutscher oder ladinischer) Angehöriger der österreichischen Bevölkerungsgruppe in Italien bleibt, seine Identität bewahrt und seine freie Entwicklung sicherstellen kann, schließt auf der anderen das lebendige, emotional seiner selbst durch Heimatgefühl sicher gewordene Interesse der italienischen Landespolitik und Landesbevölkerung ein, sich für Gemeinsamkeiten auch gemeinsam zu schlagen. Unter solchen Vorstellungen ist die Schweizer Nation entstanden, eine Vier-Völkernation deutsch geprägter Dominanz, politisch stabil, neutral, wirtschaftlich gesund, angesehen, europäisch eingebunden und über seine Grenzen hinauswirkend.

Vergleiche hinken. Wir sind keine Schweiz und brauchen keine zu werden. Wir befinden uns aber auf einem engen Raume, der nur zu sechs Prozent unter 1600 Meter Meereshöhe liegt. Auf weniger als 50.000 ha Fläche müssen wir leben, wohnen und wirtschaften, unsere Streitfragen regeln, unsere Identitäten bewahren und verbindliche Regeln für friedliche Kooperation festlegen. Wir Südtiroler sind eine Schicksalsgemeinschaft in zweifacher Hinsicht: Die Deutschen und Ladiner sind Opfer des italienischen Imperialismus von 1919, Opfer des faschistischen Staatswahns, abgespeist mit einer kargen, täglich bedrohten und schon vom Ansatz her nur halben Autonomie. Wir haben in vielen Bedrohungen durchgehalten, haben uns von akuten Bedrohungen befreien können ohne langfristige Sicherheit. Aber wir leben und gehören trotz vieler Einschränkungen, die nicht sein müßten, wenn die italienische Republik es nicht so wollte, zu jenem Teil der westlichen freien Menschheit, die über grundsätzliche Privilegien an Freiheiten, an geistigen Gütern, an materiellen Voraussetzungen und an Leistungswillen verfügen, die im europäischen Rahmen des Abendlandes technischen und kulturellen Fortschritt sichergestellt haben. Wir sind frei von kriegerischen Auseinandersetzungen, leben innerhalb politisch verfehlter staatlicher Grenzen, die jedoch für jeden Bürger offen sind. Wir sind im Besitz wesentlicher demokratischer Mittel, auch wenn sie nicht ausreichen. Wir sind frei von physischem Hunger, haben wirtschaftlich aufgeholt und sind finanziell in der Lage, notleidenden Menschen unseres Landes mit sozialen Maßnahmen beizustehen. Wir können uns in dieser Hinsicht zum glücklichen Teil der Menschheit zählen. Diese Chancen verpflichten, während uns die ungelösten politischen Fragen zum entschiedenen Handeln auffordern.

Die gemeinsame Verteidigung der Autonomie ist für die Südtiroler ein natürliches, unmittelbar einsichtiges Anliegen. Wir können uns auf keine Macht berufen. Das kann sich die italienische Seite. Sie scheint manchmal der leidigen Versuchung zu erliegen, ihre römischen Machtzentralen anzurufen, um sich Vorteile zu verschaffen, die das autonome Leben nicht fördern. Öffentliche Erklärungen der DC beweisen das ganz ungeschminkt. Die DC-Partner handeln aus politischer Ambivalenz, wenn sie wechselweise Ja zur Autonomie und ihrer gemeinsamen Verteidigung sagen und dann wieder von Bedrohung durch die gleiche Autonomie sprechen. Ich verstehe, wie leicht man mit einem Machtstaat im Hintergrund der Versu-

chung erliegen kann, die Autonomie so ganz ernst doch nicht zu nehmen. Diese Versuchung ist menschlich, weil die Machtlage für die italienischen Kollegen günstiger ist als für uns. Sie ist es auch dann noch, wenn wir uns in vielen Fragen wieder teilweise durchsetzen.

Wenn ich an die italienischen Kollegen, an die italienische Bevölkerung und ihre akademisch gebildete Jugend als ihrer späteren Führungsschicht mit dem Ersuchen zu intensiverem Dialog wende, so ist mir bewußt, daß auf der anderen Seite keine unmittelbar einsichtige Notwendigkeit besteht, diesen Dialog umfassend zu führen. Es besteht nur eine Notwendigkeit höheren Interesses, das ich so formulieren will: die italienische Seite wird als Ersatz für den Privilegienverlust mit Privilegien entschädigt, die sie zwar nicht mehr uns gegenüber, sondern der Konkurrenz ihrer Landsleute gegenüber hat. Diese Vorteile liegen im Proporz, in den wirtschaftlichen Erfolgen, die eine gute Abstimmung der Maßnahmen für beide ermöglichen, in der Finanzkraft unseres Landes, sobald die Durchführungsbestimmungen für die Geldzuweisung genehmigt sind, im Vorteil der geordneten, leistungsfähigen und planungsbefähigten Verwaltung, in der ausgereiften Sozialhilfe, der Grundfürsorge, dem großzügigen Sozialwohnbau, der Nahrungssicherung durch unsere gesunde Landwirtschaft auch dann, wenn kriegerische Ereignisse oder schwere weltpolitische Konflikte uns von überseeischer Nahrungszufuhr abschneiden sollten, in den individuellen Leistungsreserven, im Gemeinschaftssinn der Bevölkerung, in ihrer grundsätzlichen Toleranz- und Friedensbereitschaft, in ihrer kulturellen und psychisch ungebrochenen Verankerung im Heimatgefühl, in ihrer optimistischen, zupackenden Lebenshaltung.

Von diesen Dingen besitzt die italienische Bevölkerung, die keine homogene, sondern in einem politischen Kolonialakt des Duce bunt zusammengewürfelt worden ist, weniger als wir. Sie kann aber, wenn sie will, viel mehr als bisher an diesen Gütern teilhaben. Sie muß sich das nur verdeutlichen und sich auf die politischen Konsequenzen dieser Bewußtwerdung einlassen, sie braucht also nur die politischen Folgerungen in entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Die deutsche Seite kann das nicht an Stelle der italienischen Politiker tun, aber sie kann helfen, wenn man diese Hilfe annehmen will und die Bedingungen und den Rahmen abspricht, in dem sie erfolgen soll.

Dann werden die Probleme zwar nicht weniger und nicht leichter, aber sie werden in einem günstigeren Geist angepackt, sie werden von zwei Nationalitäten, die beide ein starkes nationales Hinterland haben, in Österreich oder Italien, zu beiderseitigem Nutzen angepackt. Aus dem Geist dieser Kooperation und aus ihren Folgewirkungen wird das neue "Südtiroler Nationalgefühl" entstehen, nicht eine kulturelle Mischnation, der wir nie zustimmen können, sondern ein gemeinsames Schicksalsgefühl in dem Sinn, daß wir aus entschiedener Friedensgesinnung mit Verstand und Vernunft und gutem Willen grundsätzlich kooperieren, auch die getrennt bleibenden Felder gemeinsam abstecken.

In diesem Sinne wird es dann tatsächlich nur noch Südtiroler geben, gleich welcher Sprache. Für die deutsche und ladinische Seite wird Südtirol das historisch in Gesamttirol verwurzelte, politisch durch Österreich abgedeckte Südtirol bleiben. Diese Bindungen an Österreich gedenken wir nicht zu opfern, sondern zu verstärken. Für die italienische Bevölkerung und Jugend aber wird es dann soweit kommen, daß aus ihrem "Alto Adige", ein "Sudtirolo" wird, also eine Heimat, für die sie etwas zu leisten bereit sind, ohne sich wie permanente Urlaubsgäste zu fühlen, die alles sofort und für sich haben wollen, ohne Gegenleistungen zu erbringen.

Ich verweise nochmals darauf, daß dieser Sachverhalt, den ich mit dem Begriff eines neuen "Südtiroler Nationalgefühls" bezeichne, außerhalb der normalsprachlichen Bedeutung und streng im Rahmen des speziellen Sachverhalts zu sehen ist. Der Begriff soll nur als Hilfsbegriff dienen, also nicht unbesehen in die Diskussion geworfen werden.

Ich bin damit an den Punkt gelangt, wo das sogenannte "friedliche Zusammenleben", die "pacifica convivenza" als Thema ansteht. Ich habe mit diesem Begriff zugewartet, weil er durch die hitzige Diskussion der letzten Jahre so überladen und undeutlich geworden ist, daß zuerst auf die Grundlagen dieses friedlichen Zusammenlebens verwiesen werden mußte. Das habe ich nicht erschöpfend, aber ausreichend unter verschiedenen Aspekten getan.

Das friedliche Zusammenleben ist eine politische Notwendigkeit, real schon lange erreicht und eine Folgewirkung gerechterer Verhältnisse nach Ausräumung einiger wesentlicher Hindernisse. Wenn es trotzdem als Zielvorstellung auftaucht, dann ist diese in dem Sinn zu formulieren, daß die grundsätzliche Friedensgesinnung sich mit Geduld, Phantasie und in verbindlichen politischen Regelungen Tag für Tag bewähren muß. Etwas verbindlich durch einen politischen Ordnungsrahmen regeln, bedeutet, die menschlichen Bedürfnisse mit Blick auf die jeweilige historische, kulturelle und mentalitätsmäßige Verfassung dieser Menschen regeln. Es heißt, das grundlegende Menschsein im Blick bewahren, also das grundlegend Gemeinsame sehen, und zugleich das grundlegend Verschiedene beachten, indem man den Menschen so nimmt, achtet und sich entwickeln läßt, wie er sein grundlegendes Menschsein, mit dem er am Menschlichen und der Menschheit schlechthin Anteil hat, in seinem konkreten Individual- und Gemeinschaftsleben ausdrückt. Bei Immanuel Kant würde das vielleicht heißen, die Maxime des eigenen Handelns so gestalten, daß sie als Maxime eines allgemein gültigen Gesetzes gelten kann. Mit Karl Jaspers würde man davon sprechen können, daß man das "Umgreifende" des menschlichen Daseins erfaßt.

Es geht um die Frage, ob der gegenwärtige politische Rahmen zur Sicherung der Südtiroler ausreicht.

Ich habe das bejaht, wenn man das unmittelbare Überleben meint. Dafür reichte die Teilautonomie dann, wenn sie vom Staat respektiert würde. Das ist allerdings nicht der Fall, wie wir alle wissen. Damit ergibt sich, daß die Zukunft ungeklärt ist, wenn man mit der politischen Zukunft

der Südtiroler einen zeitlichen Rahmen versteht, der durch politisches Handeln überhaupt programmierbar, beeinflussbar, gestaltbar ist. Ein solcher Zeitraum kann als Zeit von einigen Generationen verstanden werden. Dazu aber gibt die Autonomie, weil nur Teilautonomie, täglich bedroht mit zunehmender Tendenz der Staatskontrolle, keine Sicherheit. Ich lasse offen, ob man wenigstens eine Wahrscheinlichkeit annehmen könnte. Das fordert zum Nachdenken, zum theoretischen Vorausdenken über modellhafte, nicht definitive Dauerlösungen heraus. Wir haben also über politische Zukunftsformen zu reden. Weil es um die Zukunft, um langfristige Problemlösungen geht, muß davon geredet werden. Weil es sich um die Zukunft, nicht um den heutigen und morgigen Tag geht, genügt es, vorläufig zu bleiben, es also bei allgemeinen Erwägungen zu belassen. Ich will sie in wenigen Sätzen zusammenfassen, aber bewußt unvollständig bleiben.

- 1) Weil die Südtirolautonomie nur eine Teilautonomie darstellt, eine solche eine volle Absicherung nicht leisten kann, ist eine Vollautonomie anzustreben. Eine solche war im Entwurf der Südtiroler Volkspartei von 1947 gefordert. Sie enthielt eine Steuer- und Polizeihochheit, Militärfreiheit für Südtiroler. Eine Vollautonomie braucht die Kontrollkompetenz für den Zuzug aus dem Staatsterritorium, die Arbeitsvermittlungskontrolle, die volle Schulhochheit, die volle Verfügung über die Wasser- und Energiekräfte, die Mitsprache bei der Errichtung von Verteidigungsanlagen, die volle Kompetenz für den Schutz der Umwelt und der Landschaft, effektive, nicht willkürlich einschränkbare Gesetzgebungsgewalt, eine dauernde Rechtsvertretung beim staatlichen Ministerrat, eine paritätisch bestellte Schiedsinstanz, die anstelle des Verfassungsgerichtshofes Urteile in Streitfragen fällt, verbunden mit einer überstaatlichen, europäischen Rekursinstanz.
- 2) Eine solche Vollautonomie ist mittelfristig theoretisch auszuarbeiten, gemeinsam mit den italienischen Partnern, in einem sehr breit angesetzten politischen Dialog, der einer Art Grundlagenforschung gleichkommt.

Sobald der Konsens gefunden ist, muß das Ergebnis politisch gemeinsam vertreten werden. Ohne das Mitwirken der italienischen Landespolitiker und die diplomatische österreichische Rückendeckung ist das aussichtslos und auch dann noch langwierig, wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind. Dies ist ein Weg, der wohl von zwei Seiten angezweifelt wird: von denen, die ihre Politik als Realpolitik sehen, also im politisch und historisch verkürzten Blickwinkel, und von denen, die das alles ohne die Italiener machen wollen und aus eigener Kraft den Sprung zum "Freistaat" anpeilen. Da aber keine der beiden Seiten glaubwürdig klarmachen kann, welches politische Zukunftsmodell angelegt werden soll, um auch erreicht zu werden, muß von einem dritten Ansatz her das politische Zukunftsdenken geprobt werden. Diese Überlegungen sind nur als gedanklicher Ansatz zu verstehen und im Rahmen der grundlegenden Vorstellungen, die ich vorausgeschickt habe.

3) Sobald das Denken sich auf diesen Weg gemacht hat und Ergebnisse vorliegen, wird die Zeit - entweder zu einem späteren Zeitpunkt in unserer oder in der nächsten Generation - reif werden, um das politische Zukunftsverhältnis zu Österreich in den Blick zu fassen. Es wird dann darüber nicht nur wie jetzt unter historischem Gesichtspunkt oder unter dem Gesichtspunkt unveräußerlicher politischer Selbstbestimmung zu reden sein, sondern auch in dem Sinn, daß sich solche Überlegungen dann von selbst dem politischen Bewußtsein der ganzen Bevölkerungsgemeinschaft in unserer Heimat anbieten. Dann wird von der Frage der politischen Neuorientierung im Sinne engerer Bindungsformen an Österreich nicht mehr nur entweder als sehnsuchtsvolle Hoffnung oder unter Angstvorstellungen zu reden sein, sondern im Sinne eines inhaltlich neuen politischen Gesamtbewußtseins im Gebiet von Südtirol. Wenn man heute von Rückgliederung an Österreich, von Freistaatsmodellen, von der Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelsouveränität in Südtirol, vom EG-Vorteil Südtirols oder von einer Neutralisierung Südtirols spricht, so verfängt sich das alles - so theoretisch notwendig und wertvoll das ist, weil jede Politik schließlich einer Theorie folgt, die vorausgedacht werden muß - in Mißtrauen und Mißverständnissen. Noch fehlen die günstigeren Wachstumsbedingungen für ein neues Denken, es fehlt ein freieres politisches Klima. Dies herzustellen, ist möglich.

Ich schließe diesen Teil der Überlegungen mit einem Verweis auf das politische Erbe ab, dessen sich die nächste politische Generation annehmen muß. Ein Teil der politischen Führungsschicht bereitet sich langsam auf sein Ausscheiden vor. Nachwuchs muß an ihre Stelle treten. Er muß sich bereit machen, ein reiches, erfolgreiches Erbe zu sichten, sich anzueignen und daraus Zukunft zu gestalten. Das ist der Grund, warum die nachwachsende Schicht es sich nicht gestatten kann, einfach zuzuwarten, sondern warum sie sich schrittweise in die Verantwortung einüben muß. Sie wird es zugleich denkbar und kritisch tun. Der Prozeß ist im Gange, wie man aus dem unterschiedlichen Alter und Gedankengut der Mitglieder dieses Hauses sieht.

Das neue politische Wirklichkeitsverständnis, das mir erforderlich scheint, habe ich umrißhaft skizziert. Ich will es in 7 formelhaften Sätzen noch einmal zusammenfassen:

- 1) Das öffentliche politische Bewußtsein ist dabei, sich zu wandeln. Darum muß die Politik sich den neuen Inhalten stellen und die Diskussion mitbestimmen.
- 2) Das veränderte Bewußtsein erschwert einige der traditionellen politischen Handlungsformen, erschließt aber dennoch neue Chancen.
- 3) Diese Chancen sind zugleich unausweichliche Aufgabe: es ist eine neue Atmosphäre durch intensiven Dialog mit der italienischen Politik und Öffentlichkeit zu schaffen. Die entsprechende harte Mühe ist in Kauf zu nehmen.

- 4) Gemeinsame Interessen sind der italienischen Seite zu verdeutlichen. Dabei ist Geduld erforderlich, weil die italienische Seite aufgrund des staatlichen Rückhaltes keinen solchen Druck wie wir zum Dialog spürt.
- 5) Die Heimatfrage für die italienische Bevölkerung ist - zusätzlich zur längst erfolgten rechtlichen Absicherung - auch durch Hilfestellungen zur psychischen Heimatgewinnung anzugehen. Hilfestellung bedeutet wesentlich Ermunterung und in einigen konkreten Fällen auch Maßnahmen.
- 6) Die Autonomiesprache muß sich so verändern, daß sie zu einem Konsens führt und zur gemeinsamen Verteidigung.
- 7) Am Ende dieser Entwicklung wird ein "Südtiroler Nationalgefühl" möglich werden, das unter Beibehaltung getrennter Entwicklungen für die Volksgruppen ein politisches Solidaritätsgefühl für die Verfechtung gemeinsamer staatspolitischer Anliegen erzeugt. Das Südtiroler Volk als deutsche und ladinische Schicksalsgemeinschaft lebt weiterhin in seinen historischen und politischen Bindungen mit Österreich, weil sie eine österreichische Bevölkerungsgruppe in Italien ist, gleichzeitig bildet sich - wie einst in der Schweiz - ein gemeinsamer politischer Wille heraus, der auch politisch handlungsfähig gegenüber der italienischen Staatsregierung macht. Die Vollautonomie reift dann als politisches Ziel zuerst heran.

GEBERT-DEEG (Vizepräsidentin - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich darf zuerst dem Landeshauptmann ein Kompliment machen. Ich erlebe ihn jetzt schon über 20 Jahre und bewundere jedesmal, wenn er aus seiner Schale herausgeht, seinen Sinn in seinen politischen Aussagen und Dinge zu formulieren, die in der Luft liegen, vielleicht noch nicht ganz sichtbar, aber Sie riechen die Dinge, das habe ich mir öfters gedacht, Sie riechen, dort wo der Hase hinmuß. Das hat man auch in diesem Bericht gespürt. Sie haben den wesentlichen Anteil dieses Berichtes zu Recht der Frage der Arbeitslosigkeit gewidmet. Es ist eine der Hauptsorgen unseres Landes, aber auch des ganzen freien Westens. Trotz der Bemühungen der Formeln, die man sucht, ist es immer noch nicht absehbar, wo die Lösung dieses Übels ist. Sie haben vorweggenommen, daß, auch wenn der Landeshaushalt nicht so weiter steigen kann wie in den letzten zwei, drei Jahren - dessen sind wir uns bewußt, daß er dort schön gestiegen ist -, nicht der Abbau sozialer Leistungen damit erfolgen soll. Ich fand das eine sehr kluge Aussage, wenngleich, wenn diese Aussage gemacht wird, die Gefahr angedeutet wird, daß man an solches Sinnen denken muß und daß man rechtzeitig davor warnen soll, diese Diskussion einfach ungehindert aufbrechen zu lassen. Sie haben wie immer auch Ihren Akzent in bezug auf die politische Situation dieses Landes gesetzt und haben vor allen Dingen auch aufgerufen zu Solidarität und Verantwortungsbewußtsein in bezug auf die Schritte dieser Autonomie. Das ist Ihr Geschick und deshalb sind Sie einer der längsten oder der längstamtieren-

de Parteiobmann im freien Europa und einer der längstamtierenden Regierungspräsidenten im freien Westen.

ABGEORDNETER: (Unterbricht - interrompte)

GEBERT-DEEG (Vizepräsidentin - SVP): Ich habe das jetzt nicht verstanden, aber ich muß sagen, dieses Geschick hat der Landeshauptmann, wenngleich ich sagen muß, man muß trotzdem vorsichtig sein was nun geschieht. Und ich möchte im Sinne Ihrer politischen Leitlinien, die Sie hier vorgeben, dort einhaken, wo ich glaube, daß es notwendig ist aufzupassen, daß es nicht schlechter wird, sondern daß es besser wird. Ich bin davon überzeugt, daß wir in erster Linie eine Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit haben. Wenn wir Frieden haben, dann sind es nicht nur die Waffen, die dieser Friedenssicherung Vorzug zu geben scheinen, sondern wenn wir heute mehr Frieden haben, dann ist es auch die Bemühung und der Erfolg von sozialen Leistungen und die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit. Und wenn wir auch in der ganzen Welt mehr Frieden wollen - wir brauchen nur an die unterentwickelten Völker denken -, dann ist das die erste Frage, wie wir dort unseren Fortschritt an sozialer Gerechtigkeit auch mitvermitteln und teilen, weil wir teilen können. Man meint oft, wenn man teilen und auch anderen geben muß, muß man unbedingt irgendwo auch verarmen, aber das beste Gegenbeispiel dafür ist, daß eine Mutter zehn Kinder haben kann und für alle da sein kann, und so ist es auch mit den Wertschöpfungen der Erde. Wir müssen nur der Entwicklung Rechnung tragen und das ausschöpfen was uns unsere Zeit gibt und dann zum Teilen des Wissens, des Könnens, der Wirtschaft und des Sozialen bereit sein. Das gilt für Südtirol, das gilt für Europa, das gilt für die Welt.

In diesem Sinne möchte ich unterstreichen, wie schon meine Vorredner gesagt haben, daß Arbeitslosigkeit ein Problem ist, das das zu Ende gehende 20. Jahrhundert eigentlich unverhofft in diesem Ausmaß getroffen hat. Ich habe es schon einige Male hier erklärt, ich bin davon überzeugt, daß es mit alten Methoden der Arbeitsbeschaffung wohl vorübergehende Lösungen gibt, daß aber ein ganz neuer Begriff von Arbeit und Arbeitsteilung und Anerkennung jeglicher Arbeit, die vom Menschen geleistet wird, die Lösung für Arbeit für alle ist. Wir unterscheiden heute noch zu stark von bezahlter und beruflicher Arbeit und vergleichen dann Beschäftigung mit unbezahlter Arbeit. Arbeit leistet jeder und die öffentliche Arbeit hat die bezahlte Berufsarbeit der letzten Jahre herausgehoben, die früher als unbezahlte Arbeit galt, denken wir an die Kindergartenarbeit, denken wir noch vor 200 Jahren an die Arbeit der Erziehung und Bildung. Es waren alles Arbeiten, die selbstverständlich in der Familie geleistet wurden und die Zeit hat dies erfordert. Wir haben die Berufe und Stellen und Gehälter geschaffen für neue Arbeitsplätze und Arbeitskräfte, weil es notwendig war, weil das der Fortschritt und die Entwicklung erforderten - ich möchte lieber Entwicklung sagen, weil Fortschritt den Hintergrund hat von Abbruch und von etwas absolut Neuem, wir können nur in einer Entwick-

lung vorwärtsschreiten - und so, glaube ich, ist der Begriff Arbeit heute aufzuteilen, auch dort wo wir noch nicht mit sozialer Sicherung und auch mit einer angemessenen Sicherung von Freiheit durch eine entgeltliche Entsorgung hinkommen. Ich meine hier vor allen Dingen alle Leistungen, die in der Familie geschehen, die von der Mutter und von der Hausfrau geschehen, weil diese 30% der Arbeitsplätze tatsächlich wertvollste Arbeit und immer notwendigste Arbeit leisten und gerade in einem technischen Zeitalter die Aufgabe der Familie groß ist. Wenn wir weiterhin Herz und Mut und Kraft haben sollen, weil wir Geborgenheit brauchen, dann ist die Einbeziehung dieser Bereiche in unsern Ausgaben aus dem Einkommen ein Weg für den Arbeitsplatzaufbau und nicht nur ein Weg der Gerechtigkeit für die Frau, sondern ein Weg auch des Abbaues der offiziellen Arbeitslosenzahlen.

Viele Länder gehen diesen Weg und ich möchte mich hier auch ganz kurz an die Vertreter der nationalen Parteien wenden. Ich wundere mich, daß man in diesem Staat, in dem die Familie jahrzehntelang eine Hauptrolle gespielt hat, in der Familienpolitik des Staates so ausgehungert wird. Die Rechnung kam prompt, der Wandel in diesem Staat hat es nachgewiesen. Wir haben heute Regionen, in denen innerhalb von 15 Jahren die Todesrate höher ist als die Geburtenrate, in einem Land, das eigentlich dort die Basis hatte, in der Großfamilie, die Kraft und die Entwicklung schöpfte. Und ich hoffe, daß das zum Nachdenken Anlaß gibt, weil das ein Unrecht ist, wenn man diese Komponente heute noch nicht sieht. Aber ich möchte das auch ganz klar für die Entscheidungen im Land sagen.

Etwas, Herr Landeshauptmann, beobachte ich schon das zweite oder dritte Mal. Sie sprechen sehr engagiert über die Arbeitslosen, Sie kommen dann zu den Jugendlichen, aber es ist dann eine Hemmung da, habe ich den Eindruck, auch von der Überzahl der arbeitslosen Frauen zu sprechen. Ich möchte wirklich ersuchen und ich möchte dies nicht als Frauenrechtlerin verstanden haben, es gibt gleiche Rechte für Mann und Frau, die in den bestimmten Lebenssituationen wahrgenommen werden müssen und da differenziert es sich etwas zwischen Mann und Frau. Während der Mann durchschnittlich ein Leben lang im Berufsleben steht, ist es für die meisten Frauen doch so, wenn sie gleiche Chancen haben, daß sie sich doch gerne ihren Kindern widmen, um dann wieder einzusteigen. Und weil dieses Recht ein ungeteiltes sein muß zwischen den Geschlechtern, möchte ich ersuchen, daß die Landesregierung ganz ohne diese Animosität - hier geht es um Frauenrechtlerinnen - die Sorge um die arbeitslosen Mädchen und Frauen vor allen Dingen, die die Wiedereingliederung suchen - weil sie vielleicht eine Wohnung abzuzahlen haben, das ist gar nicht selten der Grund, weil sie vielleicht studierende Jugendliche haben -, daß man diese Arbeitslosigkeit gleich ernst und sehr ernst nimmt. Nur wenn wir beide Geschlechter aus ihren Lebenssituationen in unseren Entscheidungen sehen, machen wir eine Politik für den Menschen, d.h. für den Menschen, ob Mann oder Frau, aber auch für den Menschen als Kind, als Jugendlicher, als Alter.

Sie haben davor gewarnt, es dürfe nicht zu einem Sozialabbau kommen, und ich habe vorher schon gesagt, ich bin Ihnen dankbar dafür und trotzdem schleichen sich in unserer Gesellschaft - gestern ist der Begriff schon gefallen - diese sogenannten neuen Armen immer stärker heraus. Das sind vorwiegend jene Gruppen von Menschen, die in einer organisierten Welt, die heute die Grundlage unserer Demokratie ist, zu kurz kommen müssen. Heute kann man sich rühren und kann seine Anliegen, sein Tun im Positiven und seine Forderungen, wo es fehlt, sichtbar werden lassen, und wer organisiert ist und je besser er organisiert ist, umso besser ist seine politische Vertretung. Es gibt aber Menschen und Menschengruppen, die sich nicht so markant organisieren können, daher auch kein Sprachrohr haben und so in den Hintergrund unserer immer besseren, organisierten und technischen Welt rücken. Und das sind nicht nur die geistigen und psychischen Nöte, sondern das sind dann vor allen Dingen wieder jene, die aus dem Berufsleben entweder austreten, weil sie alt sind, oder nie eingetreten sind, weil sie noch zu jung sind oder weil sie daheim sind. Es ist interessant, Berufstätigkeit bedeutet auch leichtere Möglichkeit der Organisation und dort wo man nicht mehr im Volleben eingliedert ist, Beruf und Gesellschaft, kulturelles Treiben, bedeutet es auch zurücktreten in das Schwerer-gesehen-werden in seinen Anliegen und Problemen. Und hier möchte ich unterstreichen, daß wir dieses, was wir einmalig in Italien vor 13 Jahren als Gesetz verabschiedet haben - und Sie haben das auch sehr gestützt, Herr Landeshauptmann -, Lebensminimum nicht einbrocken dürfen und nicht kürzen dürfen, sondern daß dieser Grundsatz in unserem Land als lebensnotwendig garantiert ist - und wir haben es heute noch gar nicht als Recht garantiert, wir haben nur das Können in unserem Gesetz, es wird aber de facto gemacht und umso mehr muß man aufpassen, wenn es einmal knapp wird, - weil das einfach die Verpflichtung eines Staates ist, der mit solchen Einkommen rechnen kann. Es gibt dann viele Bedürfnisse des Menschen, die neben den lebensnotwendigen noch gebraucht sind, so daß Caritas und Nächstenhilfe Platz genug haben, um aufzustocken, wenn es um Not, vor allen Dingen aber auch um seelische und menschliche Not geht.

Wenn wir die Zahlen der Grundfürsorgeämter anschauen und sehen, wer ist denn bei uns beim Lebensminimum, dann sind es in der überwiegenden Mehrheit die alten Menschen, zunehmend die Arbeitslosen und dann die Familien mit mehreren Kindern. Das muß uns doch auch eine Weisung für unsere Politik sein. Über 65.000 Menschen in Südtirol sind alte Menschen und über 60% dieser Menschen haben entweder keine oder nur die Mindestrente; und dieses Heer der alten Menschen nimmt zu, und zwar nicht nur wegen der Geburtenratenentwicklung, sondern auch wegen der Fortschritte der Medizin. Es tut mir leid, daß Landesrat Ferretti nicht da ist, der diesen Sachbereich hat, und ich bitte seine Kollegen, ihm nahezubringen, daß ein wichtiger Schwerpunkt der nächsten Jahre die Frage der Politik für den alten Menschen sein muß. Einmal sicher die Altenwohnungen, aber auch die Frage der Mitbestimmung und des Lebensraumes dieses alten Menschen in

unserer Gesellschaft, weil wenn wir ihn hinausdrängen wird er schneller zum Pflegefall, schneller zum Anonymen, zu dem, der uns zur Last fallen wird. Ich würde also bitten - und es ist in den letzten Jahren nicht mehr so laut gewesen -, daß diese Frage der Politik für und um den alten Menschen eine Rangordnung innehaben soll, wie wir uns um die Arbeit kümmern, so auch um diese große Zukunftsgruppe. Ich habe gesagt die Arbeitslosen, aber zur Frage der Arbeitslosen habe ich kurz von meiner Sicht aus Stellung genommen.

Ich möchte noch zu den Familien kommen. Auch wir als Land schaffen Dienste, richten Dinge ein. Bedenken wir immer, ob dann die Erhaltung dieser Dienste für unsere Familien, vor allen Dingen für Familien mit Kindern, tragbar ist? Ich höre immer mehr, wenn in einer Familie einer verdient - das Durchschnittseinkommen eines einfachen Arbeiters ist um die 900.000 Lire, das steigt auch nicht sehr hoch -, was alles Neues an Steuern und Abgaben dazugekommen ist. Es ist eine Verarmung der Familien mit Kindern im Gange, wo nur einer verdient, ganz sichtbar und spürbar und verhältnismäßig schnell. Man beschließt die Telefongebühren zu erhöhen, man beschließt das zu erhöhen, jenes zu erhöhen, ohne zu bedenken, wieviel Prozentsätze an Spesen der Bevölkerung neben der Wohnung, neben den Lebensmitteln, neben ein bißchen Kleidung anfallen - und Sie sehen, daß die Unterschiede zwischen dem, der sich ein Kleid neu leisten kann und dem, der es nicht kann, stark angestiegen sind in den letzten zwei Jahren - und wir müssen bedenken, in allen Maßnahmen, die wir setzen und die wir einrichten, ob da die Mehrheit der Familien mitgehen kann. Und wenn dieses Steuereinkommen dann zugrundegelegt wird, dann ist nicht berechnet, was nebenher an diesen kleinen Steuern da und dort da ist. Ich hatte auch in den letzten Tagen Gelegenheit, mit einfachen Leuten zu sprechen; so manches, was auf sie zugekommen ist, drückt sie schwer. Wir sehen also, wie notwendig diese Maßnahme ist und was sie uns aufzeigt. Ich möchte also appellieren und unterstreichen, überlegen wir, wie können wir Familien nicht weiter belasten.

Ich habe letztlich in der Zeitung gelesen, daß Südtirol das Land ist, das die meisten Invaliden produziert. Eine Zahl ist angegeben und eine Schlagzeile entsteht. Es stimmt, daß in den letzten Jahren die Anzahl der Invaliden gewachsen ist, aber man müßte einmal untersuchen warum. Ich glaube nicht, daß es nur die einfachen ärztlichen Visiten sind. Passen wir auf, daß wir bei Sozialleistungen nicht mit einer einseitigen Färbung, die gut ankommt, wesentliches zu Fall bringen und ich werde hier einiges aufzeigen: ich bin vom Ticket befreit, wenn ich Zivilinvalid bin, also zahle ich meine Medikamente nicht, diesen Anteil, der zum Teil auch hoch ist, wenn ich diese Invalidenerklärung habe; ich kriege mehr Punkte für den Wohnbau, wenn ich als Zivilinvalid erklärt bin; ich kriege beim Studienstipendium einen höheren Anteil, wenn ich als Invalide erklärt bin, ich brauche noch gar keine Rente. Es gibt so viele Maßnahmen, die gekoppelt sind mit Invaliditätsnachweis, daß der Mensch auf der Straße - ich denke z.B. an die Tickets - oder wenn ich heute älter bin und

mehr krank bin und ich kann mir diese teuren Medikamente nicht immer wieder leisten, dann werde ich den Gang tun und mich als Invalide erklären lassen, wohl wissend, daß ich keine Rente bekomme. Untersuchen wir, bevor wir Entscheidungen und Urteile sprechen, genau und überlegen wir dann, wie wir einer eventuellen Fehlentwicklung entgegensteuern können, indem wir echte Hilfen anbieten und nicht die Möglichkeiten zu verdeckten Hilfen ausschöpfen müssen.

Ich mache noch eine zweite Überlegung. Man ist immer noch nicht ganz im klaren, ist ein Pflegefall ein Langzeitkranker, ist ein Langzeitkranker ein Akutkranker. Wir wissen, es gibt Langzeitkranke und die sind ganz klar in der Sanitätsgesetzgebung festgelegt, ein TBC-Kranker ist ein Langzeitkranker, ein Tumorkranker wird ein Langzeitkranker. Pflegefall ist ganz etwas anderes. Der kann auch krank sein, aber vor allen Dingen ist es ein Verfall seines Körpers, so daß er die notwendigsten täglichen Dinge nicht mehr selbst tun kann, er ist also der Pflege bedürftig. Oft braucht er gar nicht jeden Tag einen Arzt, aber diese Pflegefälle - so sagen die Krankenhäuser - sind bei uns zu schwierig, sie sind zu teuer. Sie gehören auch nicht ins Krankenhaus, aber anderweitig werden alle Altersheime zu Pflegeheimen. Als das Gesetz über die Zivilinvaliden verabschiedet wurde, wurde damals, mit Ausnahme anderer Gesetze in Italien, auch der über 65jährige als Pflegefall für die Zivilinvalidenrente anerkannt, d.h. das Land hat mit dem Gesetz über die Zivilinvaliden und die Renten der Zivilinvaliden, vor allen Dingen der hundertprozentigen Invaliden, nicht nur den Behinderten die Rente zugestanden, sondern hat mit diesem Gesetz gesagt, wenn der 70jährige im Bett ist und gepflegt werden muß, dann ist er für mich nicht ein Behinderter, sondern ein Pflegefall und ich gebe die Rente, die in anderen Ländern Pflegerente heißt, nur heißt sie hier Zivilinvalidenrente und geht daher leider an den Invaliden und nicht an den Pflegenden. Das wäre oft zu überlegen. Ich glaube, daß die Ursachen dieser Entwicklung und dieses Anderssein gegenüber anderen Regionen Italiens in diesen sozialpolitischen Ausrichtungen liegen. Ich sage es noch einmal, Assessor Ferretti ist nicht da, aber man könnte ihn bitten, daß er bei der Replik die Zahlen auflegt, wieviel davon alte Menschen sind, 66-, 67-, 68-, 70jährige, die in Pflege daheim oder in Pflegestationen sind und die diese Pflegerenten bekommen. Und weil das Landesgesetz es auch auf alte Menschen ausgedehnt hat, ist bei uns die Anzahl der Zivilinvalidenrenten ganz sicher höher. Die Entscheidung ist, wollen wir das abschaffen oder wollen wir darüber diskutieren, wie wir diese Pflegerente besser anwenden, z.B. ob diesem Pflegefall daheim die Rente dafür dient, der Pflegenden den Unterhalt, den sie auswärts nicht verdient, zu bezahlen, vielleicht mit der Möglichkeit einer Sozialversicherung, denn dann würden die Belastungen der Spitäler, aber auch der Altersheime sicher verringert. Ich finde diese Maßnahme gut, sie muß nur konsequent begleitet werden. Aber bitte, bevor wir solche Schlagzeilen hinausschicken - der Abg. Meraner ist nicht da - sollte jeder sich hinterfragen, weil gerade im sozialen Feld gibt es oft solche Schwarz-weiß--

Malereien, Stimmungsmacher, um irgendwo das zu diskriminieren, anstatt den Dingen auf den Grund zu gehen; und jeder sollte das Recht des Menschen erforschen. Das wollte ich zur Frage der Renten sagen.

Ich habe gestern dem Landesrat Ferretti gesagt, ich habe vor Monaten eine Anfrage gestellt über die fürsorgliche Betreuung der alleinstehenden erziehenden Mütter. Ich habe noch keine Antwort bekommen. Ich lese es jetzt auch nicht, ich werde eine zweite Anfrage stellen oder einen Beschlusantrag einbringen. Ich habe das vor vier Wochen hier gesagt, ich habe es früher gesagt, wir können nicht weiter alleinstehende Mütter ohne allem lassen. Wir müssen die Grundfürsorge regeln, ändern, wenn sie keine Arbeit haben, müssen sie das Recht auf die Fürsorge haben, gerade als alleinstehende Mütter. Wir können nicht zur Kenntnis nehmen, 80% sind bei uns für das Leben und wir helfen nicht, das Leben zu erhalten dort wo es möglich ist, nicht dort wo es eine Ausrede ist und dort wo die öffentliche Hand gerufen ist.

Ich freue mich auch über die Erfolge bei der Jugendarbeit, von der Freizeitmöglichkeit bis hin zur Musik, bis zur Aufnahme der Jugendlichen in den allgemeinen Verbänden. Ich möchte unterstreichen, daß ich zwei Anliegen habe in bezug auf die Jugend. Herr Landesrat Bolognini, ich habe Sie bei der letzten Bilanzdebatte gebeten, eine Broschüre erarbeiten zu lassen für die Jugend in der Schule, "Umwelt oder Schöpfung und wir", den Kreislauf der Dinge darstellend, die Verantwortung - mir gefällt noch besser Schöpfung, weil wir auch zu dieser Schöpfung gehören -, damit sie auch ein Buch haben, ohne daß es ein Lernbuch ist, so wie sie in Rechnen und Geschichte eines haben. Ich glaube, das ist wichtig und ich muß sagen, ich habe Kontakt mit Jugendlichen in diesem Alter und die sind offen. Wir haben so offene junge Leute gegenüber der Umwelt und Schöpfung und Jugend und Tier, man spürt, daß sie z.B. einen Hang gerade wieder für Hof, Wald und Feld haben. Ich möchte Sie fragen, ob Sie diese Broschüre in Auftrag gegeben haben oder sie in Auftrag geben werden, ich muß sonst auch einen Antrag einbringen, denn ich bin überzeugt, daß das notwendig ist. Genauso würde ich den Landesrat für Schule bitten, daß man vielleicht ein Begleitheft herausgibt über Autonomie, Landtag, Gesetzesbestimmungen, und nicht nur eine Broschüre, wie funktioniert der Landtag, was ist diese Demokratie in unserem Land? Und wer Vater oder Mutter ist, der weiß, wieviel Interesse diese Kinder haben. Sie haben Interesse mit 14, 15, 16 Jahren, die wollen das wissen. Andererseits wundern wir uns mit 40, wie wenig die Leute wissen, das fällt auf, und gestern hat jemand behauptet, je weiter man hinausgeht, desto weniger wissen die Leute. Aber die jungen Leute könnten das ganz einfach lernen und wir geben Millionen aus für andere Bücher, also bitte auch ein Buch, "was ist dieses Land, was ist diese Demokratie, wie arbeitet sie, welche Gesetze sind da". Das kann man doch mit Einlageblättern machen und ich glaube, das würde unserer Jugend helfen, morgen reife und erwachsene Staatsbürger zu sein in einem Land, wo große Verantwortung zu tragen ist, in dem Probleme da sind zwischen Volksgruppen usw. Ich glaube, daß das unsere Jugend durch die

Bank erfahren soll, und zwar nicht als Prüfungsfach in der Schule, sondern als begleitendes staatsbürgerliches Instrument. Die Staatsbürgerkunde ist ja auch Auftrag der Schule, aber es gibt da nichts und darum sollten wir es angehen. Ich bitte also, Herr Landeshauptmann, daß Sie das mit den beiden Kulturassessoren überlegen.

Es ist öfters in diesen Tagen auch die Frage der Subsidiarität gefallen. Ich finde die größte Subsidiarität im Kulturbereich, hier wird sehr viel abgegeben. Da sind alle Verbände da, die werden finanziert, denn sie haben Aufträge jeder Richtung. Ich finde, daß in den anderen Bereichen noch zu wenig Subsidiarität ist, wenn gestern bemängelt wurde, daß die Menschen so wenig über die Wohnbaugesetze wissen oder daß die Menschen nicht wissen, ob sie einzahlen sollen oder nicht. Das kann kein Landesamt ersetzen, das können nur Verbände tun. Auch ein Landesamt gehört hinaus, aber wenn wir glauben, daß die dann alle Leute befruchten, dann ist das nicht machbar. Wir müssen, gerade auch im sozialen Bereich, glaube ich, ganz stark anregen und Mut machen zur Solidarität, damit sie die Entwicklung mitverfolgen. Mir gefällt so gut die Aussage vom Papst, der gesagt hat: "Friede erhalten heißt eigentlich Entwicklung und Solidarität." Die Verbände sind schneller als jedes Amt, weil sie am Leben sind, weil Junge nachkommen, ohne daß eine Stelle durch Pensionierung frei werden muß, und da müßten wir helfen, anregen, fördern. Das würde auch die Entbürokratisierung bedeuten, die wir immer wieder entschwören wollen, aber doch immer wieder haben und wahrscheinlich geht unser heutiges Leben gar nicht ohne Bürokratie. Sicher könnte es weniger sein, aber ich glaube, die erste Alternative ist, daß wir diesen absoluten subsidiären Gedanken überall durchtragen. Ich habe, als ich in der Landesregierung war, oft gezittert vor der Bilanz, Herr Landeshauptmann, ich kann es Ihnen sagen, auch oft nicht geschlafen vor der Bilanzerstellung, weil wo Pflichtausgaben sind, dort muß es hinein, aber dort wo Subsidiarität ist, dort muß es nicht hinein, also auch diese Gleichwertigkeit, wenn wir wollen, daß sich die Menschen rühren. Da müßten wir eigentlich - wir können nun sagen, uns gefällt die Kulturpolitik nicht -, aber wir müßten die Subsidiarität der Kulturassessoren nachahmen. Ich habe mir das angeschaut, man hat ein bißchen mehr Zeit und kann es anschauen. Ich möchte also absolut ersuchen, Möglichkeiten der eigenständigen Arbeit und Übertragung der Aufgaben, mit Kontrolle auch im sozialen Bereich, zu schaffen. Auch die Wirtschaft arbeitet subsidiär, die Wirtschaft könnte gar nicht dynamisch genug sein. Wenn sie nicht subsidiär arbeiten würde, würde sie ersticken, sie würde in der Demokratie erlahmen. Was macht der heutige Gorbatschow? Ein bißchen Freiheit geben, damit sie nicht so am Gängelband jeder Machtentscheidung eines Gremiums steht. Die Wirtschaft könnte gar nicht arbeiten und dasselbe gilt für den sozialen Bereich. Also ein bißchen weniger Mißtrauen, aber mehr Chancen dafür.

Ich darf noch einmal unterstreichen, Herr Landeshauptmann, immer wieder klingen die Fragen an, können wir etwas für die Mutter, für die Hausfrau tun? Ich ersuche Sie, im weiteren Zweijahresprogramm dieser Re-

gierung ganz scharf in diese Problematik hineinzudenken und konkrete Lösungen mitzutragen. Sicherlich braucht alles Geld, aber Entwicklung heißt auch, etwas Altes abschaffen und Neues tun. Und ich habe einleitend sehr klar gesagt, daß ich davon überzeugt bin, wenn wir nicht die Einheit wieder herstellen zwischen Arbeit, Beruf und Beschäftigung zu Hause, die Einheit, die da war, und auch die Rechte dort gleichmäßig verteilen - das gilt für den Staat, das gilt für das Land -, dann können wir die Probleme der Arbeitslosigkeit, des Einkommens nicht wegschaffen.

Zum Problem politische Situation. Ich habe den Eindruck, es ist viel zu viel Angst herum. Die Menschen, ja selbst wir Politiker haben Angst und daher gehen keine Durchführungsbestimmungen mehr weiter und daher kann man das nicht abstimmen, weil wer weiß, wie es gehen kann. Das Vertrauen ist in Angst umgesiedelt. Angst ist schlecht, Angst ist ein schlechter Berater der Menschen und ist sicher ein schlechter Berater der Volksgruppen. Angst schafft Aggression und treibt die Menschen in Extreme hinein und sicher ist ein Teil der Angsthaltung hinter diesem ganzen Aufblühen des rechts-extremistischen Lagers in der italienischen Volksgruppe. Die Antwort von uns kann nur sein, jeden Tag die Dinge klar zu sagen und dazu zu stehen, daß die Menschen sehen, wir haben eine Linie, wir wollen das Recht aller Menschen, wir haben einen Weg vor uns, den wir beschreiten, auch wenn er nicht immer golden zu gehen ist, aber das ist unser Weg, den sie mit uns mitgehen können. In diesem Sinne, Herr Landeshauptmann, möchte ich auch unterstreichen, was Sie gesagt haben, man darf nicht Angst und Sorge haben - Sorge schon, aber nicht Angst - und dann sein Ziel nicht klar verfolgen. Man muß das Ziel immer klar verfolgen, damit die Menschen wissen, sie werden geführt, für sie wird gesorgt. Ich habe jetzt ein Wort gesagt, das man nicht sehr gerne hört in unserer heutigen Zeit, aber auch Führung braucht es, von jemandem, der weiß, was der Auftrag ist für unsere Zeit. Ein großer Politiker hat kürzlich gesagt, wir brauchen Menschen, die dieses Führungsbild tragen, und zwar heißt Führen leben, erleben und vorleben. Möge es uns gelingen, daß wir auch in diesem Sinne diese schwierige Zeit der Paketdurchführung überstehen, indem wir jeden Tag daran denken, daß unsere Menschen hier leben wollen, in ihrer Eigenart leben wollen, ihr Recht wahrnehmen wollen, Südtirol als Heimat erleben wollen, und daß wir wissen, daß wir das auch vorzuleben haben in Wort und Tat und in Wahrnehmung der Probleme, die heute notwendig sind und die heute gelöst werden müssen. Danke!

von EGEN (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt, so wurde uns in den letzten Wochen mehrmals versichert, ist das wichtigste wirtschaftspolitische Instrument der Landesverwaltung. Dies deshalb, weil das Land Südtirol nicht über die anderen klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik verfügen kann, die dem Staat vorbehalten sind. Ich denke dabei in erster Linie an die Steuerpolitik, die Geldmengenpolitik und die Zinspolitik. Die Landesverwaltung kann über den eigenen Haushalt hinaus nur noch über die Landesraumordnung

z.B. und durch Zustimmung zu oder Ablehnung von staatlichen Vorhaben etwa im Bereich der Verkehrs- und Energiepolitik Einfluß auf die Wirtschaft nehmen und deren Gang in die von ihr gewünschten Bahnen lenken.

Obwohl der Landeshaushalt von überragender Bedeutung ist, konnte in den letzten Jahren nie mehr ein definitiver Voranschlag erstellt werden. Wegen der großen Unsicherheit bei der Finanzierung des Landeshaushaltes, durch die Zuweisungen des Staates hat die Landesregierung immer nur einen sogenannten technischen Landeshaushalt vorgelegt, um die laufenden Ausgaben zu decken. Der eigentliche Haushaltsvoranschlag mit den Schwerpunkten für die neuen Investitionen konnte immer erst im Sommer erstellt werden, wenn die Verhandlungen in Rom über den veränderlichen Teil abgeschlossen waren. Dies hat nicht nur die Planung erschwert, sondern in manchen Fällen auch zur Folge gehabt, daß die Gelder nicht mehr rechtzeitig ausgegeben werden konnten und somit in Erhaltung gingen.

Umso erfreulicher ist es, daß der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1987 schon jetzt zur Verabschiedung ansteht und heuer wahrscheinlich kein oder nur ein kleiner Nachtragshaushalt notwendig wird. Es ist dies gelungen, obwohl die Verhandlungen mit dem Schatzministerium über eine Neuregelung der Finanzbestimmungen noch nicht abgeschlossen sind. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, daß die Finanzbestimmungen von grundlegender Bedeutung für uns sind. Sie stellen gewissermaßen mit das Fundament unserer Autonomie dar. Ohne gesicherte Einnahmen nutzen uns nämlich die weitreichendsten Zuständigkeiten wenig oder nichts. In dieser Frage ist wie in der Autonomiepolitik überhaupt eine Art Stillstand eingetreten. Aber darauf werde ich am Ende meiner Ausführungen noch zurückkommen.

Um diesen Haushaltsvoranschlag richtig und in seiner ganzen Tragweite beurteilen zu können, ist es notwendig, einmal über Südtirol hinauszuschauen und auch einen Blick auf die Weltwirtschaft zu werfen. Denn das Jahr 1986 hat uns diesbezüglich einige Neuigkeiten beschert. Die Trends für das eben begonnene neue Jahr zeichnen sich bereits klar ab, wenn auch bisweilen durch unvorhersehbare Ereignisse Überraschungen eintreten können, die manche Prognose über den Haufen werfen.

Nach mehreren Jahren der Rezession hat die Konjunktur bereits 1985 wieder angezogen. Im vergangenen Jahr hat sich die Lage weiterhin stabilisiert. Das Bruttoinlandprodukt in den wichtigen Industrieländern ist 1985 um 2,9% angewachsen, im vergangenen Jahr wieder um 2,5%. Für das laufende Jahr haben die fünf größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Gutachten ein Wachstum von abermals 2,9% prognostiziert. In Westeuropa wird das Bruttoinlandprodukt allerdings mit 2,6% etwas weniger wachsen als in den USA, Japan und Kanada, die mit einem Anstieg von 3% rechnen können. Hervorzuheben ist diesbezüglich, daß Italien beim Wachstum in Westeuropa zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland führend ist.

1986 ist als das Jahr in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen bzw. wird eingehen, in dem die Regierungen in den verschiedenen Staaten das

Problem Inflation weitgehend in den Griff bekommen haben. Die Verbraucherpreise haben in Westeuropa, Japan, den USA und Kanada 1985 um 4% zugenommen, 1986 nur mehr um 2,1%. Der Erfolg im Kampf gegen die Inflation ist nicht nur ein Verdienst der einzelnen Regierungen, die diesbezüglich zahlreiche Maßnahmen getroffen haben. Er ist auch eine Folge von Entwicklungen, die nicht auf Staatsebene gesteuert werden können. Vor allem ist hier die Entwicklung des Ölpreises zu nennen. Dieser ist 1986 zeitweise unter zehn Dollar das Faß gesunken, nachdem er zu Zeiten der Rezession über 30 Dollar betragen hatte. Auch nach verschiedenen Maßnahmen der Organisation der erdölexportierenden Länder, die auf eine Verringerung der Fördermengen abzielen, ist der Erdölpreis nicht stark angestiegen. Das sogenannte schwarze Gold war auch am Jahresende noch für 15 Dollar je Barrel zu haben.

Zudem ist 1986 der Kurs des US-Dollars stark gesunken. Die amerikanische Währung hat nach einem Höhenflug im Schnitt ein Drittel ihres Wertes gegenüber den anderen wichtigen Währungen eingebüßt. Dies hat die Ölrechnung sehr und weiter verbilligt. Der Fall des Dollars hat aber auch negative Begleiterscheinungen. Die Exporte in die USA werden erschwert und die Urlaubsreisen von Amerikanern nach Europa werden teurer.

Die Inflationsprognosen für das laufende Jahr 1987 sind nicht ganz so günstig wie es jene für 1986 waren, die sich dann auch bewahrheitet haben. Der positive Effekt des Ölpreisverfalls hat sich nämlich verflüchtigt und in den USA wird ein neuer Preisschub befürchtet, der sich auch auf Westeuropa auswirken könnte. Die Teuerungswelle wird voraussichtlich einen Anstieg der Verbraucherpreise um vier Prozent bewirken und hat ihre Ursachen in der Dollar-Abwertung, im hohen Haushaltsdefizit und in der Expansion der Geldmenge. Auf den Amerikanern lastet diesbezüglich eine große Verantwortung, da der Dollar als Leitwährung und als internationales Zahlungsmittel von ganz besonderer Bedeutung ist.

Die USA haben durch ihr Haushaltsdefizit und durch die übermäßig starken Importe in den letzten Jahren die Konjunktur in Europa nachhaltig belebt. Jetzt fordern die Amerikaner von den Europäern und Japanern Gegenleistungen in der Form von Zinssenkungen, um die jeweilige Inlandsnachfrage anzukurbeln. Insbesondere ist diese Aufforderung an Japan und die Bundesrepublik Deutschland gegangen. Die Partner der USA zögern aber noch, da sie die destabilisierenden Nebenwirkungen von Zinssenkungen fürchten. Auch ohne diese wird die Inflationsrate im Jahre 1987 in den Industriestaaten nämlich im Schnitt 3,3% betragen, deutlich über jener des vergangenen Jahres also. Ein Rückgang der Preissteigerungsrate wird heuer voraussichtlich nur mehr in jenen Ländern registriert, die eine noch relativ hohe Inflationsrate aufweisen, so in Spanien, Großbritannien und Italien.

Das Leistungsbilanzdefizit der USA droht zu einer Gefahr für den Welthandel zu werden, wenn die Probleme nicht in partnerschaftlicher Zusammenarbeit gelöst werden. Gegen Jahresende 1986 war ein verstärkter Drang zu Restriktionen bemerkbar. Einfuhrbeschränkungen haben meist Reak-

tionen zur Folge, und die Spirale von Schutzmaßnahmen schadet letztendlich allen. Ich betone das, weil das, was für die Makro-Ökonomie auf Weltebene gilt, auch für die Mikroökonomie in Südtirol und seine benachbarten Gebiete gilt. Ich werde noch darauf zurückkommen.

In den OECD-Staaten, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, hat es im Jahre 1986 durchschnittlich 30 Millionen Arbeitslose gegeben. Die Lage hat sich im Laufe des Jahres zwar nicht mehr verschlechtert, aber sie hat sich auch nicht entscheidend verbessert. Immerhin hat das Wirtschaftswachstum bewirkt, daß die Zahl der Arbeitslosen in sehr vielen Industriestaaten, wenn auch nur leicht, zurückgegangen ist. Die Konkurrenz auf internationaler Ebene zwingt die Betriebe zu rationalisieren, um nicht vom Markt gedrängt zu werden. Die Lohnkosten und noch stärker die Lohnnebenkosten haben die menschliche Arbeitskraft zu einem Kostenfaktor ersten Grades gemacht. Die Regierungen beginnen aber allmählich, darüber nachzudenken und suchen nach Lösungen, die Besserungen versprechen, ohne an der Struktur des Sozialstaates zu sägen. Ich sage dies, um darauf aufmerksam zu machen, daß auf Staatsebene in Italien und auf Landesebene in Südtirol Maßnahmen möglich sind, die den Arbeitsmarkt entlasten.

Ein letztes, internationales Problem möchte ich hier kurz ansprechen, das mir gerade aufgrund eines Landeshaushaltes von über 2000 Milliarden Lire und aufgrund eines allgemeinen Wohlergehens in Südtirol von besonderer Bedeutung erscheint. Es ist die Lage der Menschen und der Staaten in der Dritten Welt. Hilfe ist hier am wirksamsten, wenn sie von jedem einzelnen von uns kommt und wenn wir uns nicht darauf hinausreden, daß der Staat helfen soll - die Landesverwaltung hat übrigens sowieso keine Möglichkeiten. Die Südtiroler Bevölkerung beweist nämlich andauernd, daß sie eine offene Hand hat. Ich appelliere an alle Landsleute, auch weiterhin zu spenden und helfend einzuspringen. Über der großen Not in fernen Ländern sollte auch die kleine Not in der eigenen Heimat, im eigenen Land nicht vergessen werden. Denn obwohl Südtirol in den letzten Jahren ein soziales Netz aufgebaut hat, das sehr dicht ist, gibt es immer wieder Menschen, die durchfallen und auf Hilfe angewiesen sind. Der Fall Planeil hat zuletzt bewiesen, daß die Südtiroler nicht immer und überall nach dem Land rufen, wie ihnen oft vorgeworfen wird. Nachbarschaftshilfe ist noch nicht zum Fremdwort geworden, auch für Unternehmer nicht, die der tägliche Konkurrenzkampf nicht abgestumpft hat.

Ein letzter Hinweis auf Probleme internationaler Natur: Die Umwelt ist weltweit in Gefahr. Es hat sich aber gezeigt, daß der Schutz unserer Lebensgrundlagen dort am besten Wirklichkeit wird, wo es auch der Wirtschaft gut geht. Wo sozialer Notstand herrscht, spricht niemand oder nur sehr wenige vom Umweltschutz. Da wird genau das getan, was uns allen höchst verwerflich erscheint. Nur eine gesunde Wirtschaft ermöglicht es, in einem ausreichenden Maße auch die Natur zu schützen.

Die italienische Wirtschaft ist mit der internationalen Wirtschaft aufgrund der Einbindung des Staates in die westliche Welt und in die Europäische Gemeinschaften eng verbunden. Es gibt aber doch einige spezi-

fisch italienische Probleme. In erster Linie ist die Verschuldung des Staates zu nennen. Es ist zwar schon im abgelaufenen Jahr 1986 gelungen, die Neuverschuldung auf dem Stand des Vorjahres einzufrieren, aber eine definitive Lösung des Problems ist noch nicht in Sicht. Die Gesamtverschuldung beträgt insgesamt jetzt fast 800.000 Milliarden Lire und ist damit höher als das Bruttoinlandprodukt. Der Schuldenberg des Staates bewirkt, daß das Zinsniveau vergleichsweise hoch bleibt, was die Investitionen hemmt.

Ein zweites Problem ist die politische Stabilität oder Instabilität. Wenn es in Italien in den letzten zwei Jahren Fortschritte gab, dann ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es fast immer eine handlungsfähige Regierung gab. Diesbezüglich müssen wir mit einiger Sorge auf das Jahr 1987 schauen. Dabei bräuchte es gerade auch in diesem eben erst begonnenen Jahr eine starke Regierung, die auch auf einen breiten Konsens bauen kann, um die anstehenden Probleme zu lösen. Es geht ja, um nur einige wenige Dinge zu nennen, um die wichtige Reform des Steuerwesens, um das Paket des Justizministers Rognoni, um berühmte Punkte im Bereich der Justiz, wo es höchst an der Zeit ist, einige wichtige und wesentliche Neuerungen durchzuführen, es geht um die Reformen des Gesundheitswesens, denken wir an die Abgabe auf diesem Bereich, und anderer wichtiger Dinge.

Die öffentliche Hand hat in Italien immer stärker das Leben der Bürgerinnen und Bürger beeinflußt. Das riesige Loch in der Kasse der INPS (Nationalinstitut für die Versicherungen der Sozialfürsorge) hat den Italienern im vergangenen Jahr klargemacht, daß es so nicht weitergehen kann. Sachfragen können nicht immer ungestraft nur politisch und ohne Rücksichten auf die Rechnung unter dem Strich gelöst werden. Das Dilemma der italienischen Innenpolitik ist es, daß es äußerst schwer ist, die Erkenntnisse umzumünzen und in praktische Maßnahmen münden zu lassen.

Vor allem im Steuerbereich sind Maßnahmen notwendig. Eine Steuerreform nach amerikanischem Vorbild wird zwar in Italien weder von einer Mehrheit der Bevölkerung gewünscht, noch dürfte sie auch erfolgversprechend sein. Was es aber braucht ist lediglich eine Steuergesetzgebung, die einfach und übersichtlich ist und den arbeitenden Menschen nicht um die Früchte seiner Arbeit bringt. Andernfalls wird nämlich die Leistungsbereitschaft weiter gehemmt und die Schattenwirtschaft, die bereits jetzt eine wichtige Rolle spielt, wird weiter gefördert. Wenn es keine Schattenwirtschaft gäbe, hätte sich die Lage bei den 2,8 Millionen Arbeitslosen schon längst dramatisch zugespitzt.

In Südtirol ist der wirtschaftliche Blutdruck weitgehend vom italienischen Pulsschlag abhängig. Schlägt dieser kräftig, was im vergangenen Jahr der Fall war, werden auch der einheimischen Wirtschaft neue Energien zugeführt. Ist er dagegen schwach, wirkt sich das auch hemmend auf Südtirols Wirtschaft aus.

Die Südtiroler Wirtschaft wird aber stärker als die regionalen Volkswirtschaften in anderen Regionen auch von Faktoren bestimmt, die nicht vom Gang der italienischen Wirtschaft abhängen. Der wichtigste Fak-

tor ist die Lage der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aus Deutschland kommt nämlich das Gros unserer Feriengäste und Deutschland ist auch der wichtigste ausländische Abnehmer unserer einheimischen Produkte.

Im Jahr 1986 gab es für die Wirtschaft in Südtirol zwei wichtige positive Faktoren: Die italienische Wirtschaft in erster und die deutsche Wirtschaft in zweiter Linie befanden sich im Aufwind. Dies hat auch auf unser Land abgefärbt, wenn auch auf die verschiedenen Wirtschaftszweige recht unterschiedlich.

Ich beginne meine Schilderung mit dem Fremdenverkehr. Dies deshalb, weil der Fremdenverkehr in Südtirol eine Art Kommutativfunktion zu erfüllen hat und weil das Jahr 1986 für den Tourismus ein sehr erfolgreiches Jahr war. Die anderen Alpenregionen schauen mit einiger Verwunderung und manchmal auch mit ein bißchen Neid auf unser Land, das im vergangenen Jahr einen Zuwachs bei den Nächtigungen von zirka 6% erreicht hat. Die Fremdenverkehrsunternehmer im nördlichen Tirol waren dagegen bereits zufrieden, weil keine weitere Abnahme zu verzeichnen war. Die Krise des Fremdenverkehrs in den Alpen jedenfalls war in Südtirol 1986 nicht zu verspüren. Fast 23 Millionen Nächtigungen sind in unserem Land in dem zu Ende gegangenen Jahr registriert worden, mehr als jemals zuvor. Landesrat Franz Spögl hat von einem goldenen Jahr für den Südtiroler Fremdenverkehr gesprochen. Die Betriebe können durchwegs mit guten Ergebnissen aufwarten. Die Gewinne, die gemacht wurden, werden aber auch dringend gebraucht. Gar einige Unternehmer in dieser Branche müssen damit einen Teil von Krediten zurückzahlen, die sie vor einigen Jahren zwecks Erweiterung oder Verbesserung ihrer Häuser aufgenommen haben. Eigenmittel benötigen Hoteliers und Gastwirte aber auch, um die neu eingetroffenen Brandschutzbestimmungen einhalten zu können. Ende Februar läuft der Termin für die provisorischen Bescheinigungen ab. Zum Teil werden anschließend weitere Investitionen notwendig sein, um die Auflagen zur Ausstellung der definitiven Brandschutzbescheinigung erfüllen zu können. Und schließlich sind laufend neue Investitionen zur Erhaltung und zur Verbesserung der Betriebe notwendig. Wie in anderen Bereichen der Wirtschaft wird auch im Fremdenverkehr derjenige die sprichwörtliche Nase vorne haben, der sich ständig anpaßt und sein Haus erneuert.

Zahlreiche Unternehmer warten derzeit auf das Inkrafttreten der Novelle zum Landesraumordnungsgesetz, die der Landtag noch vor der Weihnachtspause verabschiedet hat. Darin ist ja die Möglichkeit verankert, daß Hotels und Pensionen im landwirtschaftlichen Grün Kleinsportanlagen wie Tennisplätze, Schwimmbäder, Bocciabahnen oder Minigolfanlagen errichten können. Derartige Investitionen sind vielfach notwendig, zumal alle Gästebefragungen ergeben, daß der Feriengast außer der Sonne, dem guten Essen, dem guten Wein, der schönen Landschaft in Südtirol auch immer mehr und noch mehr wie in der Vergangenheit sportlich aktiv sein möchte.

Der Hotelier- und Gastwirteverband und ganz spezifisch auch die Gastwirtejugend haben im vergangenen Jahr darauf aufmerksam gemacht, daß

Billigangebote langfristig kein taugliches unternehmerisches Mittel im Beherbergungsgewerbe sind. Unsere Betriebe bieten Leistung und müssen dafür auch einen entsprechenden Preis verlangen. Wenn dies nicht der Fall ist, muß notgedrungen früher oder später die Leistung absinken. Aufgrund der fehlenden Gewinnspannen wird der Gastwirt oder Hotelier dann nicht mehr in der Lage sein, das Niveau seines Hauses zu halten.

Weil gerade das Stichwort Niveau gefallen ist, möchte ich zwei Sätze zum Problem der Einstufung der gastgewerblichen Betriebe sagen. Die Einführung, die Art der Klassifizierung mit Sternen hat sich im großen und ganzen bewährt. Es sind aber vielleicht auch einige Korrekturen nötig, um einerseits zu verhindern, daß Betriebe einen Stern mehr führen als ihnen aufgrund ihrer Leistungen zusteht, andere dagegen unzufrieden sind, weil sie eine Stufe tiefer eingeordnet worden sind, als sie es eigentlich auch verdienen würden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Landesgesetz "Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der gastgewerblichen Beherbergungsbetriebe" verweisen, das der Südtiroler Landtag im vergangenen Jahr verabschiedet hat und zu dem die Landesregierung erst vor wenigen Wochen die entsprechenden Richtlinien verabschiedet hat. Ich glaube, wir haben damit ein wirksames Instrument zur Verfügung, um den gastgewerblichen Unternehmern von seiten des Landes jene Förderung zukommen zu lassen, die sie auch verdienen. Denn der Fremdenverkehr, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, färbt auch positiv auf andere Wirtschaftszweige ab. Der Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft profitieren direkt durch den Tourismus. Die neue Input-Output-Tabelle für Südtirol, die in diesen Tagen erst fertiggestellt wird, weist sehr deutlich aus, daß der Fremdenverkehr in Südtirol nicht weniger als 17.000 Arbeitsplätze in Bereichen außerhalb der Fremdenverkehrswirtschaft schafft. Diese Zahl muß uns zu denken geben.

Eng mit dem Fremdenverkehr verflochten sind die Aufstiegsanlagen. Sie sind für den Sommertourismus von einiger, für den Wintertourismus von entscheidender Bedeutung. In diesem Bereich werden viele Arbeitsplätze angeboten, an die man eigentlich gar nicht so denkt, die mitgeholfen haben, die Abwanderung in den Tälern auch zu verhindern. Besonders profitieren auch Kleinbauern, die im Winter hier eine Beschäftigung finden und vom Frühjahr bis zum Herbst die Möglichkeit haben, sich um ihren kleinen Hof zu kümmern, den sie ohne Nebeneinkommen zum Teil wohl aufgeben müßten.

Die Vereinigung der Seilbahnunternehmer auf Landesebene wird oft von verschiedenen Seiten, so auch von Naturschützern, angegriffen. Dies wegen des Baus von Aufstiegsanlagen, aber auch wegen der Skipisten, die verbessert oder wegen der Schneeanlagen, die installiert werden sollen. Ich glaube, die Seilbahnunternehmer selbst sind der Meinung, daß es nicht angebracht und auch nicht notwendig ist, neue Skigebiete zu erschließen. Es genügt, wenn bestehende Gebiete abgerundet und die Anlagen erneuert werden können. Wir müssen unbedingt sicherstellen, daß diese Erneuerung,

die aufgrund technischer Entwicklung notwendig ist, auch in Zukunft möglich bleibt, ohne daß langwierige Wege mit Gesetzesänderungen und dergleichen gegangen werden müssen.

Einige Sorgen bereitet den Gastwirten die Tatsache, daß in den Schulen nicht so viele Lehrlinge untergebracht werden können, wie das Gastgewerbe zur Zeit ausbildet. Hier müssen sicherlich kurzfristig Lösungen gefunden werden. Denn es ist wohl auf Dauer nicht tragbar, daß Lehrlinge auf eine Warteliste gesetzt werden müssen, um in der Schule unterzukommen.

Das Landesverkehrsamt hat beim Fremdenverkehrstag in Terlan vor einigen Wochen eindrucksvoll gezeigt, was alles unternommen wurde und wird, um Südtirol als Urlaubsland bekannt und neue Gäste auf uns aufmerksam zu machen. Das sogenannte "corporate identity" ist auch von der Werbung auf Bezirks- und Ortsebene angenommen worden. Und sogar andere Wirtschaftszweige, wie zum Beispiel die Weinwirtschaft, bedienen sich dieses einheitlichen Erscheinungsbildes, um für ihre Produkte zu werben. Für die Verkehrsorganisationen auf Gemeindeebene schaut die Lage hingegen derzeit nicht rosig aus. Ihre Existenz wird durch das staatliche Reformgesetz über den Fremdenverkehr in Frage gestellt. Dieses Gesetz gilt laut Urteil des Verfassungsgerichtshofes auch für Südtirol. Die Ansichten der Experten, wie es in diesem Bereich weitergehen wird, gehen auseinander. Vielleicht kann der Herr Landeshauptmann oder besser noch der zuständige Landesrat für Fremdenverkehr vielleicht auch im Rahmen dieser Haushaltsdebatte bereits dem Landtag einen kurzen Bericht erstatten, wie sich die Lage am Beginn des neuen Jahres darstellt. Ich glaube nämlich, daß hier mit dieser Tendenz ein ganz schlechter Schritt eingeleitet worden ist, denn gerade in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, wie gut funktionieren unsere örtlichen Fremdenverkehrsorganisationen, wie gut auch die Koordinierung auf Bezirksebene, über die Tourismuskomitees, die dann weiter einfließen, die Ideen, in die große Koordinierungsstelle für die Landeswerbung, die da heißt: Südtiroler Landesfremdenverkehrsamt. Es sind so viele freiwillige Funktionäre von Verbänden, Experten und anderer Interessengruppierungen, die gerade ihren Aufgabenbereich im örtlichen Fremdenverkehrsamt, Verein oder Kuramt finden, die wirklich auf Ortsebene das Beste leisten und die es unbedingt benötigen. Wenn ich richtig informiert bin, soll ja gemäß der staatlichen neuen Bestimmung auf Bezirksebene nur mehr eine Koordinierungstätigkeit für Fremdenverkehrswerbung stattfinden und die örtliche Fremdenverkehrswerbung wäre dann kaum mehr möglich. Es war für uns hier im Landtag sicherlich ein entscheidender Tag, als wir vor einigen Jahren schon diese Fremdenverkehrsstrukturen schaffen konnten dank des Einsatzes selbstverständlich des Landesrates Dr. Franz Spögler. Nun soll uns diese Aufbauarbeit weggenommen werden. Genau dasselbe gilt ja, was die Klassifizierung betrifft, die Sterne. Wir haben damals hier in Südtirol wohl Pionierleistung gegeben, wie das Sternegesetz zur Klassifizierung genehmigt worden ist und auch das soll jetzt wieder in Frage gestellt werden.

Der Handel - damit komme ich auf einen anderen Wirtschaftszweig zu sprechen - hat in Südtirol recht unterschiedliche Probleme. Der Großhandel konnte in diesem letzten Jahr wieder beachtliche Fortschritte erzielen. Die Unternehmer in diesem Sektor tragen entscheidend dazu bei, daß Südtirol eine Brückenfunktion zwischen den Ländern nördlich der Alpen und Italien innehat. Besonders gefreut habe ich mich über eine Initiative der österreichischen Handelsdelegation in Mailand und der Bozner Handelskammer, die in der Landeshauptstadt österreichische Betriebe und mögliche Südtiroler Partner zu einem Interessenmeeting zusammengebracht haben, das auch erste Früchte bereits getragen hat. Während die Beziehungen zum süddeutschen Raum bereits sehr rege sind, können die wirtschaftlichen zu Österreich noch stark ausgebaut werden.

Nach diesem kurzen Abschweifer zurück zum Großhandel, der meiner Meinung nach einer der unauffälligsten, zugleich aber produktivsten Zweige unserer Wirtschaft ist. Viele große und umsatzstarke Unternehmen sind in Südtirol tätig, obwohl der Firmenname in der Bevölkerung kaum oder gar nicht bekannt ist. Diese Betriebe bieten in aller Stille nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze, sondern sorgen durch ihre Tätigkeit auch für Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, besonders bei den Banken, Versicherungen und im Transportgewerbe. Größere Probleme hat der Detailhandel. Die Inlandnachfrage hat zwar nach einigen schwachen Jahren wieder leicht zugenommen, aber gerade die Touristen kaufen nicht mehr so viel wie früher. Die italienischen Gäste sind an bestimmten Warengruppen wie einheimische Textilien und Erzeugnisse gerade der Nahrungsmittelindustrie interessiert; aber die deutschen Urlauber fegen nicht mehr die Regale leer, sondern sind äußerst zurückhaltend. Warum dies so ist, macht ein Preisvergleich deutlich. Der Detailhandel in der Bundesrepublik Deutschland hat von seinem Angebot her große Fortschritte gemacht. Da sich die Preissteigerungsraten in Deutschland immer in Grenzen hielten, in Italien dagegen jahrelang zweistellig waren, sind die Preise hierzulande auch viel schneller angestiegen. Diese Schere ist nur zum Teil durch Kursgewinne der Deutschen Mark gegenüber der Lira wieder geschlossen worden. Deshalb ist es für die deutschen Feriengäste jetzt nicht mehr vorteilhaft, bestimmte Waren in Südtirol zu erwerben. Damit werden wohl in dieser Zeit die Kaufleute leben müssen. Dabei sind einige mit bestimmten Warentabellen stärker, andere mit andere Warentabellen weniger stark oder überhaupt nicht betroffen.

Das Jahr 1986 hat für diesen Wirtschaftssektor Handel neue Förderungsmaßnahmen gebracht. Der Landtag hat das Gesetz "Maßnahmen zugunsten des Handelssektors" verabschiedet, um den Betrieben eine Hilfestellung leisten zu können. Das Förderungsgesetz ist in Zusammenarbeit mit dem Kaufleuteverband und den anderen interessierten Gruppen verbessert aber auch vereinfacht worden. Kurz vor Jahresende ist zudem die Nachricht eingetroffen, daß das staatliche Förderungsgesetz für den Handel Nr. 517 vom Jahre 1975 neu finanziert worden ist. Gesuche um Zinsbeiträge können bis zum Ende dieses Jahres eingereicht werden.

Der Handel hat im übrigen zahlreiche Probleme, die nur schwer gelöst werden können, einerseits, weil die Meinungen darüber innerhalb auch der Kaufleuteschaft auseinandergehen, andererseits, weil sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der Landesverwaltung fallen oder sektorenübergreifender Natur sind. Zu nennen wären die Problembereiche Geschäftszeiten, Lizenzen, Teilzeitarbeit, Personalkosten und Urlaubsanspruch. Besonders die Inhaber von Kleinbetrieben leiden unter den zahlreichen Vorschriften vor allem im Bereich des Steuerrechts. Im Lebensmittelbereich haben die Kaufleute in der Regel einen Arbeitstag von zehn bis zwölf Stunden. Und abends und am Feiertag müssen sie noch am Schreibtisch sitzen und die vorgeschriebenen Eintragungen erledigen. Es ist kein Zufall, daß gerade im Lebensmittelhandel die Kinder nicht mehr sehr viel Lust verspüren, das elterliche Geschäft auch fortzuführen.

Wir haben in Südtirol im großen und ganzen im Handel noch eine äußerst gesunde Struktur mit vielen kleinen und mittleren Betrieben. Volkswirtschaftlich mag dies vielleicht mit einigen Nachteilen auch für die Verbraucher, also für den Konsumenten verbunden sein. Gesellschaftspolitisch ist es aber von großem Vorteil, wenn möglichst viele Kaufleute selbständig arbeiten. Die Kleinen passen sich besser an neue Gegebenheiten an und kämpfen sich durch, während die Großen in Krisenzeiten in stärkerem Maße auf die Stützung durch die öffentliche Hand angewiesen sind. Ich glaube, in Südtirol ist es bisher gelungen, ein ausgeglichenes Nebeneinander von kleineren und größeren Betrieben zu gewährleisten. Was uns die Zukunft bringen wird, das ist noch sehr unsicher. Der Landesverband der Kaufleutevereinigungen versucht, über seinen Dachverband der Conf-Commercio die staatliche Rahmengesetzgebung im Sinne der Südtiroler Kaufmannschaft zu beeinflussen. In welchem Maß dies auch gelingen wird, ist noch nicht abzusehen. Beim Tag des Handels im Rahmen der Bozner Mustermesse im vergangenen September hat der zuständige Staatssekretär immerhin versichert, daß die angestrebten Liberalisierungsmaßnahmen so erfolgen sollen, daß nicht Strukturen zerstört werden, denen man später nachweint, wie es in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist. Die Tendenz zum Supermarkt, die Förderung des großen Handelsbetriebes hat in der Bundesrepublik Deutschland vor Übernahme der jetzigen CDU-CSU-FDP-Regierung im Jahre 1982 eine Entwicklung eingeleitet, die eben dem Großhandel, das große Geschäft mehr gefördert hat wie den kleinen Handelstreibenden. Seit 1982 hat man genau das Gegenteil wiederum getan, man hat wieder den mittelständischen Betrieb mehr gefördert zum Wohle des Bürgers und auch des Konsumenten somit schlechthin. Ich habe selbst einmal bei einer Fahrt durch die Bundesrepublik im bayerischen Raum in einer Gemeinde mit 3.000 Einwohnern erleben können, daß es überhaupt kein kleines z.B. Lebensmitteldetailgeschäft mehr gegeben hat, sondern nur mehr außerhalb der Gemeinde war ein großer Supermarkt. Wie sollen dann die Leute um die Ecke gehen, um ihr im wahrsten Sinne des Wortes tägliches Brot zu kaufen, die äußerst notwendigen Lebensmittel, die so in einer Familie gebraucht werden, denn denken wir an Jugendliche, denken wir an die älteren

Menschen, denken wir auch an kranke Menschen, nicht jeder hat ein Auto und auch die öffentlichen Verkehrsmittel sind auch auf dem Land nicht immer so vorhanden, wie sie für die Besorgung eigentlich notwendig wären. Also spreche ich mich dafür aus, daß wir mit allen nur möglichen Mitteln versuchen müssen, auch im Handelssektor unsere typische mittelständische Struktur zu erhalten. Wir haben ja im Bereich des Handels nur eine sekundäre Zuständigkeit, vergleichsweise hat die Autonome Region Sizilien im Bereich des Handelssektors eine primäre Zuständigkeit, aber das sei nur nebenbei erwähnt, aber vielleicht haben wir mit unserer primären Zuständigkeit im Bereiche der Raumordnung Möglichkeiten, wenn das neue staatliche Handelsreformgesetz einmal Staatsgesetz sein wird, uns hier autonom zu regeln, um diese typische mittelständische Handelsstruktur auch erhalten zu können.

Das Handwerk, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hat zwar nicht unbedingt einen goldenen Boden; aber es hat ein solides, ein festes Fundament, auf dem es steht. Neben der Landwirtschaft ist es der ursprünglichste Wirtschaftszweig in Südtirol, dessen Bedeutung nicht nur im rein ökonomischen Bereich liegt, sondern der auch gesellschaftspolitische Auswirkungen hat. Es gibt in Südtirol rund 14.500 Handwerksbetriebe mit 30.000 Beschäftigten. Von diesen Zahlen läßt sich einerseits die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges aber auch der Umstand ablesen, daß es sich durchwegs um Kleinstbetriebe handelt. Wenn man sich vorstellt, daß im Bereich des Handwerks 75% der Betriebe Einmannbetriebe sind, also der Meister allein, 20% der Meister mit einem Gesellen oder mit einem Lehrling, also zu zweit oder maximal zu dritt, und nur der Rest mehr als 2 bis 3 Personen beschäftigt inklusive den Handwerksmeister selbst, so spricht das eine sehr sehr klare und eine deutliche Sprache. Aus diesen Betrieben, diesen kleinen Betrieben ragen allerdings einige größere hervor, die sich in ganz Südtirol und darüber hinaus einen Namen gemacht haben. Es wäre vielleicht bereits an dieser Stelle anzumerken, daß vielleicht mehr wie in der Vergangenheit dem Bereich Exportförderung auch im handwerklichen Bereich mehr Augenmerk zugewendet wird. Es ist nämlich schade und es wäre nämlich schade, wenn wir hier alle mitsammen mit ansehen müßten, wie immer mehr Betriebe, obwohl sie Qualitätsprodukte erzeugen, die sich sehen lassen können, nicht einen entsprechenden Absatz finden, besonders im Ausland. Wenn - verzeihen Sie mir diesen etwas hochtrabenden Vergleich - heute Herr Breitschwert, er ist Vorsitzender der Daimler-Benz-AG, nach China oder nach Indien oder sonstwohin fährt, dann bin ich mir sicher, daß er am Flugplatz zumindest vom entsprechenden Außenhandelsminister empfangen wird und es wird früher oder später auch irgendeine Musikkapelle ertönen. Wenn aber ein kleiner Betrieb von Südtirol heute so etwas unternimmt, dann wird er große Schwierigkeiten haben und deswegen, das will ich damit sagen, wenn sich einige Handwerksbetriebe, kleine, und das ist jetzt im verstärkten Ausmaße der Fall, weil es gespürt wird, zusammenschließen, um gemeinsam etwas zu unternehmen im Sinne, daß sie sich gemeinsam im Ausland an einer Messe beteiligen, ausstellen oder daß sie ge-

meinsam um neue Aufträge werben, überall in Europa aber auch in anderen Staaten der Welt, so soll das meiner Meinung nach mehr noch wie bisher gefördert werden. Es gibt Entwicklungen und ich freue mich das auch feststellen zu können, daß immer mehr Südtiroler kleinere mittelständische Handwerksbetriebe sich zusammenschließen, um in diese Richtung tätig zu werden. Ich darf hier im Südtiroler Landtag nur berichten, daß wir auf unsere Südtiroler Handwerksprodukte stolz sein können.

Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, sich einmal die größte Handwerksschau der Welt, die internationale Handwerksmesse in München angesehen hat, die immer im Frühjahr Februar-März stattfindet. Südtirol ist dort vertreten. Das Handwerk Südtirols ist dort vertreten, wird auch vom Land gefördert, damit eben die von mir angesprochene verstärkte Absatzförderung ermöglicht wird. Wenn man dann sieht, wieviele unserer tüchtigen Handwerksunternehmer reich beschenkt, mit Staatspreisen, durch den Staatspreis des Freistaates Bayern oder mit goldenen oder mit silbernen Medaillen wieder in die Heimat Südtirol zurückkehren, so ist das nicht nur eine Anerkennung für den jeweiligen Handwerksmeister und Handwerksbetrieb und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern das ist eine Anerkennung, die letztendlich auf uns alle, auf ganz Südtirol abfärbt. Das ist nicht nur der Fall bei der internationalen Handwerksschau in München, das ist genauso bei den nationalen, bei den staatlichen Handwerksausstellungen. Ich denke an die Handwerksmesse in Florenz und an andere Dinge. Ich glaube, das sei auch einmal gesagt und zitiert, denn das beweist und unterstreicht, daß mein Wunsch nach noch mehr Exportförderung mehr als gerechtfertigt erscheint.

Die Landesverwaltung wirkt auch in zweifacher Hinsicht auf das Handwerk ein; durch Ordnungsgesetze, wie die Handwerksordnung einerseits, und durch Förderungsgesetze. Das Förderungsgesetz für das Handwerk aus dem Jahre 1982 ist wie das Handelsförderungsgesetz erst im vergangenen Jahr novelliert worden, wobei man, wie in anderen Bereichen, bestrebt war, zu vereinheitlichen, zu vereinfachen sowie auch die Zinsbeiträge abzuändern in einmalige Kapitalbeiträge. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß der Landeshaushalt auch flexibler und mobiler wird. Es bestand nämlich die Gefahr, daß dieses wirtschaftspolitische Instrument sonst total erstarren könnte, weil die Ausgaben auf Jahre hinaus gebunden sind und der Gesetzgeber dann keine Möglichkeit mehr hat, auf neue Situationen zu reagieren. Heute haben wir ein Handwerksgesetz, das sich sehen lassen kann. Und das ist eines, so glaube ich zumindest, der größten Verdienste auch des zuständigen Landesrates für Handwerk, Dr. Franz Spögler, dem an dieser Stelle für seinen Einsatz in diesem konkreten Bereich die Anerkennung ausgesprochen werden muß.

In Italien einmalig sind die Handwerksordnung und die Lehrlingsordnung. Man muß es im Rahmen der Haushaltsdebatte wieder sagen. Wir halten an beiden Ordnungsgesetzen fest, da sie sich bewährt haben. Die Handwerksordnung mit der Bestimmung, daß zur selbständigen Ausübung eines Handwerksberufes ein Meisterbrief notwendig ist, eine Qualitätsgarantie

für den Verbraucher, den Konsumenten. Sie trägt entscheidend dazu bei, daß die Güte handwerklicher Produkte und Dienstleistungen angehoben wird. Dieser Vorteil ist meiner Meinung nach größer als die Nachteile, die es in Einzelfällen auch vielleicht geben kann, daß die eine oder andere unternehmerische Initiative vielleicht nicht so zum Durchbruch kommt. Die Praxis hat gezeigt, daß unsere Südtiroler Handwerksmeisterinnen und -meister fachlich so geschult sind, daß sie die Meisterprüfung durchaus bestehen. Die neuesten Zahlen liegen mir noch nicht vor, aber die Tatsache, daß im Jahre 1985 1.348 Kandidaten zur Prüfung angetreten sind und 1.133 die Teilprüfungen bestanden haben, zeigt wohl klar, daß die Rückverweisungsquote nicht sehr hoch ist, obwohl viel verlangt wird.

Was die Lehrlingsausbildung betrifft, möchte ich im Handwerksbereich stellvertretend für andere Bereiche den Wert der dualen Theorie und Praxis, also des Ausbildungssystems unterstreichen. Die gediegene praktische Ausbildung im Betrieb und die theoretische Ausbildung in der Berufsschule stellen eine Belastung für den Lehrling und den Meister dar, aber sie sind ein Garant für die Qualität der Betriebe. Ich möchte auch an dieser Stelle hervorheben, daß die Landesverwaltung keine Kosten scheut und das Berufsschulwesen auf der Höhe der Zeit ist, wenn auch die Lage in Bozen z.B. aufgrund des beschränkten Raumes, des Platzmangels also auch gewissermaßen zu einer Unzufriedenheit Anlaß geben könnte. Es sind ja in diesem Landeshaushalt gerade für die Berufsschule zusätzliche Gelder vorgesehen, also der Schritt in die richtige Richtung wird getan und diesem Problembereich Berufsschulwesen wird durch diese zusätzlichen Geldmittel sicherlich abgeholfen werden können. Aber zu den Ausgaben für die Berufsschulen kommen noch die direkten Unterstützungen für die Lehrlinge und die Beiträge an die Betriebe für die Ausbildungstätigkeit.

Die Lehrlingsausbildung ist nicht nur ein finanzielles Problem, sie ist auch mit bürokratischen Hindernissen verbunden, auf die die Landesverwaltung keinen Einfluß hat, da diese zum Teil in der Sozialgesetzgebung enthalten sind. Die mit dem Ziel erfolgte Novellierung des Lehrlingsausbildungsgesetzes, die Meldeprozeduren und -termine zu vereinfachen, konnte leider bisher nicht greifen, da die Zentralregierung den vom Landtag beschlossenen Gesetzentwurf schon zweimal rückverwiesen hat. Auch hier ist der Schritt in die richtige Richtung gesetzt worden, denn wenn bisher fünf verschiedene Papiere und Unterlagen notwendig waren, die mit der Lehrlingseinstellung verbunden sind, so sind durch dieses neue Lehrlingsgesetz, das doch wieder bald verabschiedet und hoffentlich genehmigt werden wird von der Zentralregierung, nur mehr zwei oder drei, wenn ich mich nicht täusche, Formalitäten zu erledigen. Also auch ein Schritt weniger Bürokratie.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Ich erlaube mir, an diesem Punkt abzuschließen und um 15 Uhr kurz weiterzufahren.

PRESIDENTE: Siamo d'accordo. Chiudiamo la seduta e la riprendiamo alle ore 15 con l'intervento del consigliere von Egen.
La seduta è sospesa.

ORE 12.55 UHR

ORE 15.03 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

WALTRAUD GEBERT-DEEG

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Wir fahren mit der Sitzung fort.
Das Wort dem Abg. von Egen.

von EGEN (SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bis jetzt mit Absicht noch keine Zahlen über die Höhe der verschiedenen Förderungsmittel genannt, die zum Einsatz kommen. Im Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1987 sind für den Fremdenverkehr und die Gastwirtschaft insgesamt 24 Milliarden Lire ausgewiesen, davon ein beachtlicher Teil für das Landesverkehrsamt und für die lokalen Verkehrsorganisationen. Das neue Landesgesetz zur Verbesserung der Qualität von gastgewerblichen Beherbergungsbetrieben ist nur mit einer Milliarde Lire finanziert. Für den Handel muß die Landesregierung noch weniger ausgeben. 15,4 Milliarden sind für diesen Bereich insgesamt im Haushaltsvoranschlag ausgewiesen, einschließlich der Beiträge für die Beteiligung an Messen und Ausstellungen. Für das Handwerk werden 40 Milliarden Lire bereitgestellt. Bei 14.500 Betrieben sind dies im Schnitt knapp drei Millionen Lire pro Betrieb. Handel, Handwerk und Fremdenverkehr erhalten zusammen rund 76 Milliarden Lire. Wer meint, das sei viel, möge einen Blick auf andere Ausgabenkapitel werfen. Z.B. beläuft sich oder belaufen sich alle Kapitel der Landwirtschaft zusammengenommen auf 129 Milliarden Lire, wobei allerdings und das muß man auch sagen, alle Posten berücksichtigt sind, vom Wohnbau am Bauernhof über die Ausbildung in der Landwirtschaft bis zur Beratung und bis zu den Beiträgen an die Feuerwehren für die Löscharbeiten an Waldbränden. Auch muß berücksichtigt werden, daß gerade die Landwirte im Berggebiet über die eigentliche land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit hinaus ja eine weitere wichtige Funktion und Bedeutung haben, die wir nicht vergessen dürfen. Nicht zu unrecht, obwohl dieses Wort vielleicht gar nicht so schön klingt, werden gerade unsere Bauern im Berggebiet auch als Landschaftsgärtner bezeichnet, wodurch aber positiv zum Ausdruck gebracht wird, daß ihre Existenz da oben für unsere Südtiroler Kulturlandschaft und damit für die Erholung und somit auch indirekt in zweiter Linie für den Fremdenverkehr von Bedeutung ist. In dieser gan-

zen Diskussion darf man wohl dabei auch nicht vergessen, daß es eine Wechselwirkung zwischen Landwirtschaft und Fremdenverkehr gibt. Dies sollte auch berücksichtigt werden, wenn es um die Verabschiedung des Landesraumordnungsplanes geht.

Und weil ich gerade bei der Landwirtschaft bin, möchte ich betonen, daß sie ja auch zur Wirtschaft gehört. Unsere Landwirte sind selbständige Unternehmer und haben sich als solche in manchen Bereichen mit denselben Problemen herumschlagen wie die anderen Wirtschaftstreibenden auch. Gewisse Vorteile, die die Landwirte genießen, sind weitestgehend gerechtfertigt durch die insgesamt niedrigen Durchschnittseinkommen. Ich will hier gar keine Beispiele bringen, die in der Landwirtschaft erwirtschaftet werden. Es müßte deshalb, so glaube ich und davon bin ich voll überzeugt, eine gemeinsame Diskussionsbasis zwischen der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft geben. Eine Frontstellung, die es in unserem Südtirol zur Zeit wegen einiger weniger Probleme anscheinend gibt, scheint mir einfach nicht gerechtfertigt. Der Mangel an Informations-, vielleicht hängt es mit dem zusammen, und Meinungs-austausch, hat auch einen gewissen Schaden angerichtet, der im Interesse beider Unternehmergruppen durch einen neuen Dialog kleingehalten werden sollte.

Damit komme ich zu einem zweiten Vergleich von Zahlen. Ich glaube, wir können in Südtirol stolz sein auf das, was durch die Autonomie auf dem großen Gebiet des Sozialwesens erreicht worden ist. Die Wirtschaft Südtirols hat nichts gegen die Aussagen im sozialen Sektor einzuwenden, im Gegenteil, ich begrüße sie, weil sie einerseits gerechtfertigt sind und außerdem zu einem sozialen Klima beitragen, in dem auch die Wirtschaft gedeihen kann. Wer aber der Wirtschaft die Beitragszahlungen durch die Landesverwaltung unter die Nase reibt, sollte auch einmal einen Blick auf die Ausgaben des Landes etwa im Bereich des geförderten Wohnbaues machen. 174 Milliarden Lire werden zu diesem Zweck in diesem Jahr vom Land zur Verfügung gestellt. Und für Fürsorgemaßnahmen wendet die Landesverwaltung 84 Milliarden Lire auf. Das Kapitel Sozialwesen insgesamt umfaßt 442 Milliarden Lire, das Kapitel Wirtschaftsförderung 316 Milliarden, von denen aber zwei Drittel zu annähernd gleich großen Teilen der Land- und Forstwirtschaft und der Industrie vorbehalten sind.

Und damit wäre ich beim letzten aber sicherlich nicht unbedeutendsten Teilbereich der gewerblichen Wirtschaft angelangt. Die Industrie in Südtirol hat noch recht wenig Tradition und stand aufgrund der Zwangsindustrialisierung durch den faschistischen Staat in den dreißiger Jahren lange Zeit in einem schiefen Licht. Erst durch die Schaffung von dezentralisierten Industriegebieten in den siebziger Jahren ist es gelungen, die Vorbehalte gegen diesen Wirtschaftszweig gerade auch bei der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung abzubauen. Aber noch heute gibt es ein vereinzelt tiefes Mißtrauen gegen die Industrie, das in der Regel und oft emotional begründet ist. Die historisch begründeten Vorbehalte sind teilweise ersetzt worden durch ökologisch bedingte. Die rauchende Bozner Industriezone wird immer gewissermaßen als Prototyp eines Wirtschafts-

zweiges hingestellt, der die Umwelt belastet oder gar zerstört. Dabei ist die Bozner Industriezone erstens heute nicht mehr repräsentativ für die Industrie in Südtirol und zweitens sind wirksame Maßnahmen gesetzt worden, die Emissionen von Giftstoffen zu reduzieren. Ein Vergleich der Luftqualitätswerte in den ersten 70er Jahren mit heute zeigt deutlich, daß die Belastung stark eingeschränkt worden ist. Daß hier noch viele Dinge verbessert werden können, will ich gar nicht in Abrede stellen.

Die Industrie in Südtirol ist aufs Land hinausgezogen. In Bruneck und Brixen, in Lana und Sterzing, in Leifers und St. Ulrich im Grödner-tal, aber auch in vielen anderen Orten sind heute viele Unternehmen tätig, die vorbildlich geführt werden und die äußerst umweltschonend arbeiten. Obwohl überall in der westlichen Welt in der Industrie Arbeitsplätze abgebaut werden, gibt es in Südtirol eine ganz Reihe von Betrieben, die ihren Personalstand ausgebaut haben. Es sind dies Unternehmen, die in der Regel sichere und qualifizierte Arbeitsplätze anbieten.

An dieser Stelle möchte ich doch einmal einige Zahlen bringen, die das, was ich gesagt habe, auch belegen und untermauern. Wenn es im Landtag gestern geheißen hat, daß trotz zahlreicher Milliarden Lire, die durch das Industrieförderungsgesetz Nr. 26, also für Umstrukturierungen und Modernisierungen der Industriebetriebe unseres Landes zugeflossen sind, aber auch durch das vor zwei Jahren vom Landtag verabschiedete Gesetz zur Förderung der Einführung neuerer Technologien zugeführten Milliarden Arbeitsplätze nicht geschaffen, sondern bestehende Arbeitsplätze abgebaut wurden, so muß ich dieser Behauptung entgegenhalten, daß das nicht stimmt. Die Situation ist nämlich diese und das beruht auf konkreten Zahlen und diese Zahlen sind sicherlich erfreulich auch hier einmal mitteilen zu können. Der Kollege Achmüller hat gestern nämlich gesagt, daß trotz Milliardenbeiträgen in Industriebetrieben nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Wir haben im Jahre 1981 in Betrieben die Geldmittel für die Umstrukturierung bekommen, also ich nenne diese Betriebe sogenannte umstrukturierte Industriebetriebe, die also Landes-gelder bekommen haben, im Jahre 1981 6.385 Beschäftigte, die Daten des Jahres 1986 liegen nicht vor, die aber des Jahres 1985, im Jahre 1985 waren es 6.558 Beschäftigte. Sicherlich werden jetzt die Kolleginnen und Kollegen sagen, das sind nicht einmal mehr als 200 Beschäftigte. Dazu braucht es eine kleine Analyse. Die großen Industriebetriebe, ich denke hier also in erster Linie an die Bozner Industriezone, die haben an Beschäftigten abgenommen. Hingegen haben wir sehr viele kleine und mittlere Industriebetriebe, die Umstrukturierungsgeldmittel vom Land erhalten haben und die einerseits wieder in die Gewinnzone gefahren sind, Gott sei Dank, also die wirtschaftliche Krisensituation dadurch meistern konnten und andererseits mehr Beschäftigte wieder aufgenommen haben. Und wenn ich hier nur sehe, z.B. ein Betrieb ist von 12 Beschäftigten im Jahre 1981 auf 22 Beschäftigte gegangen, ein anderer von 20 auf 30, wieder ein anderer in Leifers von 51 auf 67, der Vergleichszeitraum ist immer 1982-1985, dann wieder ein anderer Betrieb ist von 291 im Meraner Raum auf 419 ange-

stiegen. In Frangart von 47 auf 61, in Vilpian von 55 auf 72, in Latsch von 20 auf 27, St. Martin in Passeier 113 auf 425, usw. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß man auch einmal von diesen positiven Leistungen von einheimischen Industriebetrieben spricht, die öffentliche Gelder erhalten haben. Ich glaube, hier müssen wir auch einmal das Licht auf den Scheffel stellen und eben aufzeigen, daß diese unsere Politik auch konkrete Früchte für den Betrieb und für die Beschäftigten, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Betrieb gebracht haben. Wir haben hier also zu einem bestimmten Teil eine Situation, wie wir sie im großen, auf großer Ebene derzeit in der Bundesrepublik Deutschland haben, wo trotz mehr Arbeitsplätzen die Arbeitslosigkeit leider Gottes kaum oder nicht abgebaut werden konnte. Es wurden mehr Stellen geschaffen und trotz dieser Tatsache konnten, weil auch die geburtenstarken Jahrgänge und andere Faktoren mit hineingespielt haben, nicht Arbeitslose abgebaut werden, was sicherlich eine Tragik ist, aber trotz dieser Bemühungen konnte es nicht erfolgen. Sicherlich geben uns einige Industriebetriebe zu denken und zu Sorge Anlaß, die eben Arbeitsplätze abgebaut haben, aber in der Industrie ist die branchenspezielle Situation derart gewaltig, daß eine generelle Aussage in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich wohl nicht oder nur kaum getroffen werden kann. Hier ist es die Eigendynamik des jeweiligen Unternehmens und des Unternehmers selbst, eben seinen Betrieb leistungsfähig zu erhalten. Aber ich muß noch einmal betonen, diese öffentlichen Gelder haben zu einer Beschäftigungssteigerung gerade in der mittleren, in der kleinen Industrie in unseren Talschaften und in den Bezirken draußen geführt, das sei auch einmal ganz klar und deutlich gesagt. Hier wurde sicherlich eine richtige Politik eingeleitet und es gilt, sie auch fortzusetzen.

Das Jahr 1986 hat für die Industrie kein neues Förderungsgesetz gebracht. Ich will hier nicht näher auf die vielschichtigen Gründe eingehen, sondern nur mit Enttäuschung zur Kenntnis nehmen, daß der entsprechende Gesetzesentwurf, nämlich die Abänderungen zu Landesgesetz Nr. 25, Industrieförderungsgesetz genannt, obwohl schon vor langer Zeit von unserer Südtiroler Landesregierung genehmigt, noch immer nicht im Landtag behandelt werden konnte, da er, wie wir wissen, in der zuständigen Gesetzgebungskommission, obwohl schon vor längerer Zeit auf der Tagesordnung, wiederum abgesetzt wurde. Die nicht erfolgte Novellierung wirkt sich dahingehend aus, daß ein Teil der im Haushalt 1986 ausgewiesenen Mittel nicht eingesetzt werden kann. Da es sich hier, wie wir alle wissen, um gebundene Zuweisungen des Staates für die Industrie handelt, liegen Milliarden brach. Ich fordere den zuständigen Landesrat für Industrie förmlich auf, den Gesetzesentwurf wirklich jetzt und ernstlich voranzutreiben und auch die Beiträge an jene in den anderen Wirtschaftssektoren anzupassen.

Ich hoffe, daß nach Abschluß der Haushaltsdebatte raschestens in der Kommission und dann hier im Plenum dieser Gesetzesentwurf behandelt und verabschiedet werden kann.

Während sich die Lage der Industriebetriebe insgesamt und allgemein Gott sei Dank doch verbessert hat, ist die Krise im Bereich der Bauindustrie noch nicht überwunden. Ich möchte diesbezüglich die Forderung dieser Sparte unterstreichen, daß die öffentlichen Verwaltungen danach trachten müssen, die geplanten Arbeiten auch tatsächlich durchzuführen. Die Verzögerungen belasten nicht nur die Haushalte mancher Gemeinden, sondern bewirken auch, daß die Firmen ohne Arbeit sind. Die privaten Aufträge im Neubau sind nämlich fast auf Null abgesunken.

Von der Bauwirtschaft wird immer wieder das Anliegen vorgebracht, bei den Ausschreibungen von öffentlichen Arbeiten von der Methode des günstigsten Angebotes abzugehen, um damit eine Art Preiskampf abzdämpfen, der für die Firmen und letztendlich auch für die Verwaltungen Nachteile mit sich bringen kann. Oft erhalten nämlich Unternehmen den Zuschlag, die auch unrealistisch kalkuliert haben und dann während der Arbeiten aufgeben müssen. Bei einer kürzlich abgehaltenen Tagung im Herbst letzten Jahres in Neumarkt wurden sowohl von seiten der Bauindustrie als auch von seiten des Bauhandwerks zahlreiche interessante Anregungen gegeben, wie vorgegangen werden könnte, damit beide Seiten, Auftraggeber und Auftragnehmer, den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen können. Ich bin auch mit der Forderung einverstanden, daß vor allem einheimische Betriebe zu berücksichtigen sind.

Ganz kurz möchte ich auch noch auf das Transportgewerbe eingehen, das zum Teil zum Handwerk, zum Teil aber auch zur Industrie gehört. Ich glaube, daß dieser Wirtschaftszweig in Südtirol stark unterschätzt wird. Transport- und Speditionsfirmen gehören zu den wichtigen Arbeitgebern in unserem Land. Außerdem sind sie wichtige Kunden unserer Banken und der Versicherungen. Die Landesverwaltung täte gut daran, diesem Gewerbe vielleicht etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken und mehr auf die Probleme einzugehen, die es in diesem Bereich gibt. Ich nenne hier nur das Platzproblem und auch die Verzögerungen bei der Errichtung des neuen Lagerhauses in der Handelszone Bozen-Süd, die dazu geradezu prädestiniert ist.

Überhaupt bin ich der Meinung, daß die Landesverwaltung auch den Bereich Verkehrspolitik ernstlich und gründlich und mehr überdenken sollte. Was wir jetzt brauchen ist ein klares Ja zur Lösung der wichtigen Verkehrsprobleme und der Verkehrsfragen. Ich denke dabei sowohl an die Schiene, also an die Eisenbahn, es steht ja an die Diskussion und Debatte zur Erneuerung der Brennerbahn. Wir wissen, daß vor einem Monat die drei Eisenbahnverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Italiens in Wien einen internationalen zwischenstaatlichen Vertrag abgeschlossen haben, der vorsieht, daß innerhalb von 12 Monaten eine sogenannte Machbarkeitsstudie, Modernisierung und neue Brennerbahn vorgelegt werden soll, wobei ausdrücklich in diesem Vertrag vorgesehen ist, alle möglichen Lösungen einer Untertunnelung des Brennerpasses zu studieren und vorzusehen. Ich meine sowohl eine Lösung im Sinne Scheiteltunnel als auch langer Tunnel, wobei ich persönlich der Meinung bin, daß die längere Lösung, also ein langer Tunnel, das Problem wahrscheinlich besser

lösen könnte, aber darüber nur am Rande. Neben dem Problem Schiene-Eisenbahn das Problem Straßenverbindungen. Hier denke ich wieder einmal an Bozen-Meran, Pustertal, Vinschgau und an andere Staatsstraßen. Es ist also wirklich höchst an der Zeit, auch im Sinne des Koalitionsprogrammes, raschestens die letzten Entscheidungen zu treffen, sich darauf zu einigen, damit diese wichtigen Infrastrukturen endlich in Zusammenarbeit mit der ANAS auch realisiert werden können. Auch was den Luftverkehr betrifft, möge doch auch endlich das Problem, das mit dem Bozner Flugplatz zusammenhängt, gelöst werden. Erst vor drei vier Tagen sind wieder neue Probleme aufgetaucht. Der Flugplatz war wieder für einige Stunden gesperrt und das ist eine unerfreuliche Tatsache, obwohl jetzt, Gott sei Dank, was den Bereich Anflughilfe betrifft, positive Entwicklungen zu verzeichnen sind.

Was den Landesraumordnungsplan betrifft, so bin ich der Meinung, daß es nach verschiedenen Polemiken der letzten Wochen nicht mehr sehr viel zu sagen gibt. Was wir jetzt brauchen, und das sage ich als Vertreter der Wirtschaft, jetzt brauchen wir ein konkretes und ein konstruktives Gespräch mit allen interessierten und beteiligten Gruppierungen, das dazu beitragen kann, den Erfordernissen des Landschafts- und Umweltschutzes Rechnung zu tragen, einerseits und andererseits trotzdem zu garantieren, daß sich die Wirtschaft weiterentwickeln kann. Es war gerade der Südtiroler Wirtschaftsring, der in diesen Wochen betont hat, daß Natur- und Umweltschutz für ihn nicht nur ein Lippenbekenntnis sind, sondern daß die Wirtschaftstreibenden Südtirols wie andere Bürger dieses Landes auch daran interessiert sind, ihren Beitrag zu leisten. Ich möchte im folgenden zu diesem Fragenkomplex noch einmal den Innsbrucker Universitätsprofessor Socher zitieren, der einmal folgendes gesagt hat: "Die unternehmerischen Tätigkeiten, die durch den Abbau von Schranken entstehen und Arbeitsplätze schaffen werden, konkurrieren um die knappen Ressourcen und können damit zu einem Konflikt mit dem Ziel der Umwelterhaltung führen. Wenn es zu diesem Konflikt kommt, so kann der dann notwendige Abwägungsprozeß zwischen dem Ziel der Sicherung der Beschäftigung, also der Arbeitsplatzzerhaltung und dem Ziel der Umwelterhaltung nicht durch in das einzelne gehende bürokratische Vorschriften erfolgen, denn diese können die für die Entscheidung notwendigen Fakten und Wirkungen nicht kennen. Hier bedarf es Rahmenbedingungen, die das Abwägen der Interessen in einem geregelten Prozeß vorschreiben, nicht aber schon ein starres Ergebnis von vorneherein festlegen. In den Fällen eines Konfliktes zwischen dem Ziel der Arbeitsplatzbeschaffung und dem Ziel der Umwelterhaltung muß ein Abwägungsprozeß aus der Sicht der Gesamtinteressen des Landes erfolgen, der die Umweltkosten von neuen Arbeitsplätzen im Lande vergleicht und diejenigen auswählt, bei denen die Umweltkosten am geringsten sind." Zitatende. Bereits im Verlauf des letzten Jahres wurde gerade auch anläßlich der Generalversammlung des Wirtschaftsringes in Terlan am 24. April das gesagt und unterstrichen, und zwar wurde auch unterstrichen, daß man in unserem Lande häufig den Eindruck hat, als solle jedes Abwägen von vornehe-

rein ausgeschlossen werden, indem einfach absolut der Ökologie auf jeden Fall der Vorrang gegeben wird. Südtirols Wirtschaftstreibende haben nämlich nicht nur eine sehr große Verantwortung gegenüber der Landschaft und der Umwelt, sie tragen auch auf der anderen Seite eine große soziale Verantwortung. Umweltschutz soll und darf nicht vorrangig als Verhindern von verschiedenen wirtschaftlichen Aktivitäten verstanden sein. Wir sind alle aufgerufen, eine Brücke zu bauen von der Ökologie zur Ökonomie und umgekehrt. Es geht also und es ist möglich, das beweisen uns andere Regionen und Länder in Europa und in der Welt: eine Harmonisierung zwischen Ökologie und Ökonomie ist ohne weiteres möglich. Wer kein Interesse daran hat, an diesem Bauwerk mitzuarbeiten, zeigt, daß er nicht gewillt ist, seinen Kopf aus dem Sand zu ziehen, in den er ihn gesteckt hat, um die Wechselwirkungen zwischen beiden wichtigen Faktoren nicht sehen zu müssen.

Ich wiederhole nochmals. Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt müssen mit Belastbarkeit von natürlichen Lebensgrundlagen von Boden, Wasser, Luft und Landschaft in Einklang gebracht werden. Dabei ist gerade bei uns in Südtirol die Knappheit an kultivierbarem Raum besonders zu berücksichtigen. Das Ökologieverständnis, ich betone es noch einmal, der Wirtschaft Südtirols ist nicht bloß ein Lippenbekenntnis, sondern hat sich in einer Reihe von sozialpartnerschaftlich gefaßten Beschlüssen und vor allem in unzähligen konkreten Maßnahmen zugunsten von Landschaft und Umwelt niedergeschlagen. Das sollte doch auch endlich einmal anerkannt werden, jedoch ist die Wirtschaft wie jeder verantwortlich Denkende dazu aufgefordert, in die notwendige Naturschutzüberlegung auch die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzubeziehen.

Der Landeshauptmann hat in seinem Bericht zum Haushaltsvoranschlag der Arbeitslosigkeit in Südtirol viel Bedeutung beigemessen, obwohl das Problem bei uns lange nicht so gravierend ist wie auf gesamtstaatlicher Ebene. Ich danke Ihnen, verehrter Herr Landeshauptmann, dafür. Ich möchte hier nicht wiederholen, was Sie selbst schon festgestellt haben, sondern nur unterstreichen, daß wir, gerade die Wirtschaftsverbände und ich persönlich als Abgeordneter hier im Landtag, Ihre und unser aller Sorgen teilen, die Sie diesbezüglich zum Ausdruck gebracht haben. Wir wissen, daß die öffentlichen Stellen nicht mehr eine ausreichende Ventilwirkung haben, wir wissen aber auch, daß die Landesverwaltung mit Maßnahmen zwar lindern, aber diesbezüglich nicht endgültig heilen kann. Versetzen wir deshalb gerade die gewerbliche Wirtschaft des Landes in die Lage, selbstverständlich unter Respektierung der Grenzen, die wir uns, wie schon beschrieben, setzen müssen, ihre Betriebe so führen und aufbauen zu können, daß uns dieses Problem nicht in den nächsten Jahren buchstäblich über den Kopf wächst. Die Landesregierung hat immer ein offenes Ohr gehabt, wenn es um Arbeitsplätze gegangen ist. Ich bin überzeugt, daß sie das auch in Zukunft haben wird.

Wenn ich von Rahmenbedingungen für die gewerbliche Wirtschaft, aber für uns alle spreche, dann meine ich darunter auch die sogenannte Deregulierung und Entbürokratisierung. Jeder, auch der kleinste Verwalter weiß,

daß es in unserer Zeit mit ihren komplexen Problemen, Regeln und Vorschriften, also Gesetze und Verordnungen braucht, um ein geordnetes Zusammenleben in der Gemeinschaft und Wirtschaft zu ermöglichen. Es ist aber auch kein Geheimnis, daß wir in einer wahren Flut von Gesetzen und Bestimmungen zu ersticken drohen, mit denen uns Exekutive und Legislative überschwemmen. Ich weiß, wovon ich spreche, da wir alle irgendwie mitverantwortlich sind für diese Entwicklung. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Politiker und Beamten bei weitem nicht immer aus eigenem Antrieb neue Gesetze und Verordnungen produzieren. Das muß auch ganz klar und deutlich gesagt sein. Als Volksvertreter werden wir alle dazu von den verschiedensten Gruppierungen und Interessengemeinschaften gedrängt, und wer einmal im Dickicht steckt, für den ist es gar nicht so einfach, sich daraus auch wieder zu befreien, wie zahlreiche Erfahrungen zeigen, die gerade auch im Ausland mit der Bürokratisierung gemacht wurden. Darüber hat auch Herr Dr. Kroker vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln bei einer interessanten Veranstaltung in Bozen berichtet. Ich darf nur folgendes Beispiel bringen: Wenn beim Bau eines Mehrfamilienhauses mit einem Lebensmittelgeschäft im Erdgeschoß im Bundesland Nordrhein-Westfalen z.B. 80 Gesetze und Verordnungen mit rund 750 grundlegenden Anforderungen zu beachten sind, so sagt dies sehr sehr deutlich, daß das Maß des Erträglichen längst überschritten ist. Wir, Gott sei Dank, sind nicht gesetzeshütiger als andere Länder oder Regionen auch, aber in diese Richtung werden wir uns noch viel mehr einfallen lassen müssen, wenn ich auch weiß, daß es sehr schwierig ist, hier konkrete und vor allem baldige konkrete Schritte zu unternehmen.

Kroker hat damals in seinem Referat festgestellt, daß detaillierte Regelungen, die darauf abzielen, möglichst alle erdenklichen Einzelfälle zu erfassen, zwangsläufig zu Lähmungserscheinungen führen. Wenn die Genehmigung eines Bauantrages in der chemischen Industrie in der Bundesrepublik heute schon drei bis fünf Jahre z.B. dauert, so verliert unsere Wirtschaftsordnung genau jene Merkmale, die sie gegenüber anderen Wirtschaftsordnungen auszeichnet, nämlich Flexibilität und hohe Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit. Das stellte damals Kroker fest und das gilt selbstverständlich auch für uns.

Es gibt bei uns in Südtirol Bemühungen, eine Entbürokratisierung in die Wege zu leiten. Erste Ansätze zu einer Vereinheitlichung wurden durch die neuen Förderungsgesetze, gerade durch die neuen Förderungsgesetze für die gewerbliche Wirtschaft gemacht. Das muß positiv vermerkt werden, das muß gesagt werden, aber die Entwicklung geht langsam, so daß wir auch in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch nicht entscheidende Fortschritte erzielen werden, wenn wir nicht auch vielleicht noch neue weitere Maßnahmen diesbezüglich setzen. Ich ersuche daher die Landesregierung, diesbezüglich noch aktiver zu werden und noch mehr zu tun, allerdings, das muß ich auch sagen, werden sich auch die verschiedenen Interessengruppierungen und Verbände inklusive Wirtschaftsverbände anstrengen müssen und auch

konkrete Vorschläge unterbreiten müssen, damit wieder mehr Bewegung in die Fronten der Entbürokratisierung gerät.

Ganz kurz noch ein Wort zur Kontrolle der Arbeitsvermittlung. Ich stehe zum Prinzip, daß den einheimischen Arbeitskräften der Vorrang eingeräumt wird, aber die Normen sollen etwas flexibler gestaltet sein, besonders die Durchführung. Diesbezüglich ist auch mit dem zuständigen Landesrat bereits Kontakt aufgenommen worden und ich bin überzeugt, daß die Gesprächsbereitschaft dahingehend Früchte bringen wird, daß kurzfristig eine zufriedenstellende Lösung, auch was die Rangordnung usw. betrifft, gefunden werden kann. In diesem Zusammenhang war auch schon die Tagung im Oktober von Landesrat Otto Saurer geleitet und einberufen worden, ein Schritt in diese Richtung, gegenseitige Diskussion und schauen, in welche Richtung man eben diese Neuerungen, die wir alle als gewerbliche Wirtschaft wünschen, richten kann.

Bevor ich meine Ausführungen mit einem kurzen autonomiepolitischen Exkurs abschließe, möchte ich noch einige Bemerkungen zu dem vorgelegten Haushaltsvoranschlag geben. Ich muß feststellen, daß es nicht nur bei der Durchforstung der Landesgesetze Schwierigkeiten gibt, sondern auch bei der Entrümpelung des Haushaltes. Gemäß unserem Koalitionsprogramm der Landesregierung von 1984 wurden die zusätzlichen Mittel zwar in jenem Jahr nach Prioritätspunkten (Beschäftigungswirksamkeit, Kultur, usw.) vergeben. Es wird aber der Haushalt immer wieder mehr oder weniger fortgeschrieben. Landesrat Dr. Franz Spögler hat unlängst bei einer Tagung des Landwirtschaftsausschusses der SVP über die Erstellung des Haushaltes aufgrund der Input-Output-Tabelle angekündigt, daß es vermutlich schon im nächsten Jahr möglich sein könnte, Mittel gezielter einzusetzen, als es bisher der Fall war. Denn es fehlte uns ein wichtiges Instrument, nämlich eine Art Kontrollmöglichkeit, um zu überprüfen, wie sich bestimmte Ausgaben auf die einzelnen Wirtschaftszweige auswirken, welche beschäftigungspolitische Effekte sie haben, welches ihre indirekten Folgen sind.

Es ist klar, daß die Mittel nicht ausschließlich aufgrund von Indikatoren eingesetzt werden können, die uns eine Input-Output-Tabelle liefert. Bei der Erstellung des Haushaltes werden nämlich einerseits auch politische Grundsatzentscheidungen getroffen, andererseits bleibt die Tabelle in manchen Bereichen ja gewissermaßen stumm. Sie sagt z.B. nichts über die Beschäftigungseffekte von Beiträgen für die Industrie im Baugewerbe, nichts über die Beschäftigungseffekte von Ausbildungsmaßnahmen aus, da es hier nicht um quantifizierbare Größen handelt. Dabei bin ich der Meinung, daß gerade die Aus- und Weiterbildung vor allem unserer jungen Leute eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist. Wir dürfen uns von der Berücksichtigung der Input-Output-Tabellen bei der Haushaltserstellung keine Revolution erwarten. Aber eine Durchforstung des Landeshaushaltes aufgrund neuer Erkenntnisse kann sicher dazu beitragen, manch neue Anstöße zu geben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 1986 war für Südtirols Autonomie wohl fast ein verlorenes Jahr. Wir

haben nicht nur erleben müssen, daß es keine Fortschritte bei der Verwirklichung des Statuts gegeben hat, sondern auch mitansehen müssen, wie uns Kompetenzen durch staatliche Reformgesetze wieder weggenommen worden sind. Ich bin bereits auf das neue staatliche Fremdenverkehrsgesetz zu sprechen gekommen, das beispielgebend angeführt werden soll für diese Entwicklung. Das ist eine völlig unpolitische Regelung, diese Fremdenverkehrsregelung. Das ist einfach eine Kompetenz, die uns zusteht. Wir haben hier primäre Zuständigkeiten und immer mehr sehen wir, daß durch diesen Trick der staatlichen Gesetzgebung Staatsgesetze mit der Klausel, daß sie eben wirtschaftlich sozialen Reformcharakter haben, unsere autonomen Zuständigkeiten auch primär, also höchstqualifizierter Natur, einfach weggenommen werden. Das stimmt mich sehr bedenklich und wenn ich als Jurist die Rechtspyramide sehe und weiß, daß ein Staatsgesetz natürlich ober dem Landesgesetz oder Regionalgesetz steht und ich einfach durch diese Bestimmung "Reformcharakter wirtschaftlich-sozialer Natur" ein Landesgesetz wegwischen kann, so ist das eine Entwicklung und Tendenz, die uns in zunehmendem Maße selbstverständlich zu denken geben muß. Ein zweites. Der Verfassungsgerichtshof legt bei seiner Urteilsfindung in einem weit stärkeren Maße zentrastaatliches Gedankengut zugrunde als in den früheren Jahren. Der Verfassungsgerichtshof ist gemäß seines Auftrages als Höchstgericht des Staates zu völliger Überparteilichkeit und zu völliger unpolitischer Bewertung gemäß seinen gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet. Ich habe allerdings den Eindruck, daß gerade bei den Rekursen, die wir an dieses Höchstgericht gerichtet haben, in den letzten Zeiten hier zugunsten eines neuerwachten zentralistischen Gedankenstrebens der ausschlagenden Entscheidungen gegeben ist. Darunter leiden nicht nur wir hier in Südtirol, darunter leiden auch andere Regionen Italiens, nicht nur Regionen Italiens mit Normalverfassung, sondern auch Regionen Italiens mit Spezialstatut, ob das jetzt Friaul-Julisch-Venetien, Aosta, Sardinien oder Sizilien ist. Wir haben in diesem Hohen Hause das sogenannte Bausündergesetz dreimal verabschieden müssen. Staatliches Reformgesetz, wir mußten 95% in diesem Hohen Haus einfach kopieren. Wir hatten gar keine Möglichkeit, hier autonome Regelungen, so wie sie für unser Berggebiet besonders notwendig und wichtig wären, einzubringen.

Ich habe mich vor drei vier Monaten mit meinem Kollegen Regionalassessor Nordari aus Friaul getroffen, der dort für das Grundbuch zuständig ist und ich habe ihn damals gefragt, habt ihr in der autonomen Region Friaul-Julisch-Venetien das Bausündergesetz schon übernommen, angepaßt. Dann hat er mir gesagt, ja, und zweimal wurde dieses Bausündergesetz auch, das vom Regionalrat der autonomen Region Friaul-Julisch-Venetien verabschiedet worden ist, von der römischen Zentralregierung rückverwiesen. Und ähnliche Tendenzen habe ich erst jetzt über Weihnachten, wo ich einen Bekannten getroffen habe, der politisch tätig ist, in der Region mit Normalverfassung Toskana, also Florenz auch vernommen. Wir sehen also hier eine neue Welle von Machtkonzentrierung an den Staat oder auch Staat-Regierung. Wir kennen ja schon die Reformvorschläge zur Aufwertung

des Ministerratspräsidiums. Man will dort mehr Macht anhäufen und es geht alles in diese Richtung. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur sagen, daß ein Zentralismus meiner Meinung nach, ich war immer ein großer Freund des Föderalismus, ich war immer ein großer Freund der Dezentralisierung in jedem Bereich, ein Zentralismus einfach, und ich bin davon felsenfest überzeugt, bürgerferner ist, unübersichtlich ist, entscheidungsfremder ist, auch geldverschwenderischer ist, bürokratischer ist und schädlicher ist unter allen wirtschaftlichen Aspekten; daß ein Föderalismus, ein Dezentralismus einfach unbürokratischer ist und bürgernäher ist. In diese Diskussion Neozentralismus muß unbedingt noch eingebaut werden folgende Tatsache. Wir als Südtirolerinnen und Südtiroler, als Minderheit deutscher und ladinischer Zunge in Italien sind ja nicht mit den anderen Regionen Italiens zu vergleichen. Unsere Minderheitenposition und unsere Autonomie selbstverständlich ist international verankert und ist zugunsten der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung fest im Boden international verankert und deswegen ist dieser Vergleich gar nicht so anzubringen. Aber natürlich, dieser neue zentralistische Schwung, der überall in Italien bemerkbar ist, bringt indirekt auch uns wieder große Nachteile, weil einfach die Stimmung sich in diese Richtung jetzt gerichtet hat.

Die Frage Rückverweisung von zahlreichen Landesgesetzen, auch von Regionalgesetzen, geht in diese Richtung. Prozentzahlen zu nennen wäre müßig. Wir wissen aber, daß es an die 35% sind, Landesgesetze, die wir hier im Landtag gemeinsam beschlossen haben, die sich über Materien, über Dinge unseres Zuständigkeitsbereiches belaufen. Das ist also das Dritte, neben den Urteilen des Verfassungsgerichtshofes, neben den Reformgesetzen des Staates und die Rückverweisung der Staatsgesetze. Daneben die verschiedenen anderen Tendenzen zur Aushöhlung wichtiger Autonomiebestimmungen beim ethnischen Proporz. Wir wissen, die staatliche Eisenbahnverwaltung ist eine Körperschaft öffentlichen Rechtes außerhalb der ministeriellen Staatsverwaltung geworden. Ich hoffe und wünsche nur, daß die ethnische Proporzfrage bei dieser wichtigen Körperschaft ehestens und zu 100% positiv geregelt wird und daß hier wirklich auch eine konkrete Antwort von Rom uns gegenüber gegeben wird. Denn wir wissen alle ganz genau, daß in den Staatsstellen gerade im Bereich der Eisenbahnverwaltung die meisten oder fast die meisten öffentlichen Stellen vergeben werden.

Die Pressekampagne gegen Südtirol, werte Kolleginnen und Kollegen, ist zwar nach dem ersten Höhepunkt des Jahres 1984 etwas abgeflaut, aber was wir erst jüngst wieder im Zusammenhang mit der sogenannten Nabucco-Affäre erleben mußten, schlägt dem Faß den Boden aus. Nabucco wurde im TG3 Kanal übertragen. Ich finde es traurig, wenn es die italienische RAI in Rom nicht der Mühe wert findet, das größte kulturelle Ereignis des Staates im bedeutendsten Musiktheater der Welt, neben der Wiener Staatsoper ist die Scala in Mailand sicherlich ein bedeutendes, wenn nicht das bedeutendste Musiktheater der Welt, die diese Nabucco-Aufführung im dritten Kanal sendet. Man hätte ja können die Nabucco-Aufführung im ersten

oder im zweiten Kanal senden und so wäre dieses Problem gar nicht entstanden. Das ist meine persönliche Meinung. Wir werden also als Südtiroler weiter mit Geduld und Umsicht für unsere Rechte als Minderheit antreten. Die Minderheiten bleiben nämlich wir, die deutsche und ladinische Volksgruppe, auch wenn manche Leute die Dinge so drehen wollen, als seien die Italiener in Südtirol plötzlich die Minderheit, die geschützt werden muß. Hinter den Italienern in Südtirol steht das Staatsvolk mit 56 Millionen Menschen, hinter ihnen steht eine Regierung, die jedes Landesgesetz überprüfen muß, und hinter ihnen steht ein Parlament, in dem die Südtiroler nur eine kleine und verschwindende Minderheit sind.

Und weil wir gerade den Haushalt behandeln, möchte ich auch einmal unterstreichen, daß die Italiener in unserem Land auch diesbezüglich vor jeder Übervorteilung geschützt sind. Sie können nämlich, siehe Art. 56 des Autonomiestatuts, wären sie mit der Mittelaufteilung nicht zufrieden, auch eine getrennte Abstimmung nach Sprachgruppen verlangen. Die Annahme ist dann nur durch eine Mehrheit in der jeweiligen Sprachgruppe möglich. Diese Dinge möchte ich nur nebenbei bemerken. Ich stehe zur Autonomie, auch auf der Grundlage dieser Autonomieentwicklungen die eingetreten sind, die uns also zu einigen Bedenken Anlaß geben. Wir müssen jetzt danach trachten, einerseits zu einem Abschluß zu kommen, andererseits aber eine Sicherung einzubauen, damit wir nicht nach dem Erlaß der letzten Durchführungsbestimmungen, Transportwesen, Sprache bei Gericht, Kommunikationswesen, ergänzende Durchführungsbestimmungen, wo wir Kompetenzen bekommen müssen, die andere Regionen mit Normalstatut bereits bekommen haben, aber die wir noch nicht haben, ergänzende Durchführungsbestimmungen im Bereich von bereits erlassenen Durchführungsbestimmungen und dann selbstverständlich auch noch die wichtige und äußerst notwendige gute Regelung des gesamten großen Bereiches der Toponomastik, also damit wir nicht nach dem Erlaß der letzten Durchführungsbestimmungen mit unseren Rechten als Minderheit nackter dastehen als wir es im Jahre 1961 waren, als wir das Paket angenommen haben. Es ist wirklich traurig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im letzten Jahr bei der Haushaltsdebatte im Dezember habe ich ausführlich hier über die Sprache bei Gericht geredet und über die Regelungen in Altösterreich, über die Sprache bei Gericht und deren Regelung in den belgischen Ostkantonen usw. und jetzt, nach 12 Monaten, könnte ich praktisch wieder mit demselben Beitrag hier aufwarten. Nur möchte ich vielleicht folgendes sagen. Wir Minderheiten in Europa werden vielleicht auch noch mehr zusammenwachsen müssen. Warum denn. Ich habe vorhin, und bevor ich zum Schluß komme möchte ich dieses Gedankengut noch hier anbringen, gesagt, daß in Italien eine neue zentralistische Tendenz zu verzeichnen ist. Ich hatte Gelegenheit, im abgelaufenen Jahr, mit den belgischen Freunden der belgischen Ostkantone in Eupen und Malmedy deutscher Zunge Kontakt aufzunehmen und die haben mir berichtet, daß, was ihre Minderheitenposition in Belgien betrifft, eine ähnliche Lage entstanden ist und ein neozentralistischer Zug auch von Brüssel Richtung deutsche Minderheit in den belgischen Ostkantonen aufscheint. Dasselbe

ist der Fall bei der schwedischen Minderheit auf den Alandinseln, die ja bekanntlich zur finnischen Republik gehören. Also, wenn wir schon von einem europäischen Geist, alle hier zusammen und darüberhinaus, beseelt sind, wenn es auch keine Alternative zu einem vereinigten Europa gibt ohne Unterschied von verschiedenen Sprachen, Völkern, Eigenarten, kulturellen und historischen Vergangenheiten, so glaube ich, ist der Zeitpunkt gekommen, daß gerade auch die zweite große Volksgruppe hier in Südtirol, das ist die italienische Volksgruppe, sich mehr denn je auf ihre alte Rechtstradition besinnt und vielleicht auch den Spruch des alten römischen Juristen Ulpian zu Herzen nimmt, der da heißt, er ist entstanden im Jahre 320 n. Christi Geburt, ich habe ihn herübergerettet von römisch-rechtlichen Studien und der da heißt und ich glaube, das ist ein sinniger Spruch, der auch für Südtirol ohne weiteres Anwendung finden kann und ich übersetze ihn, er ist lateinisch: "Suum cuique tribuere, honeste vivere, neminem laedere" d.h. jedem das Seine zukommen lassen, niemanden übervorteilen und ehrlich leben.

HOSP (SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es wurde bereits von verschiedenen Vorrednern mit Genugtuung darauf hingewiesen, daß wir dieses Jahr, noch dazu an der Schwelle zu einem neuen Jahre, erstmals seit Jahren einen sogenannten vollständigen Haushaltsvoranschlag zur Behandlung vorliegen haben, während wir in den vergangenen Jahren es jeweils mit einem Flickwerk zu tun hatten, das sich aus einem sogenannten technischen und mehreren Nachtragshaushalten zusammengesetzt hat. Dies wurde bisher von allen Diskussionsrednern im Zusammenhang mit dieser Haushaltsdebatte, wie mir aufgefallen ist, positiv hervorgehoben. Es bleibt zu wünschen, daß, wie der Herr Finanzassessor auch in seinem gestrigen Bericht noch einmal zu berichten gewußt hat, die in Rom anstehenden Verhandlungen zur endgültigen Regelung der Finanzen bzw. der Frage der Finanzierung unserer Autonomie, wie auch anderer Autonomien dieses Staates, auf feste und standkräftige Füße gestellt werden kann, so daß wir hoffen können, daß auch in künftigen Jahren, vielleicht auch noch etwas eher als dieses Jahr, zumindest von der Warte des Landtages aus gesehen, die Landesregierung den Haushaltsvoranschlag dem Landtag zuleitet, daß also auch der Landtag ein anderes Jahr etwas früher bereits den Haushalt angehen und verabschieden kann, weil wir alle wissen, daß durch dieses wirtschaftspolitische Instrumentarium sehr viele Umsetzungsarbeiten in Gang gesetzt werden, daß ein solcher Haushalt schließlich, wenn er rechtzeitig vorgelegt und verabschiedet werden kann, mit vielerlei positiven Auswirkungen bezüglich Umsetzung der Ausgabenposten für die verschiedensten kulturellen, für die verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Einsatzbereiche segensreich sein kann. Schließlich hängen auch noch die Gemeinden sehr stark an diesem Haushalt, weil ja, worüber ich noch gesondert reden werde, die Gemeinden durch diesen Haushalt (und dafür sei der Landesregierung ebenfalls gedankt), zu einem Etat gelangt

sind, der sie in die Lage versetzt, sehr viele und auch arbeitsplatzintensive Anstrengungen oder wirtschaftsankurbelnde Maßnahmen zu setzen.

Die Lokalfinanz, ein Problem, über das wir auch in den letzten Jahren des öfteren hier in diesem Landtag die verschiedensten Meinungen zu hören bekommen haben, wartet auch im Zuge dessen, was ich bereits über die Finanzautonomie, die mit dem Staat zur Aushandlung ansteht, zu erwarten steht, auf eine größere Absicherung, so daß sie nicht von Jahr zu Jahr so mit der Hand in den Mund, sondern auch für längere Perioden planen und dadurch für die Gemeinden segensreich wirken kann. Hervorheben darf ich das Einvernehmen, das zwischen dem Gemeindenverband und der Landesregierung anlässlich der Erstellung dieses Haushaltes, bzw. anlässlich der Aufnahme der Ausgabenposten für die Lokalfinanz erreicht worden ist und ich verweise hier insbesondere auf das an sich bereits bewährte Landesgesetz Nr. 27, womit die Gemeinden öffentliche Bauten erstellen können, das auf 70 Milliarden Lire erhöht worden ist. Ich verweise auf das Schulbaugesetz, das uns in den letzten Jahren in die Lage versetzt hat, einen großen Nachholbedarf abzubauen und vorbildliche äußere Schuleinrichtungen, landauf, landab zu schaffen. Ich verweise also auch auf dieses Schulbaugesetz, das von 18 Milliarden auf 30 Milliarden Lire erhöht worden ist. Was mir besonders aktuell, aber auch von seiten derjenigen, die es ausgehandelt haben, sprich Landesregierung, zuständige Assessoren und Gemeindenverbandsspitze, interessant erscheint, ist der Umstand, daß man in diesem Haushalt die Möglichkeit verankert hat, daß die Gemeinden praktisch für zu leistende Annuitäten sehr hohe Beiträge durch das Land bekommen können für öffentliche Bauwerke, die insbesondere mit dem Umweltschutz zu tun haben, nämlich beispielsweise für Kanalisierungen im Gemeindeinteresse, aber auch für Sportplätze bzw. für kulturelle Bauten jeglicher Art. So haben praktisch die Gemeinden dadurch die Möglichkeit, zu günstigen, ja günstigsten Bedingungen von der Depositen- und Darlehensbank in Rom Darlehen aufzunehmen und das, was in den jeweiligen Gemeinden an wichtigen baulichen Vorhaben noch fehlt, aufzuholen. Dazu kommt natürlich, das war auch in den letzten Jahren so, daß diejenigen Bauten, wie Hauptsammler oder Kanalisierung oder Kläranlagen von besonders wichtiger Zentrumsfunktion, ohnedies hinsichtlich der Amortisation vom Land total übernommen werden. Es hat dies einen zweifachen Nutzen, einmal, weil die Gemeindeverwaltungen in der Lage sind, rascher die Gelder umzusetzen in öffentliche Arbeiten, weil sie kleinere und überschaubarere Verwaltungen darstellen, zum anderen ist natürlich auch das Land dadurch entlastet, aber es trifft auch genau den Punkt, nach dem wir wohl alle rufen, nämlich mehr Dezentralisierung, mehr Verantwortung in die kleine öffentliche Hand. Und das sind von alters her die Gemeinden, sie sind auch die ältesten Einrichtungen der Gesellschaft, um sich zu helfen. In diesem Sinne aber erreicht man auch einen größeren Multiplikatoreffekt hinsichtlich der Ankurbelung gewisser Wirtschaftszweige. Insbesondere desjenigen Wirtschaftszweiges, der in den letzten Jahren, anlässlich der Krise (vielleicht wollen wir es abgeschwächt nur Rezession nennen) in die

stärksten Schwierigkeiten geraten ist, nämlich der Bauwirtschaft. Insofern, glaube ich, hat die Landesregierung hier zusammen mit dem Gemeindenverband eine sehr kluge Position ausgehandelt, die sich garantiert auch hinsichtlich ihres arbeitsmarktpolitischen Inhaltes auswirken wird.

Ich möchte auch feststellen, daß der Ausgabenposten "allgemeine Verwaltung", der an zweiter Stelle auf der Liste der wichtigsten Einsatzgebiete steht, wie sie hier im ausführlichen Bericht der dritten Gesetzgebungskommission aufscheint, daß also der Posten allgemeine Verwaltung mit nur 13% des gesamten Landeshaushaltes zu Buche schlägt. Das erscheint mir schon Wert hervorgehoben zu werden, weil es wohl kaum einen vergleichbaren Haushalt gibt, zumindest habe ich mir die Mühe genommen, ein paar Haushalte in Österreich und auch in Deutschland z.B. Bayern zu vergleichen, wo die allgemeinen Verwaltungsausgaben, worunter die Personalspesen selbstverständlich alle fallen, so günstig ausfallen. Selbstverständlich sehen wir alle, daß das Gesundheitswesen mit seinem umfassenden Apparat einen gesonderten Posten darstellt, aber das Gesundheitswesen ist bei den meisten anderen öffentlichen Händen, bzw. Körperschaften, die ich zum Vergleiche herangezogen habe, gesondert behandelt. Dies erscheint mir schon sehr hervorhebenswert, denn 13% des Haushaltes für die allgemeine Verwaltung nur ausgesetzt zu haben, da sind wir noch auf einer sehr guten Position, die sich allerdings in diesem Umfange nicht wird halten lassen. Wir haben auch gesehen, daß vom letzten Jahr auf heuer eine leicht steigende Tendenz festzustellen war und ich möchte auch behaupten, daß man nicht etwa von dieser günstigen Zahl ausgehend sich etwa dahingehend verleiten lassen dürfte, daß man bei notwendigen Personaleinstellungen knauserig wird, denn wir haben auch aus dem Bericht der dritten Gesetzgebungskommission erfahren müssen, daß es Ressorts gibt, beispielsweise jenes des Landesrates Sepp Mayr, welches personell in sehr großen Schwierigkeiten ist, was sich wiederum auf die Bürger auswirkt, die längere Zeit als notwendig auf die Behandlung notwendiger Ansuchen warten müssen. So lese ich zumindest aus dem Bericht der dritten Gesetzgebungskommission. Der augenscheinlichste Ausdruck eines ungesunden Machtzuwachses für die öffentliche Hand, für den Staat, ist der Anteil der Personalausgaben an den öffentlichen Haushalten. Weitum, das habe ich bereits gesagt, konnte ich feststellen, daß diese Anteile der Personalausgaben an den öffentlichen Haushalten bereits um die 40 und auch über die 40% betragen und das ist beinahe schon eine verhängnisvolle Regel geworden. Daß hier Südtirol eine so erfreuliche Ausnahme bildet, das, glaube ich, verdient hervorgehoben zu werden. Das ist auch gut so, denn die Folgen unentwegter Steigerungen der allgemeinen Verwaltungs- bzw. Personalausgaben würden letztlich jegliches Ende neuen investiven Handelns des Staatswesens, sprich der öffentlichen Hand, bedeuten, und statt dessen viel mehr das Sich-selbst-Verwalten zum Staats- bzw. zum Selbstzweck erheben. Trotzdem muß man aufpassen, daß man nicht an der falschen Stelle spart, wenn es darum geht, Engpässe personeller Natur zu besetzen, damit die Verwaltung im Sinne des Dienstes am Bürger funktioniert. Hervorheben möchte ich auch

gewisse Ansätze in diesem Haushaltsvoranschlag, welche mit Entsorgungseinrichtungen ganz allgemein, welche mit Umweltschutz und Naturschonung zu tun haben. Ich denke da an die großen Vorhaben der zentralen Kläranlagen, der großen Hauptsammlervorhaben. Ich hoffe auch, daß es ehebaldigst mit der Kompostierungsanlage und parallel dazu mit der Verbrennungsanlage in Bozen zugunsten auch der umliegenden Gemeinden natürlich, nicht nur der Stadt Bozen selbst, bald funktionieren wird. Ich möchte auch der Landesverwaltung, insbesondere dem zuständigen Landesrat Bolognini danken, daß der zinsfreie Vorschuß für die Darlehen, welche die Rittnerbahn gebraucht hat für ihre Erneuerungsarbeiten, gewährt wurde, bzw. durch die Verabschiedung des Haushaltes genehmigt werden können. Ich glaube, daß man hier eine gute Investition getätigt hat, weil es neben der Funktion eines allgemeinen Verkehrsmittels sich bei der Rittnerbahn um eines der denkbar letzten erhaltungswürdigen bahntechnischen Baudenkmäler handelt. Ich bitte die Landesregierung, dies auch in Zukunft bedenken zu wollen, weil ja die Arbeiten der vollkommenen Restaurierung noch nicht abgeschlossen sind. Weil ich gerade von den Ansätzen im Haushaltsvoranschlag, die für die Ökologie anberaumt worden sind, gesprochen habe, möchte auch ich ein paar Überlegungen zur Ökologie und zur Ökonomie anstellen, wie dies sicherlich vor mir schon einige Kollegen und nach mir auch einige Kollegen tun werden, weil dies doch immerhin Punkte, Kreuzungspunkte sind, denen wir heute als Politiker auf Schritt und Tritt begegnen.

Eine gesunde Umwelt ist zweifelsohne eine der wichtigsten Grundlagen für eine lebenswerte Zukunft auch in unserem Lande. Deswegen ist der Umweltschutz eine der großen Aufgaben, ich möchte sagen Menschheitsaufgaben unserer Generation geworden. Wir alle wissen, daß wir die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Heimat nur dann bewahren können, wenn es uns gelingt, ein neues Bewußtsein für unsere Umwelt zu wecken, und zwar in allen Schichten der Bevölkerung. Was wir brauchen, ist eine Art neue Solidarität mit der Natur, denn der Mensch ist keineswegs Eigentümer der Natur, sondern er ist nur Verwalter der vom Schöpfer übergebenen bzw. uns überlassenen Natur. Von diesen Erkenntnissen müssen wir uns in zunehmendem Maße leiten lassen, aber auch von der Erkenntnis, daß unsere Umweltpolitik gleichermaßen dem Schutz der Natur wie auch dem Wohle des Menschen zu dienen hat. In unserem politischen Handeln sollten wir uns immer auf dem Gebiete der Ökologie vom Vorsorgeprinzip leiten lassen. Umweltschutz ist streng genommen Lebensvorsorge, nicht nur für uns, sondern auch - und das erscheint mir doch besonders wichtig - für die kommenden Generationen. Wir sind also verpflichtet, die ökologische Zukunft unseres Landes für unsere Kinder und für unsere Kindeskiner zu sichern. Dabei möchte ich auch ganz klar feststellen, daß eine gesunde Wirtschaft und ein rechtverstandener Umweltschutz beileibe kein Gegensatz sind, daß vielmehr gesunde Wirtschaft und Umweltschutz sogar einander bedingen. Wir können uns nämlich moderne, teure Umweltschutztechniken nur dann leisten, wenn wir auch wirtschaftlich dazu in der Lage sind. Somit brauchen wir auch im Umweltschutz mehr Marktwirtschaft, denn wenn Verbraucher und Her-

steller den Gebrauch des Gutes Umwelt im Geldbeutel spüren, dann werden sie sich schon im eigenen Interesse umweltfreundlicher verhalten als sie dies heute vielfach tun. Dann werden die marktwirtschaftlichen Kräfte für umweltschonende Herstellungsverfahren und für umweltschonende Produkte freigesetzt. Dann auch werden neue Umwelttechniken so rasch wie möglich entwickelt und auch angewandt, denn ohne technischen Fortschritt, und das wollen viele offensichtlich heute nicht recht wahrhaben, gibt es keinen wirksamen Umweltschutz. Die Verteufelung des technischen Fortschritts ist daher als gefährlich einzustufen. Wenn wir beispielsweise im Bereiche der Bozner Industriezone eine reinere Luft haben wollen, so brauchen wir dort wirksame Elektrofilter. Wenn unsere Gewässer sauberer werden sollen (und ich habe bereits darüber gesprochen, daß aus dem Landeshaushalt Anstrengungen dafür ersichtlich sind, und wir geben uns auch alle Mühe dafür), dann brauchen wir moderne Kläranlagen, ausgeführt nach dem neuesten und effizientesten Stand der Technik. Wir werden das auch bei uns leider feststellbare Waldsterben nur dann wirklich bekämpfen können, wenn wir uns alle Mühe geben, das schadstoffarme Auto rascher durchzusetzen als dies leider in Italien (das fällt mir einfach schwer zu begreifen, warum dem so ist), zum Unterschied etwa von der Bundesrepublik Deutschland, der Fall ist. Kurzum, ohne technischen Fortschritt bekommen wir also nicht mehr, sondern weniger Umweltschutz. Wenn man bedenkt, daß der Mensch zum Atmen jede Stunde 30 Kubikmeter frische Luft verbraucht, daß aber beispielsweise eine 100 Jahre alte Buche täglich die Luft für 10 Menschen erneuert, dann fällt es uns sicherlich leichter nachzuvollziehen, daß ein gesunder Wald die Lebensgrundlage für Menschen, für Tiere und für Pflanzen ist. Daß aber unsere Luft leider mancherlei gefährliche Schadstoffe enthält, beweisen europaweit (denn die Luftströmungen machen ja bekanntlich vor den Staatsgrenzen nicht halt) die beängstigend hohen Schäden an den Wäldern. Weil aber die Luftverschmutzung an den Grenzen nicht halt macht, müßte es auch für diesen Staat ein Akt nicht nur des eigenen Überlebenswillens, sondern ein Akt selbstverständlicher Loyalität und Solidarität sein, nach dem Beispiel der Bundesrepublik Deutschland entschiedener Taten zu setzen bezüglich Förderung des abgasarmen Autos, ob mit Katalysator, Abgasrückführung oder anderen Techniken. Die vom Staat zu setzende Devise müßte lauten: wer ein schadstoffarmes Auto fährt, erhält Steuererleichterungen. Mit anderen Worten: je weniger Schadstoffe, desto weniger Steuern. In Deutschland beispielsweise wird derjenige belohnt, der freiwillig auf ein schadstoffarmes Auto umsteigt. Je nach Hubraum braucht der Halter eines schadstoffarmen Autos bis zu fast 7 Jahre keine Kraftfahrzeugsteuer zu bezahlen. Das kann für einen deutschen Autofahrer eine Steuerersparnis von umgerechnet 2 Millionen Lire bedeuten. So beispielsweise könnte man den Bürgern zusätzlich vor Augen führen, daß sich Umweltschutz sogar finanziell lohnt. Leider aber sind wir in diesem Staat ziemlich weit von einer solchen Regelung entfernt, obwohl gesamteuropäische Beschlüsse auch Italien und natürlich viele andere diesbezüglich säumige Staaten zu praktischen Taten der geschilderten Art verpflichten.

Wie wenig ernst man jedoch bei den zuständigen staatlichen Stellen die Luftverschmutzung nimmt, beweist allein schon der Umstand, daß man nicht einmal in der Lage ist, ein ausreichendes Angebot an bleifreiem Benzin zu bewerkstelligen. In Südtirol beispielsweise, so konnte man erst in der jüngsten Weihnachtszeit erfahren, gab es überhaupt nur noch drei oder vier Tankstellen mit bleifreiem Benzin. Italien, so hat man einfach den Eindruck, kümmert sich herzlich wenig um die Zukunft des schadstoffarmen Autos, die anderswo bereits Gott sei Dank erfolgreich begonnen hat.

Was die Müllbeseitigung angeht, habe ich bereits eingangs das Vorhaben der Landesregierung positiv hervorgehoben, welches aus dem Bericht des Herrn Landeshauptmanns, aber auch aus dem Bericht des zuständigen Landesrates Bolognini im Bericht der dritten Gesetzgebungskommission vermerkt steht, daß nämlich mit der Großkompostierungsanlage in Bozen und mit dem neuen Verbrennungsöfen ernst gemacht wird, d.h. es wurde damit begonnen und die Großkläranlage steht sogar vor ihrer Vollendung. Es ist dies, lieber Landesrat Bolognini, aber ich weiß, daß ich hier offene Türen einrenne, auch für die Gemeinden, die um Bozen herum liegen, ein brennendes Anliegen, weil auch diese Gemeinden ganz einfach trotz starker eigener Bemühungen nicht wissen und nicht in der Lage sind, wie sie des Abfalls Herr werden sollen, ohne tagtäglich in das Fettnäpfchen der strengen gesetzgeberischen Maßnahmen zu treten. Fachleute schätzen, daß durchschnittlich jeder Bürger jährlich weit über 200 Kilogramm Müll erzeugt. Die Hälfte davon ist Verpackungsmaterial, z.B. Glasflaschen, Kartons, Kunststoff, Plastiksäckchen, Dosen und was es sonst noch alles gibt.

Die Überlegungen des zuständigen Umweltschutzassessorats, wonach man schrittweise von der bloßen Abfallbeseitigung zur Abfallverwertung gelangen müsse, können nur hervorgehoben und unterstützt werden. Diese Bemühungen müssen aber intensiviert werden, denn dies würde bedeuten, weniger Müll und umfassende Wiederverwertung, man spricht ganz allgemein vom Recycling von Abfällen wie Glas, Papier, Altreifen, Kunststoffen und Metallen jeglicher Art. Demgemäß sollten auch Abfallverwertungsversuche über die sogenannte grüne Tonne, wie wir ein Beispiel in der Gemeinde Naturns, wie man hört, mit Erfolg laufen haben oder auch andere Formen getrennter Erfassung von wiederverwendbaren Bestandteilen des Hausmülls Vorrang eingeräumt erhalten und im besonderen Maße gefördert werden. Denn dadurch kann nach Schätzung von Experten die Lebensdauer der Mülldeponien, um die ja, wie wir alle wissen, auch in unserem Lande so hart gekämpft werden muß, (wir kennen alle das St. Floriansprinzip), es kann also die Lebensdauer der Mülldeponien bis zu 40% verlängert werden und das spart Geld und spart vor allem Landschaft. Leider liegt es nicht in der Kompetenz des Landes, das weiß ich, Einwegverpackungen zu verbieten. Jedoch ersuche ich den zuständigen Landesrat, aber auch den Herrn Landeshauptmann, in der Landesregierung nach Möglichkeiten zu suchen, die Rücknahmepflicht von Einwegverpackungen landesweit einzuführen, des weiteren zu überprüfen, ob nicht doch die gesetzliche Möglichkeit im Rahmen der

Umweltschutzzuständigkeiten unseres Landes besteht, etwa auf Einwegverpackungen künftig ein Pflichtpfand aufzuerlegen. In den Modellversuchen mit der grünen Tonne, wie sie auch in Naturns durchgeführt werden, konnten etwa 30% der Abfallmenge je Einwohner als sogenannte Wertstoffe vom Hausmüll getrennt werden. Landesweit könnte die Müllmenge durch die Verwertung beispielsweise von Altpapier um jährlich viele Tonnen verringert werden. Dasselbe trifft für die Altglasverwertung zu. Was dabei aber besonders wichtig erscheint, ist der Umstand, daß ein solches Selektivverfahren nicht nur die Umwelt, sondern die Rohstoffvorräte entlastet und zusätzlich Energie sparen hilft. So braucht beispielsweise die Herstellung von Glas aus Altglas 25% weniger Energie, so braucht beispielsweise die Herstellung von Papier aus Altpapier sogar bis zu 70% weniger Energie, wie uns Experten ausgerechnet haben. Die höchsten Müllbeseitigungskosten aber könnten im produzierenden Gewerbe durch Wiederverwertung einzelner Bestandteile des Mülls eingespart werden.

Zum Umweltschutz gehört natürlich auch eine drastische Einschränkung des Landverbrauchs, weil unser Boden nicht vermehrbar ist und wir folglich besonders schonend mit unserem Heimatboden umgehen müssen. Weil unser Boden wichtigste Schaltstelle zwischen Wasser, Luft, Mensch und Tier ist, weil er zweifelsohne Speicher, Puffer und Umwandler für Schadstoffe aller Art ist, dürfen wir ihn nicht mit Füßen treten. Südtirol ist aufgrund seiner natürlichen Gegebenheiten und aufgrund der ohnedies nur sehr knappen bebaubaren Flächen ein Land mit außerordentlich hoher Landbeanspruchung. Umso mehr ist Umweltschutz gerade bei uns nicht nur ein allgemein gültiges ethnisches Gebot, sondern es ist gerade in unserer konkreten Situation auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, denn wirksamer Umweltschutz leistet gerade in unserer gegebenen Lage einen wichtigen Beitrag für unseren Wohlstand, also nicht nur für unser Wohlgefühl. Auch müssen wir an den Wohlstand unserer Kinder denken und durch Investitionen, die wir heute für den Umweltschutz tätigen, den Wohlstand unserer Kinder morgen sichern helfen. Dies zu unterlassen würde bedeuten, die Solidarität zwischen den Generationen zu verletzen. Auch ist Umweltschutz, und das wird von den sogenannten Grünen bisweilen gern bestritten, heute ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor. 69,6 Milliarden sind dafür im Haushaltsvoranschlag, der hier zur Debatte steht, ausgewiesen. An 9. Stelle in der Auflistung der wichtigsten Einsatzgebiete, aber auch der Einsatz im Sinne des Landesgesetzes Nr. 24 vom Jahre 1986, ausgehandelt zwischen Landesregierung und Gemeindenverband.

Ich habe bereits dankend darauf hingewiesen: dies stellt einen gewaltigen Impuls für die heimische Wirtschaft dar, und zwar für die Bauwirtschaft, jenen Sektor, wie ich bereits die Gelegenheit hatte zu sagen, der die Wirtschaftsflaute der jüngsten Jahre am stärksten zu spüren bekommen hat. Zusätzlich wissen wir, daß die Gemeinden aus dem bereits dargelegten Geldfluß zum Titel Lokalfinanz die allergrößten Investitionen auch auf diesem Gebiete, nämlich dem Gebiete des Umweltschutzes, tätigen. Einem verbesserten Gewässerschutz sowie einem umfassenden Bodenschutz

wird dadurch das Wort gesprochen und diese werden auch in künftigen Jahren erheblich intensiviert werden müssen bzw. starke Investitionen erfordern. Dadurch aber können wiederum neue Arbeitsplätze geschaffen werden, also Arbeitsplätze durch Umweltschutz. Das wird manchmal als eine Parole der Grünen und Grünlichen abgetan, aber ich glaube, es führt kein Weg daran herum, dies bei konsequenter Durchdenkung des Vorgangs, wie ich ihn mir erlaubt habe darzulegen, festzustellen, wenn es auch bisweilen scheint, als gebe es zwischen Ökonomie und Ökologie eine unüberwindliche Kluft. Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Exponenten der Wirtschaft und unserem Landesrat Alfons Benedikter haben dies ja erneut bewiesen. So muß doch festgestellt werden, daß erfolgreicher Umweltschutz gar nicht möglich ist ohne wirtschaftspolitische Grundlagen, ohne die Wertschätzung der Wirtschaft. Denn Umweltschutz kostet nun einmal Geld, darüber sind wir uns alle im klaren. Wer also die wirtschaftspolitischen Grundlagen für einen erfolgreichen Umweltschutz zerstört, der leistet der Umwelt allemal einen Bärendienst.

Man spricht heute in einschlägigen Wissenschaftskreisen auch bereits von der sogenannten ökologischen Marktwirtschaft und versteht darunter jene bewährte sozialverpflichtende Marktwirtschaft, der sich auch meine Partei verpflichtet fühlt, wenn es ihr gelingt, eine Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie herbeizuführen. Dies ist sicherlich nur möglich, wenn die Ökonomie die Sozialpartnerschaft vor das reine Eigeninteresse stellt, wenn die Solidarität zur strapazierten Umwelt auch so weit geht, daß man bisweilen auch einen Verzicht zu leisten, daß man bisweilen auch ein Opfer zu bringen bereit ist.

Nun, weil ich gerade bei Dingen, welche die Umwelt betreffen, stehen geblieben bin und darüber einige Gedanken entwickelt habe, möchte ich doch auch ein paar Worte zum Sammelsurium linksideologischer Slogans sagen, die hier in Form eines Minderheitenberichtes von unseren Grünen vorgelegt worden sind. Ich habe den Eindruck, daß hier wirklich eine Reihung von Slogans (bei einigen auch gescheiterten Dingen, die drinnen sind) erfolgt ist, die anderswo längst in die Mottenkiste überholter Ideologien verpackt worden sind. Dazu nur einige Bemerkungen. Auf Seite 8 des Minderheitenberichts, der vom Kollegen Tribus sehr lebhaft, für die Übersetzer etwas zu schnell vorgelesen worden ist, steht: Die Lebenserwartung, ein mythischer Begriff der Fortschrittsideologie, ist in einigen Ostblockländern schon erheblich gesunken (dorthin erfolgt der größte Anteil des Luftschadstoffexports der westlichen Industriestaaten). Im Bayerischen Wald allerdings, verehrte Kollegen von der Neulinken alternativ grünen Gruppe, würde man euch eines Bessern belehren, denn dort weiß man, von woher die gewaltigsten Luftschadstoffe importiert werden, denen man dort das weitem erste gewaltige Waldsterben, wie wir alle wissen, zu verdanken hat. So gesehen nimmt es ja fast Wunder, daß unsere linkslastigen Alternativen bzw. die sogenannten Grünen ganz allgemein Tschernobyl überhaupt zur Kenntnis genommen und nicht versucht haben, den Ausgang bzw. Herd der europaweiten radioaktiven Verseuchung der Luft im abgelaufenen

Jahr irgendwo im kapitalistischen Westen anzusetzen. In der Tat liest sich der Minderheitenbericht auf Seite 8 so, als ginge alle Luftverschmutzung und Umweltbelastung von den westlichen, sprich kapitalistischen Industriestaaten aus. In Wirklichkeit wissen uns Fachleute zu berichten, daß die Sicherheit beispielsweise von Kernkraftwerken in kommunistischen Staaten in erschreckendem Maße gering ist. Dies aus mehreren Gründen. In demokratischen Staaten können gigantische Projekte, wie es nun einmal Kernkraftwerke sind, überhaupt nicht ohne Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne die denkbar größte Anteilnahme der öffentlichen Meinung verwirklicht werden. Nur im freien Westen gibt es öffentlich organisierte Kraftwerksgegner, aber auch diejenigen, die für die friedliche Verwendung der Nuklearenergie eintreten, haben aus guten Gründen ein hohes Interesse an einer möglichst umfassenden Anhebung des Sicherheitssystems. Bei uns gibt es eben nicht nur eine Atomlobby, sondern auch zum Teil mit weit erheblicherer Resonanz in den Massenmedien die organisierten und nichtorganisierten Gegner der Atomkraftwerke. Auch wenn man nicht alle Methoden gutheißen mag, mit denen sie seit vielen Jahren die apokalyptischen Gefahren auch der friedlichen Auswertung der Kernenergie ununterbrochen beschwören, so muß man ihnen doch objektiv zubilligen, daß sie mit dazu beigetragen haben, bestes Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, daß beispielsweise deutsche Kernreaktoren eine vier- bis fünffache Absicherung haben. In Tschernobyl hingegen gab es für den Bruch des Kühlsystems, wie er sich dort ereignet hat, nur eine einzige Sicherheitsalternative. Anders als hier bei uns gilt in der Sowjetunion jeglicher Widerstand gegen die Kernkraftwerke als kriminell, in der Sowjetunion gibt es auch keine grüne Bewegung, keine ökologischen Bürgerinitiativen und undenkbar sind dort Massendemonstrationen, die sich gegen geplante neue Kernkraftwerke richten.

LANGER (AS): (Unterbricht)

HOSP (SVP): Darüber ließe sich auch noch reden. In Moskau, Kollege Langer, regiert die mächtigste und auch die brutalste Atomlobby der ganzen Welt, die jeden Widerstand gnadenlos erstickt, mit Gefängnis, mit Arbeitslagern, mit Einweisung in psychiatrische Kliniken, im besten Falle mit Ausbürgerung. Anders als bei uns herrscht in der Sowjetunion aus systembedingten Gründen eine geradezu monströse Mißachtung der Natur; und das ist die Tatsache. Die Belange der Umwelt spielen dort trotz allarmierender Anzeichen in der Wirtschaftsplanung kaum eine Rolle. Das sowjetische System verfügt aufgrund seines totalitären Charakters weder über gesellschaftliche noch über politische Mechanismen, die einen Ausgleich zwischen den notwendigen industriellen Wachstumsansprüchen und den Ansprüchen einer gesunden Umwelt bewirken können. Solche Mechanismen wie ich sie bereits geschildert habe, gibt es aber sehr wohl hier bei uns und sie führen, wie ich bereits vorhin ausführlich geschildert habe, zur sogenannten ökologischen Marktwirtschaft. Aufschlußreich liest sich, jüngst

abgedruckt in der "Zeit", unter dem Eindruck des Fanals von Tschernobyl, die vielsagende Äußerung des sowjetischen Energiewirtschaftsministers, eines "Kollegen" von Sepp Mayr, Neporosni, der wörtlich gesagt hat: "In der Kernenergie werden wir für den Umweltschutz wenig ausgeben müssen". Mit einem beispiellosen Zynismus und einer Menschenverachtung, die alle kommunistischen Reden von Solidarität und Brüderlichkeit Lügen straft, hat die sowjetische Führung seine eigenen Verbündeten wochenlang im Dunkeln gelassen über das Unglück von Tschernobyl und ungewarnt den tödlichen Gefahren aus der Ukraine überlassen. Mehr noch: daß wir überhaupt von Tschernobyl wissen, verdanken wir bloß dem Wetter, nicht etwa der Bereitschaft der Sowjets, umfassend objektiv darüber zu informieren. Hätte nämlich der Wind Ende April, Anfang Mai 1986 zufällig ständig von West nach Ost geweht (was übrigens sehr häufig der Fall ist, häufig weht er nämlich von West nach Ost, damals nicht), so wüßten wir wahrscheinlich heute noch nichts von dem Gau in der Ukraine. Irgendwann einmal wäre vielleicht in den Zeitungen an versteckter Stelle eine kleine Meldung mit der Überschrift "Reaktorpanne in der UdSSR" erschienen. Die Sowjets hätten im Schutz des Westwinds ihre Opfer in gewohnter Weise still und heimlich beiseitegeschafft und vielleicht hätten sie auch gewisse Beschränkungen des Reiseverkehrs damit begründet, daß in der Ukraine derzeit eine Grippeepidemie grassiere. In der Tat, die stärkste Atomlobby der Welt, ich wiederhole es, Kollege Langer, sitzt nicht in einem kapitalistischen Land, vielmehr hat sie ihren Sitz in der Zentrale des Weltkommunismus in Moskau. Wer sich vor Kernkraftwerken übermäßig fürchtet, wer gar für den sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft plädiert (und das kann ich nachempfinden), der müßte aber folgerichtig zuerst einmal für die Abschaffung der kommunistischen Diktatur eintreten, und zwar mit derselben Vehemenz, denn der Kommunismus ist das einzige System, das auch heute noch, nach Tschernobyl, die leiseste Zuckung einer Antiatombewegung wie ein Verbrechen verfolgt. Nun, ich lasse mich weder auf diesem Gebiet noch auf anderen Gebieten von Weltuntergangsprophezeihungen sektiererischer Eiferer beeinflussen. Kurzsichtig wäre es meines Erachtens allerdings, etwa die Atomkraft unkritisch als die Energiequelle für alle Zeiten darzustellen, denn welche Risiken, welches Gefahrenpotential auch in der friedlichen Nutzung der Atomspaltung stecken, das hat wohl der Unfall von Tschernobyl aller Welt ganz, ganz deutlich gemacht. Deshalb führt sicher kein Weg am Ziel vorbei, neue Energiequellen zu erschließen, die weniger Gefahren für die Menschheit und zugleich auch weniger als die herkömmlichen Kraftwerke, beispielsweise Kohle, Gas, Öl die Umwelt belasten. Nur, noch hat die Menschheit diese neuen Energiequellen nicht, und bevor man aussteigt muß man meines Erachtens wohl wissen, worin man einsteigt. Auf dem Weg dahin muß die verständliche Angst vieler Bürger (und ich sage "die verständliche Angst") mit einkalkuliert werden, die Hysterie jedoch, mit der mancher diese Angst zum Politprügel machen will, und da gibt es ja die Helfershelfer dafür, die wären in der Tat der denkbar schlechteste Ratgeber. Auf dieser Bandbreite, um wiederum auf die Mühe der Südtiroler

Politik zurückzukommen, liegt ja gerade auch der geradezu hysterisch klingende Satz auf Seite 9 des Minderheitenberichts der Alternativen. Da heißt es wörtlich: "Hier wird Autonomie Selbstermächtigung zur Selbstzerstörung und Selbstverstümmelung und das allzu häufig für einen sinn- und zwecklosen Verkehr". Was dann alles folgt, paßt weniger in ein Landesparlament als viel eher für eine zugegebenermaßen kurzweilige Büttenrede auf einer Faschingsgesellschaft. Ich zitiere, Seite 9: "Die Staatsstraßen und die wichtigsten Landesstraßen könnten nach und nach mit schienengebundenen ortsverbindenden Bahnen ausgestattet, die Busse beispielsweise auf Wasserstoffbetrieb umgerüstet werden, Höfeerschließung könnte auch nachträglich noch vorzugsweise mit Seilbahnanlagen erfolgen". Jetzt kommt es: "ein teilweiser Rückbau von Straßen müßte mithelfen, die Attraktivität des Autofahrens so weit zu senken, daß das öffentliche Verkehrsmittel sich wieder gegen den Individualverkehr durchsetzen kann. Das wäre nicht nur das effizienteste Programm zur Rettung unseres Lebensraumes und Signal für andere Regionen, es wäre auch im Rahmen einer Politik der Arbeitsplatzbeschaffung ein Lichtblick". Mit demselben Recht könnten die Alternativen sagen, man sollte die erstellten Wohnungen wieder abbrechen, weil im Zuge des Neubaus der Wohnungen (vielleicht könnte man dann noch mehr aufstellen, weil es sie auch tatsächlich bräuchte) würde man der Arbeitsplatzbeschaffung zum Erfolg verhelfen.

LANGER (AS): (Unterbricht)

HOSP (SVP): Dadurch würde dann Südtirol wahrhaftig zum Musterland für jene Sysiphusarbeit machen, von der man, aus dem Altgriechischen übertragen, manchmal in anderen Zusammenhängen gerne redet. Kurzum, Kollege Langer, zumindest für eines ernten Sie sicherlich auch von meiner Seite Bewunderung, nämlich dafür, wie sehr Sie eine mit Anakoluthen und Szenenrotwelsch durchsetzte Sprache beherrschen. Der Herr Oberschullehrer Tribus hat in seinem Minderheitenbericht der Alternativen zumindest über weite Strecken Schülerfrechheiten mit Politik verwechselt. Was die Alternativen allerdings in ihrem Minderheitenbericht auf Seite 25 unter dem Titel "Neue Förderungsmaßnahmen auf Kosten der alten" an beratenden Gedanken zu Papier geben, das erscheint mir wiederum durchaus beachtenswert und brauchbar. Also, durchgelesen habe ich es genau. Wenn die Alternativen jedoch, siehe Seite 26 ihres Minderheitenberichtes, in jeder Gemeinde unseres Landes, so steht es wörtlich geschrieben, einen Raum der Demokratie fördern, der als "Chance und Herausforderung lebendiger Demokratie" verstanden werden kann, so muß ich angesichts der politischen Realitäten in unserem Lande im Zusammenhang mit diesem hintergründigen Zynismus schon ganz offen sagen, daß ich mich des Eindruckes nicht erwehren kann, daß bei dieser Behauptung mehr der Wortschatz als der Verstand Regie geführt haben...

LANGER (AS): (Unterbricht)

HOSP (SVP): Ja, Kollege Langer, in diesem konkreten Falle sind die Alternativen wieder einmal als die Pharisäer mit dem Anspruch der Moralisti-
sten aufgetreten. Aber wir wissen ja, daß sie in Sachen Volkstumspolitik
inzwischen einen gewissen Bekanntheitsgrad haben als Bahr-inspirierte
Fundamentalapokalyptiker und als Panella-strapazierte Reformapologeten,
um ebenfalls mit ein paar "Brocken" zu antworten, wie sie in ihrem Be-
richt so vielfach verkauft werden. Das fällt einem dann beim Durchlesen
irgendwie ein. Aber von der Neuen Linken bzw. den Alternativen oder Grün-
nen, wie sie sicherlich künftig etwas aktueller heißen mögen werden, sind
wir hier und anderswo bereits einiges gewöhnt. Sie arbeiten unentwegt,
unterstützt natürlich auch von allen jenen Parteien, die ebenfalls auf
dem Boden der marxistisch-leninistischen Ideologie stehen, an einem My-
thos, daß diese unsere Gesellschaftsordnung im freien Europa die denkbar
schlechteste sei. Das geben Sie doch zu?

LANGER (AS): (Unterbricht)

HOSP (SVP): Ich werde es Ihnen auch gleich beweisen, weil das Buch,
aus dem ich zitieren werde, erst erschienen ist. Dieser Mythos wird mitt-
lerweile auch europaweit von den Medien aufgegriffen und so wird dann in
vielen Zeitungen sowie im Fernsehen, aber auch bereits in den Schulen
vielfach leider nichts anderes gemacht, als zu predigen, daß wir in einer
denkbar schlechten Gesellschaft leben. Es wird vielfach der Eindruck er-
weckt, daß es schlimmer gar nicht mehr werden kann. Dieser Mythos aber
ist im Grunde genommen völlig falsch. Jedoch ist er durch das ständige
Einpauken durch gewissen Medien und durch manche Lehrer stärker geworden
als die Realität.

Jetzt erlauben Sie mir, daß ich hier ganz kurz als Gegenzeugen
einen der bedeutendsten Philosophen dieses Jahrhunderts, den in London
lebenden gebürtigen Wiener, den Sie sicherlich auch sehr gut kennen, Karl
Raimund Popper, zitiere, dessen kritischer Rationalismus sowie dessen
Konzeption der offenen Gesellschaft einen so nachhaltigen Einfluß auf die
Philosophie, auf die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und auf die
Politik der westlichen Welt ausgeübt haben und noch immer ausüben. Ich
zitiere: "Denn meine These ist die, ich behaupte, daß unsere Zeit trotz
allem die beste aller Zeiten ist, von denen wir historische Kenntnis ha-
ben, und daß die Gesellschaftsform, in der wir im Westen leben, trotz
vieler Mängel die beste ist, von der wir Kenntnis haben". Ich zitiere
weiter: "Der marxistische Kommunismus ist nur das schrecklichste Beispiel
eines solchen Versuchs, den Himmel auf Erden zu verwirklichen. Es ist ein
Experiment, von dem wir lernen, wie leicht die, die sich anmaßen, den
Himmel auf Erden zu verwirklichen, die Hölle verwirklichen können". Und
schließlich: "Es gibt Propheten des Fortschritts und es gibt Propheten
des Rückschritts, und sie alle finden gläubige Schüler, trotz allem, und

es gibt Propheten und Gläubige der Gottheit Erfolg, der Produktionssteigerung um jeden Preis, des Wirtschaftswunders und der Macht des Menschen über die Natur, aber den größten Einfluß unter den Intellektuellen haben die raunzenden Propheten des Pessimismus". Hierher, glaube ich, paßt die Kernaussage einer jungen Schriftstellerin, die unlängst in einem Buch geschrieben hat, sie glaube nicht daran, daß die Welt an der nuklearen Bedrohung zugrunde gehe, sondern am Mangel an Stil und am Mangel an Charakter. So müssen wir uns denn in der Tat fragen, ob wir heute nicht auch der Gefahr einer Zerstörung unseres Lebensraumes von innen ausgesetzt sind durch den unersättlichen, den materiellen Überschuß und Überfluß durch eine Konsum- und Fortschrittsmentalität, die auch in unsere Heimat Einzug gehalten hat. Es sind vor allem die jungen Menschen, die ein wachsendes Gespür für diese Gefahren zu haben scheinen. Ihnen stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Erscheinungen in unserer Gesellschaft, sie wollen sich die Möglichkeit erhalten, ihr Leben in freier Entscheidung und in einer Umwelt, die den Erfordernissen des Menschen noch gerecht werden kann, zu gestalten. Dies müssen wir natürlich bei unseren Überlegungen und Entscheidungen als Politiker stets bedenken. Zweifelsohne gab es und gibt es in unserer Landesgeschichte Jahre besonderer Herausforderung. Es würde zu weit führen, hierüber ein Wort zu verlieren. Es gibt jedoch eine Herausforderung auch ohne bestimmte Jahreszahlen, eine Herausforderung, der wir uns immer zu stellen haben: nämlich die Erhaltung unserer freiheitlichen Demokratie, unserer demokratischen Ordnung auf der Grundlage von Menschenwürde und noch weiter auszubauender Freiheit und Eigenständigkeit und auf der Grundlage noch stärkeren Bewahrens unserer Umwelt und unseres nicht beliebig vermehrbaren Bodens. Diese Überlegungen, Kolleginnen und Kollegen, rund um die Ökologie und um die Ökonomie, inspiriert auch durch den Minderheitenbericht der Kollegen von der Alternativen Liste, aber auch rund um den inneren Umweltschutz, ebenfalls inspiriert von den Kollegen der Alternativen Liste, wollte ich angestellt wissen nicht nur als bescheidene Gedanken zum eben angelaufenen Jahr des europäischen Umweltschutzes, sondern auch als Anregung dafür, daß der bestehende Interessenkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie ein ständiges Überdenken der politischen und urbanistischen Entscheidungen auch unseres Landes verlangt, weil auch bei uns die Grenzen der Belastbarkeit der Umwelt erreicht sind und weiteste Teile unserer Bevölkerung, wenn man sich umhört, dies auch so empfinden.

Im Haushaltsbericht des Herrn Landeshauptmanns sind hinsichtlich einer weiteren Konsolidierung unserer Wirtschaft sehr gute Ansatzpunkte enthalten, und das ist ja gleichbedeutend damit, daß auch eine Linderung auf dem Gebiete der Beschäftigungspolitik eintreten mag. Ich habe schon das Gefühl, daß man große Anstrengungen unternimmt, um trotz der spärlichen uns zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumente der wirtschaftlichen Probleme im Hinblick auf die wünschenswerte Verbesserung der Beschäftigungspolitik Herr zu werden.

Auf gesamtstaatlicher Ebene bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß eine Stabilisierung der Politik auch nach der zu erwartenden Regierungs-umbildung in Rom, im kommenden Frühjahr, anhält und damit auch die schrittweise Gesundung der öffentlichen Finanzen des Staates, mit denen es nach wie vor nicht gerade zum besten bestellt ist, die aber trotzdem einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend aufweisen. Dadurch wurde, wie festgestellt werden kann, auch eine günstige Zinsentwicklung erreicht. Die schrittweise Zinssenkung gleich um mehrere Prozentpunkte in der letzten Zeit entlastet natürlich im starkem Ausmaße die Wirtschaft und die Bürger und erleichtert auch die Kreditaufnahmen der öffentlichen Hand, sprich der Gemeinden, im Sinne einer Ankürbelung, wie ich schon gesagt habe, auch gewisser Wirtschaftszweige, die im Haushalt ausgewiesenen Zinsbegünstigungen zum Einsatz bringen zu können. Der Zinssatz ist also ein entscheidender Preis- und Kostenfaktor für die Wirtschaft, für die öffentliche Hand und natürlich auch für viele Bürger. Zugleich ist der Zinssatz aber auch eine Meßlatte für das Vertrauen der Bürger und der Wirtschaft in die Politik der staatlichen Regierung. Dieses Vertrauen hat sich offensichtlich konsolidiert, trotz allem, wenn auch nur in wirtschaftspolitischer Hinsicht, denn wir wissen alle, daß die sogenannte Politik- und Parteienverdrossenheit auf staatlicher Ebene einen, wie mir scheint, Höchststand erreicht hat. Es bleibt zu wünschen, daß sich der Staat in zunehmendem Maße bemüht, eine solide Politik des stabilen Geldes zu betreiben, denn nur ein solcher Staat kann sich international sinkende Zinsen leisten. Natürlich müßten die Ausgaben des Staates weiterhin erheblich beschnitten werden und vor allem müßte die Neuverschuldung des Staates massiver als dies Gott sei Dank schon versucht wird, gebremst werden. Und zwar hat es den Anschein, als habe die Staatsregierung inzwischen das Ruder in der fast maßlos erscheinenden Ausgabenpolitik des Staates einigermaßen herumgeworfen, jedoch fällt es einem angesichts der täglichen Beobachtungen des realen Geschehens schwer, daran zu glauben. Jedoch steht zu hoffen, weil auch unsere Wirtschaft, unser Wirtschaftswachstum in Südtirol und unsere Prosperität nicht isoliert von der staatlichen Wirtschaftspolitik gesehen werden kann, daß der Staat in seiner Absicht, den Staatshaushalt schrittweise zu sanieren, Erfolge zeitigen möge, denn die Erfolge bei der Sanierung des Staatshaushalts sind zweifelsohne ein entscheidender Aktivposten für die wünschenswerte Politik der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und der Belebung der Wachstumskräfte. Allerdings kann man bereits jetzt beobachten, daß sich auf staatlicher Ebene die Wirtschaft nach Jahren der Rezession und Stagnation auf einem soliden Wachstumskurs befindet. Man kann feststellen, daß die Preise eine Stabilität erreicht haben, wie wir sie wohl seit Jahren nicht mehr kannten. Es kann auch festgestellt werden, daß die privaten Investitionen wiederum in Gang gekommen sind, womit Arbeitsplätze gesichert und auch neue geschaffen werden können. Was allerdings in Italien noch immer zu großer Sorge Anlaß gibt, ist der Umstand, daß der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach wie vor durch schuldenfinanzierte Ausga-

benprogramme aufbläht. Die noch immer feststellbare übermäßige Beanspruchung der Kapitalmärkte durch den Staat müßte ehebaldigst abgebaut werden, womit wiederum bedeutend niedrigere Zinsen möglich würden mit allen positiven Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in die Wirtschaft und auf das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des Staates schlechthin mit allen positiven Auswirkungen somit auf ein solides Wachstum und insbesondere auf ein solides Beschäftigungsprogramm. Eine Gesundung der Staatsfinanzen wird allerdings auch erheischen, daß die sogenannte Staatsquote gesenkt wird. Diese Staatsquote ist bekanntlich der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt. Die Staatsquote macht heute in Italien immerhin an die 50 oder über die 50% aus. Daß von einem Erfolg bei den Bemühungen der Staatsregierung, den Staatshaushalt zu sanieren, noch nicht gesprochen werden kann, das spüren die Bürger drastisch durch die laufenden Steuererhöhungen. Von einem Erfolg der Haushaltssanierung des Staates wird erst dann gesprochen werden können, wenn wiederum Steuerentlastungen eintreten. Eine Steuerentlastung aber ist wiederum nur möglich, wenn die Regierung mit einem neuen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs die Staatsausgaben wieder unter Kontrolle bringen und damit einen echten und nicht nur künstlich aufgeblähten wirtschaftlichen Aufschwung wird einleiten können.

Das Zinsniveau lag in den vergangenen Jahren durch eine starke staatliche Inanspruchnahme der Kapitalmärkte, wie wir alle wissen, sehr, sehr hoch. Wir kennen alle die Folgen. Viele Unternehmen investierten nicht mehr in Produktionsanlagen, sondern sie legten ihr Geld in risikolosen staatlichen Anlagen an. Das Ergebnis einer solchen grundfalschen staatlichen Wirtschaftspolitik lag für jeden einsehbar auf der Hand: Unterlassene Investitionen, unzählige nichtgeschaffene Arbeitsplätze. Hier könnte sich der Staat bei uns in Südtirol etwas abschauen, obwohl wir hier sozusagen als wirtschaftspolitisches Instrument nur den Haushalt des Landes zu Diensten haben, wenn man von einigen Ordnungsgesetzen eigener Kompetenz absieht. Der Bericht des Herrn Landeshauptmannes, aber auch die Zahlen im Haushaltsvoranschlag selbst beweisen es: die Arbeitsmarktpolitik der SVP und ihrer Partner in der Landesregierung ist in ein umfassendes wirtschaftspolitisches Konzept eingebunden und geht folgerichtig davon aus, daß neue und sichere Arbeitsplätze nur durch mehr Investitionen geschaffen werden können. Eine notwendige Voraussetzung zum Abbau der, wenn auch nicht beängstigend hohen, so doch für die Betroffenen sehr schmerzvollen Arbeitslosenziffer ist letztendlich nur ein ausreichendes Wirtschaftswachstum. Nullwachstum zu predigen und gleichzeitig von neuen Arbeitsplätzen zu faseln, bedeutet Wasser zu predigen und Wein zu trinken. Auch wir in Südtirol sind gefordert, den allgemeinen Strukturwandel in der Wirtschaft anzunehmen und zu gestalten, wobei natürlich auch wir das vorrangige Ziel anstreben müssen, mit den sich bietenden modernen Technologien zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Besorgniserregend erscheint mir aus dem arbeitsmarktpolitischen Teil des Haushaltsberichts des Herrn Landeshauptmannes der nach wie vor sehr hohe Anteil der Jugend-

lichen an der Gesamtarbeitslosenrate. Immerhin sind 3.410 Jugendliche unter 21 Jahren und 4.941 Jugendliche unter 25 Jahren in den Arbeitslosenlisten eingetragen.

Landesrat Saurer stellte in einer Anfragenbeantwortung vor einigen Monaten fest, daß der Hauptgrund für den hohen prozentmäßigen Anteil der Jugendlichen an der Arbeitslosenrate häufig darin liege, daß die betreffenden Jugendlichen eine mangelnde berufliche Qualifikation aufweisen. Dieser Umstand stellt also heutzutage mehr denn je ein Hindernis auf dem Arbeitsmarkt dar. Effektiv, so wußte Landesrat Saurer weiter zu berichten, verfügen mehr als dreiviertel der als arbeitslos gemeldeten Jugendlichen nur über einen Pflichtschulabschluß. In diesem Kontext ist es richtig, wenn die Landesregierung nichts unterläßt, um das Berufsbildungssystem unseres Landes durchlässiger und noch flexibler zu gestalten, um die Ausbildung unserer jungen Leute immer mehr den sich wandelnden Erfordernissen der Arbeitswelt anzupassen, wobei natürlich der Eignung und Neigung eines jeden Auszubildenden Rechnung getragen werden muß.

Im Bürowesen, und auch das geht aus dem Bericht des Herrn Landeshauptmannes hervor, vollzieht sich geradezu eine technische Revolution und es besteht die Absicht, bereits in den allgemeinbildenden Oberschulen das Fach Informatik einzuführen. Ich würde allen Ernstes darum ersuchen, daß sich die Landesregierung auch Gedanken macht, ob nicht auch bereits in den Mittelschulen zumindest ein kleines Grundwissen zum Fache Informatik vermittelt werden könnte und ob nicht auch schon die Mittelschulen mit den heute nicht mehr sehr kostspieligen EDV-Anlagen oder Computern ausgestattet werden könnten, um die Kinder vielleicht mehr in spielerischer oder interesseerreichender Form an dieses neue Faktum, ohne welches heute ein Bürowesen nicht mehr denkbar ist, heranzuführen. Kurzum, bei den Oberschulen äußerst zu begrüßen, aber es wäre gut, auch zu überlegen, ob nicht die Kulturchefs es auch für die Mittelschulen erwägen könnten.

Ich möchte die Bemühungen der Landesregierung, welche diese zur Linderung der Beschäftigungssituation bereits unternommen hat, welche sie aber, wie zu hoffen steht, ehebaldigst auch noch zu verstärken versucht, zusammenfassen mit dem Wort Qualifizierungsoffensive. Nur durch eine solche gezielte Qualifizierungsoffensive kann die Berufsausbildung ganz allgemein, kann Qualifizierung und Weiterbildung Arbeitsloser, insbesondere arbeitsloser Jugendlicher, natürlich zur Verbesserung der Vermittlungschancen, gefördert werden. Der tiefgreifende Strukturwandel, in dem sich die Wirtschaft im allgemeinen, aber auch unsere heimische Wirtschaft, derzeit befindet, wird wesentlich von neuen Technologien bestimmt. Heute vollzieht sich ein Prozeß technologischen Wandels, den ich bereits schlagwortartig als technisch industrielle Revolution umschrieben habe.

Als wesentlicher Teil unseres Wirtschafts- und unseres Gesellschaftssystems ist natürlich auch das heimische Handwerk, eine tragende Säule unserer mittelständischen heimischen Wirtschaft, von diesen Einflüssen nicht ausgenommen. Jedoch hat unser Handwerk seit jeher eine po-

sitive Grundhaltung zur Technik und zu ihren Errungenschaften eingenommen. Es hat es eigentlich immer schon verstanden, sich rechtzeitig auf neue Entwicklungen einzustellen und rechtzeitig zu reagieren. Dabei kommt dem heimischen Handwerk im derzeit sich im Gange befindlichen technischen Anpassungs- und Erneuerungsprozeß seine traditionelle Flexibilität, sein Ideenreichtum und natürlich sein fachliches Können besonders zugute. Wenn sich auch im Bereich des heimischen Handwerks das Problem der neuen Technologien anders stellt als beispielsweise im Bereich der Industrie, so geht doch auch im Handwerk um die so wichtigen betriebsbezogenen Innovationen und um eine allgemeine technische Anpassung auf allen handwerklichen Tätigkeitsfeldern kein Weg herum. Gerade aber in der Fortentwicklung traditioneller Fertigkeiten liegt eine besondere Chance unseres Handwerks. Noch mehr als in der Vergangenheit kommt es jedoch in Zukunft darauf an, daß die berufliche Qualifikation mit der schnellen technischen Entwicklung unserer Zeit Schritt hält. Das fordert natürlich in ganz besonderem Maße eine Berufsbildung, die sich dem Wissen von morgen und von übermorgen zuwenden muß. D.h. die Ausbildungsordnungen zeitnah an die Ausbildungsinhalte anzupassen, zugegebenermaßen, leichter gesagt als in der Praxis getan. Anstrengungen auf diesem Gebiete sind bereits mit Erfolg im Gange. Auch hierin, so darf ich wohl feststellen, steht Südtirol im gesamtstaatlichen Vergleich vorbildlich da. In Japan und in den Vereinigten Staaten werden die Ausbildungsordnungen im Durchschnitt sogar alle drei Jahre den technischen Erfordernissen angepaßt. Nun, damit wäre unser kleines Land aus vielerlei einsehbaren Gründen natürlich überfordert. Aber die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Anpassung, kurzum, des Schritthaltens, möchte ich hier schon hervorheben. Auf diesem Gebiete wäre Sparen sicherlich das denkbar Falscheste.

Der Herr Landeshauptmann stellt in seinem Haushaltsbericht zu Recht fest, daß in Zukunft die Förderungspolitik des Landes nach strengsten Auslesekriterien ausgerichtet werden müsse, wobei gegenüber Förderungsansuchen für ordentliche Investitionen den Gesuchen um die technische Erneuerung und Umstrukturierung von Betrieben, sprich Innovation, der Vorrang einzuräumen ist. Diese Aussage verdient meines Erachtens besondere Beachtung und sie ist Bestandteil einer durchaus weitsichtigen wirtschaftspolitischen Konzeption. Innovation, d.h. die Umsetzung des technischen Fortschritts in neue Produkte und in neue Verfahren, ist die uralteste Aufgabe des Wirtschaftsunternehmers. Dies ist wesentlicher ordnungspolitischer Grundsatz im Rahmen auch der sozialen Marktwirtschaft.

In diesem Sinne ist auch die Aussage des Herrn Landeshauptmanns besonders hervorzuheben, die er in seinem Haushaltsbericht betreffend Innovation getroffen hat. Die Konzeption unserer Innovationspolitik muß natürlich aufgrund der Gegebenheiten auf die Förderung von kleinen und auf die Förderung von mittleren Unternehmen ausgerichtet sein. Unsere mittelständische Wirtschaft hat sich auch gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten stets als ein stabilisierendes Element der gesamten Wirtschaft erwiesen. Hier liegen für unser Land letztlich auch die Leistungsreserven

zur Schaffung neuer und zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze. Deshalb ist es auch folgerichtig, wenn die Landesregierung ihre Förderungspolitik in diesem Bereich ansetzt. Ich bin sogar der Meinung, daß unsere Förderungspolitik in diesem Bereich, den der Herr Landeshauptmann angesprochen hat, stärker als bisher angesetzt werden muß. Dabei gilt es, wie dies ansatzweise ebenso bereits erfolgt ist, künftig die gesamte Förderungspolitik insofern umzukrempeln, als es sich erfahrungsgemäß als vorteilhafter für die Unternehmen erwiesen hat, auf mehrere Jahre sich erstreckende Hilfsmaßnahmen durch einmalige Verlustbeiträge zu ersetzen oder zumindest die Laufzeit mehrjähriger Beitragsquoten stark zu reduzieren. Auf diese Weise kann auch die Effizienz des Geldmitteleinsatzes für unsere mittelständischen Betriebe bedeutend verbessert werden. Natürlich können wir es uns bei der für unser Land so überragend wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung unseres Mittelstandes und unseres Handwerks im besondern nicht leisten, das Innovationspotential der vielen kleinen und mittleren Unternehmen etwa brach liegen zu lassen. Schließlich ist die Produktionsvielfalt, wie jüngst Professor Holub auf einer Tagung in Bozen festgestellt hat, unserer vielen mittleren Betriebe ein wichtiger Indikator für die Stabilität unserer Wirtschaft. In diesem Zusammenhang scheint mir die Forderung angebracht, daß sich die zuständigen Wirtschaftsverbände, gezielt unterstützt durch die Landesregierung, noch mehr als bisher bemühen sollten, Fortbildungsangebote auszubauen und anzuregen, weil derjenige, ganz gleichgültig in welchem Wirtschaftszweig er tätig sein mag, der den Anschluß an die technische Entwicklung nicht verlieren und sich im immer schärfer werdenden Wettbewerb behaupten will, ebenso wie seine Mitarbeiter, auf möglichst moderne Fortbildungsangebote angewiesen ist, und dies ohne Zweifel in zunehmendem Maße. Die Bedeutung der Fortbildung im Bereiche unserer Wirtschaft im allgemeinen, insbesondere aber des mittelständischen heimischen Handwerks zur Erhaltung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden und bedarf daher einer besonderen Förderung durch die öffentliche Hand. Förderungen dieser Art, so wie die bereits genannten Innovationsförderungen, möchte ich, was den wirtschaftlichen Bereich angeht, überhaupt zu den sinnvollsten Förderungen zählen, welche die öffentliche Hand auszuschütten vermag.

Auf der bereits zitierten Tagung des Landeswirtschaftsausschusses der Südtiroler Volkspartei zum Thema "der Landeshaushalt aus moderner volkswirtschaftlicher Sicht", ging es hauptsächlich um die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Ausgaben, ein Reizthema zugegebenermaßen, aber auch ein ungeheuer wichtiges Thema der Nationalökonomie und zugleich eine der ältesten Fragestellungen dieses Wissenschaftszweiges. Es ging dabei in erster Linie um die Input-Output-Analyse, mit der man, etwas laienhaft ausgedrückt, beispielsweise errechnen kann, wieviel zusätzliche Umsätze mit der Ausweisung einer gewissen Summe im Landeshaushalt für Investitionen erzielt werden können. Wie sich diese Multiplikatoreffekte schließlich, und das erscheint mir angesichts der ange-

spannten Beschäftigungslage besonders interessant, wie sich diese Umsätze auf eine positive Beeinflussung der Beschäftigungslage auswirken können. Zugegeben, unser Landeshaushalt konnte aus satzsam bekannten Gründen, wie ich schon eingangs festgestellt habe, schon seit Jahren nicht mehr rechtzeitig vorgelegt werden, während er dieses Mal rechtzeitig vorliegt, aber natürlich den strengen Überprüfungen gemäß Abmachungen im Koalitionsabkommen nicht in allen Details standzuhalten vermag. Denn das Problem der Fortschreibung der einzelnen Ressorts hinsichtlich der Ausgaben, die ihren Gesetzen oder den Gesetzen, die ihr Ressort betreffen, zugrundeliegen, ist in umfassendem Maße noch vorhanden und es wird sicherlich einige Zeit bedürfen, um einen Haushalt nach Maßgabe der Intentionen des Koalitionsabkommens vorliegen zu haben. Sollte aber in diesem Jahr ein Abschluß der Finanzregelung mit dem Staat erfolgen, was sehr zu wünschen ist, und vermögen wir dann zu einer jährlich regelmäßigen und jährlich rechtzeitigen Haushaltsgebarung überzugehen, wie es in diesem Jahre der Fall war, dann wird es auch ein Gebot der Stunde sein, so schnell wie möglich eine stufenweise Umkrepelung des Haushalts dahingehend vorzunehmen, daß man auf die Effizienz des Mitteleinsatzes nach dem Bewertungsparameter Beschäftigung, Wohnung, Bildung und Kultur übergeht, wie dies ja im Koalitionsabkommen vom Jahre 1984 verankert ist. An dieser Stelle darf ich die Landesregierung ersuchen, in gebotener Eile und auch allen Ernstes anläßlich der Erstellung des nächstjährigen Haushalts im Sinne der genannten Gebote und Abmachungen innerhalb ihrer Ressorts Etatbereiche den Stift ansetzen zu wollen und die sogenannte Fortschreibungsmethode nur in solchen Fällen fortzusetzen, die eine jährliche Finanzierung, auch im Sinne einschlägiger und zugegebenermaßen zum Teil zumindest unverzichtbarer Landesgesetze erheischen, während wiederum andere Förderungsgesetze zu überdenken bzw. hinsichtlich ihrer Laufzeiten zu revidieren sind, weil wir alle wissen, daß die langen Laufzeiten niemandem einen Dienst erweisen, letztendlich auch den Geförderten nicht.

Nun, wegen der gebotenen Aktualität, Kolleginnen und Kollegen, nachdem am 15. Jänner in Rom auch eine große Kammerdebatte zum Südtirolproblem ansteht, aber auch, weil es selbstverständlich im Südtiroler Landtag angebracht ist, auch einige Worte zur aktuellen Lage im Lande selbst bzw. zur Paketpolitik, zu sagen, möchte ich den abschließenden Teil meiner Ausführungen nunmehr nach Überlegungen zu Ökologie und Ökonomie, zur Wirtschaft des Landes, zur Beschäftigungspolitik, zur Umwelt usw. mit einigen Gedanken zur Paketpolitik abrunden.

Häufig habe ich den Eindruck, daß das Wort Paket, insbesondere von der Presse außerhalb Südtirols (weil unsere Presse selbstverständlich zu den Insidern gehört) allzu wörtlich genommen wird. Da möchte ich zuerst vor einem Mißverständnis warnen, das entsteht, wenn man das Wort Paket zu wörtlich nimmt. Ein Paket ist üblicherweise eine Lieferung, Gegenwert einer Bestellung, bestenfalls ein Geschenk. So etwas kommt beim Adressanten an und verändert sich hinfort nicht mehr. Unser Paket jedoch ist eine höchst unfertige Lieferung, wie mir scheint. Es besteht gewissermaßen aus

einem Bündel von Gutscheinen, deren Einlösung zwar in Aussicht gestellt, aber mitnichten vollzogen worden ist. Einige Gutscheine allerdings, gar nicht unerhebliche möchte ich auch sagen, die wirtschaftliche und kulturelle Besserstellungen verheißen haben, sind von Rom auch eingelöst worden und haben uns Südtirolern einen Zuwachs an Freiheit und damit auch an Selbstbewußtsein gebracht, der außerhalb Südtirols, vor allem in den Medien außerhalb Südtirols, meist so kommentiert wird, daß die Welt in Südtirol ja nun in völliger Ordnung sei, weshalb die Südtiroler sich nun endlich mit ihrem Schicksal ausgesöhnt zu zeigen und mit den Italienern in europäischem Geiste verbunden zu geben hätten. Wer indessen mit diesem Paket tagtäglich Umgang pflegt, wie wir als Politiker in erster Linie dazu berufen sind, der stellt sehr rasch fest, daß seine Inhaltsstoffe von sehr flüchtiger Natur sein können. Kaum will man einen der im Paket enthaltenen Autonomiegutscheine zur Prüfung ihrer Qualität einmal gegen das Licht halten, so verblaßt ihre Schrift zur Unverbindlichkeit, und will man gar den verbrieften Gegenwert einfordern, so löst er sich bisweilen in Mißfallen auf. In der Rückverweisungspraxis des Staates gegenüber unseren Landesgesetzen zeigt sich ein besorgniserregender Trend zum Zentralismus (den übrigens auch andere Regionen Italiens zu konstatieren Ursache haben, nicht nur wir Südtiroler), der autonome Regungen in die römische Zange nimmt mit einer ganz trivialen Begründung: jedes Landesgesetz kann nämlich vom Ministerrat in Rom zurückverwiesen werden, wenn es nach dessen Meinung die italienische Verfassung, die nationalen Interessen und die Grundausrichtung der italienischen Reformgesetze verletzt, was für den Ministerrat automatisch eine Kompetenzüberschreitung der autonomen Legislative bedeutet. Was nationale Interessen sind und was gegen Reformgesetze verstößt, das befindet die Regierung in Rom. Daß jedoch das Autonomiestatut den Rang eines Verfassungsgesetzes hat, ist ein Detail, das der ganzen Situation eine besondere Pikanterie verleiht. Das bedeutet aber, daß das Paket nicht nur unvollständig ist, weil immer noch wesentliche Zuständigkeiten ausstehen, sondern daß sein bereits normierter Inhalt jeder Zeit durch zentralstaatliche Eingriffe und zusätzlich durch höchstgerichtliche Erkenntnisse auf noch dazu verfassungsmäßig völlig legale Weise ausgehöhlt werden kann.

Gutscheine, sagte ich eingangs, enthalte das Südtirolpaket. Diese Gutscheine für autonome Kompetenzen sind nur dann etwas wert, wie mir scheint, wenn sie gedeckt sind. Gedeckt über Durchführungsbestimmungen, die aus dem Autonomiestatut erst ein wirkliches Instrument der Autonomie machen können. Jedes Gesetz ist nämlich, so könnte man sagen, nur so gut wie seine Durchführungsbestimmungen. Wir müssen es laufend selbst erfahren und ich gebe es auch gerne zu, es sind hier bei uns noch sehr verwickelte und ausgedehnte Sachkomplexe zu bewältigen, die nicht nur sachlich kompliziert, sondern vor allem auch emotionell aufgeladen und neuerdings, wie täglich zu erleben, immer stärker mit Emotionen befrachtet werden. Immerhin stehen Durchführungsbestimmungen vom Range einer Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache und viele andere

(die meine Vorredner schon aufgezählt haben, und ich möchte mich nicht wiederholen) zur Durchführung an. Ich glaube, es war unser Landeshauptmann, der die Metapher vom eisigen Wind aus Rom geprägt hat, als sich vor etwa fünf Jahren zu zeigen begann, daß die Angelegenheit der Autonomieverwirklichung nicht zum Besten steht. Er weht immer noch, dieser kalte Schirokko, und die verschiedensten Gruppen blasen kräftig mit. Gleichgültig, wie sie ideologisch eingefärbt sein mögen, ganz links bis ganz rechts.

MITOLO (MSI-DN): (Interrompe)

HOSP (SVP): Man trifft sich neuerdings ganz gerne auf jener Position, die der Südtiroler Volkspartei einen Machtkomplex attestiert. Immerhin vermag sie bei Wahlen bis zu 90 oder zumindest um die 90% der Südtiroler Wählerstimmen zu erreichen. Danach führt unser Beharren auf...

LANGER (AS): (Unterbricht)

HOSP (SVP): Ich spreche von der Südtiroler Volksgruppe deutscher und ladinischer Muttersprache! Danach führt unser Beharren auf der vollständigen Durchführung der Südtirolautonomie zur Unterdrückung einer Minderheit von Italienern in der Provinz Bozen. Wohlgermerkt, die Italiener stellen das Staatsvolk von 57 Millionen, wir aber sind insgesamt knapp 300.000 deutsch- und ladinischsprechende Südtiroler, und wie verwundbar die Landesautonomie gegenüber der Staatsmacht ist, habe ich bereits kurz dargelegt und das bekommen wir hier in diesem Landtag im übrigen fast wöchentlich zu spüren. Eine wahrlich absurde Verdrehung der Tatsachen. Immerhin hat dieses Argument, durch die Neofaschisten zum Wahlslogan aufgeputscht, den Neofaschisten einen erheblichen Stimmenzuwachs gebracht. Dieser wiederum bewog die Speerspitze der neofaschistischen Bewegung Italiens im vergangenen Herbst zu einem aggressiven Kreuzzug vor das Bozner Siegesdenkmal, sogar aus der Poebene, wie weiland zur Zeit der Altfaschisten, karrten Busse Hundertschaften von Neofaschisten heran, wo Bozen zur Hauptstadt der Bewegung ausgerufen und Landeshauptmann Magnago und seine Mitstreiter rethorisch des Landes verwiesen wurden.

MITOLO (MSI-DN): (Interrompe)

HOSP (SVP): Li abbiamo sentiti i toni!

Ich habe nach dieser schändlichen Veranstaltung mit vielen Landsleuten gesprochen, die den alten Faschismus, lieber Mitolo, noch am eigenen Leib verspürt haben, und ich war zutiefst betroffen von der Besorgnis, der Angst, die diese neofaschistische Veranstaltung bei diesen Südtirolern geweckt hat. Es ist immer wieder festzustellen, und bei uns in Südtirol klumpen sich diese Tendenzen besonders leicht zusammen, es ist immer wieder festzustellen, wie wenig bewältigt, wie wenig geächtet der

Faschismus im heutigen Italien tatsächlich ist, so als sei diese verbrecherische Ideologie der bedenkenlosen Repression eben eine von vielen möglichen Haltungen im Spektrum der politischen Gruppierungen. Welche Perspektiven entstehen aus der gegenwärtigen komplizierten Situation von Paketverschleppung und nationalistischer Massenhysterie? Für die SVP, Instrument des politischen Willens der übergroßen Mehrheit der Südtiroler, ist es, wie ich meine, die Verpflichtung zu Geduld und Besonnenheit, eine Tugend übrigens, derer sie sich seit ihrer Gründung, seit über 40 Jahren rühmen kann, getragen von der nach wie vor andauernden Loyalität Österreichs gegenüber Südtirol. In diese Geduld einbeschrieben ist die Ablehnung radikaler Lösungsversuche für die nach wie vor offene Frage Südtirol. Es ist sehr einfach, die gesamte mühselige, langwierige und von vielen Mißerfolgen begleitete Prozedur der Autonomieverwirklichung mit einer radikalen Hand- oder Mundbewegung, wie dies häufig hier geschieht, wegzuwischen oder wegzuschreiben. Wenn wir aber Repression und Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ablehnen, dann können wir eine solche Radikalisierung von allen Seiten unmöglich in Kauf nehmen wollen. Daher bleibt uns gar keine andere Wahl als besonnen, zäh und aufmerksam weiterzuverhandeln, den Fuß in der Tür behalten, auch wenn es lange dauert, nicht die Tür zuknallen. D.h. auch für die Zukunft im Rahmen eines dynamischen Eigenständigkeitskonzepts auf nichts zu verzichten, auch wenn es, wie Landeshauptmann Magnago in seiner Eigenschaft als Parteiobmann der SVP gesagt hat, über die Inhalte des Pakets hinausgeht. Vielleicht, und man kann ja hoffen, schläft während dieser Wartezeit der eisige Wind wieder ein (wird aus diesem eisigen Wind ein Schirokko, weil der ja ein warmer Wind sein soll, vielleicht aber lassen wir das Beispiel des Windes beiseite) wird inzwischen ein Stück Europa gebaut. Daß während dieser Wartezeit alles getan werden muß, um das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol zu fördern, das liegt auf der Hand. Und ich bin auch grundsätzlich der Meinung, daß dieses Zusammenleben gar nicht so unfriedlich ist, wie es häufig aus polemischen Gründen dargestellt wird. Wahr indessen, bedauerlich wahr ist, daß es in Südtirol Leute gibt, die vom friedlichen Zusammenleben reden, sehr oft sogar, es aber eigentlich gar nicht wollen. Die einen, die (sekundiert von gewissen Presseberichten, die oft wirken, als habe ein Journalist mehr oder minder vom anderen abgeschrieben, und ich beziehe mich da auf die Presse außerhalb Südtirols) glauben machen wollen, daß es den Italienern in Südtirol unter dem angeblichen Mehrheitsterror der Südtiroler so elend schlecht geht, daß sie quasi eine Minderheit auf dem Todsmarsch wären. Dann sind da jene anderen, die in falscher Auffassung von Weltläufigkeit und Europäertum argumentieren, es sei ganz gleichgültig, zu welcher Sprachgruppe, deutsch, ladinisch oder italienisch man sich hier in Südtirol bekenne, Hauptsache, man sei ein Mensch. Für oberflächliche Idealisten mag dieses Argument klingen als sei es der "Hatrick" für die Friedenssicherung schlechthin.

Ich glaube aber, daß es ein Trugschluß ist und eine gefährliche Mystifikation dazu, weil der Friede zwischen den Volksgruppen nicht daher

kommen kann, daß Minderheiten sich sozusagen freiwillig als Friedenshindernis wegräumen, indem sie in der Mehrheit aufgeben. Und das Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheit ist für uns in Südtirol die Proportion 1:190! Entsteht also der Frieden wirklich dadurch, daß Mehrheiten Minderheiten schlucken? Das wäre nach meiner Meinung nichts anderes als ein Rückfall in den Nationalismus des 19. Jahrhunderts, aus dessen blutiger Inszenierung im 20. Jahrhundert wir doch weiß Gott genügend gelernt haben sollten. Was wir aber in Südtirol, was alle Volksgruppen brauchen und was besonders die kritischen Intellektuellen den volklichen Minderheiten anderswo schon längst gerne zugestehen, das ist eine Grundhaltung der Mehrheit, die Minderheiten nicht nur grollend toleriert, sondern sie fundamental bejaht und schützt aus dem Geist der Großzügigkeit, die an die Stelle der Abrechnung mit Vergangenheiten einen neuen Geist der Solidarität setzt. Auf der anderen Seite, auf der unseren, muß dann ein Selbstverständnis der deutschen und ladinischen Volksgruppe stehen, das zur Bewahrung der Identität die Bewahrung und Festigung der eigenen Kultur in den Vordergrund stellen will und auch stellen darf. Das hat zu gelten von den Kindergärten über die Schulen aller Stufen bis hinein in die Vereine und auch in die Familien, wobei mir natürlich klar ist, daß derlei Dinge sich nicht einfach verordnen lassen. Umso mehr haben die politischen Verantwortlichen dieses Bewußtsein wachzuhalten. Das und nichts anderes, keine Apartheid und keine ethnischen Käfige waren gemeint, wenn etwa unser Landesrat Dr. Anton Zelger vom Nebeneinander der Volksgruppen, das nicht so sehr ein Miteinander sein sollte, sprach. Er hat sich dafür mit den unflätigsten Vorwürfen bis hin zum Rassismus beschimpfen lassen müssen, aber jeder, wer Kollegen, der verstehen wollte und nicht nur giftige Tinte verspritzen wollte oder giftige Worte, hat verstanden, daß damit nicht das Bemühen der drei Sprachgruppen um eine bessere Autonomie aufgekündigt werden sollte oder etwa gar menschliche Beziehungen unterbunden werden sollten. Lediglich der Vermischung, die zur Verwischung unserer eigenen Identität führen muß und die sich hier und da bei Vereinen beispielsweise bereits abzeichnet, sollte eine Warnung entgegengesetzt werden. Diese Warnung ist zugleich die Richtschnur der meiner Meinung nach einzig gültigen Kulturpolitik in Südtirol. Gleichgültig, von wem sie verantwortlich betrieben wird, muß sie stets die Erhaltung der Eigenart der deutschen und ladinischen Volksgruppe als erstes Ziel haben. Eine solche Kulturpolitik ist nicht repressiv, wie uns vielfach vorgeworfen wird, gegenüber der anderen Volksgruppe. Eine solche Kulturpolitik, Kollege Mitolo, ist nicht repressiv gegenüber der anderen Volksgruppe, die zugleich ein Teil des Staatsvolkes ist, sondern einfühlsam ist eine solche Kulturpolitik. Ja, ich möchte geradezu sagen, sanft ist sie, weil sie die Beziehungen zwischen den Volksgruppen in unserem Land nicht mit großem Besen einfach zusammenkehrt, sondern auf der Grundlage respektvoller Zweisprachigkeit zu entfalten bereit ist. Respekt gilt vor der jeweils anderen zu achtenden Kultur und Sprache, respektlos finde ich es dagegen, wenn wir Südtiroler in unserer angestammten Heimat bei mancherlei Gele-

genheiten, wenn wir unsere Identität artikulieren, zu hören bekommen "qui siamo in Italia", so als lebten wir noch in einem jener Nationalstaaten, wie sie vom Faschismus unterschiedlicher Färbung längst ad absurdum geführt worden sind.

Ich habe bereits anlässlich der Debatte zum Regionalhaushalt die Beispiele angeführt (die ich mir an dieser Stelle jetzt ersparen darf, weil auch eine Landtagsanfrage läuft) mit einigen Schiedsrichtern, die von unseren Fußballern in der zweiten Amateurliga verlangt haben, daß sie auch unter sich und unter allen Umständen nur italienisch sprechen dürften. Ich danke der Tageszeitung "Adige", daß sie das recht gut kommentiert und vielleicht dadurch auch einigen Schiedsrichtern ins Herz gesprochen hat. Ich komme trotzdem nicht umhin, das Staunen und Befremden, daß es derlei Fakten in Südtirol noch gibt, auszudrücken, wenn man bedenkt, daß bei den Weltmeisterschaftsspielen etwa die UdSSR gegen Brasilien einen Schiedsrichter gehabt hat aus Italien (und Italiener können meistens sehr wenig englisch) und umgekehrt gab es Spiele zwischen verschiedenen Staaten, wo es einen russischen Schiedsrichter gegeben hat, der nicht italienisch und auch nicht englisch konnte und dergleichen mehr. Trotzdem sind den Spielern nicht ihre muttersprachlichen Worte verboten worden. Bei uns gibt es also solche Schiedsrichter, und ich hoffe, daß es nicht allzu viele sind, denn im Eishockey z.B. ist mir das nicht bekannt, überhaupt nicht bekannt, aber das Fußballwesen (und darüber wäre an anderer Stelle zu sprechen) gehört noch dem regionalen Verband an und im Zuge der neuen Sportautonomie, die wir alle anstreben mit vereinten Kräften, hoffen wir auf Besserungen. Solche Schiedsrichter haben einfach noch prähistorische und anachronistische und natürlich ganz klar faschistoide Positionen, ansonsten könnten sie nicht so unmenschlich vorgehen. Sie leisten dadurch einen Verstoß gegen die Verfassung, gegen das Autonomiestatut und auch gegen das Völkerrecht und die gute Gesittung. Dabei ist der Sport, um nur darauf hinweisen zu dürfen, gemäß Punkt 11 des Art. 9 unseres Autonomiestatutes, eine sekundäre Gesetzgebungshefugnis und ist auch im Paket gesondert behandelt. Hier, glaube ich, wird es in Zukunft besonderer Anstrengungen dieses Hauses bedürfen, um diese wichtige Materie ins Land selbst zu bringen, das auch so viele große Sportler hervorbringt, über die alle möglichen Leute stolz sein können, aber über die, und das erlauben wir uns wohl auch offen zu sagen, wir selbst am allerstolzesten sind. Daß auch im Haushaltsbericht des Herrn Landeshauptmanns eine Menge von positiven Kulturansätzen und auch im Bericht des Landesrates Zelger in der dritten Kommission des Landtages angeklungen sind, möchte ich, nachdem die Zeit zu Ende geht, nebenher am Rande berühren. Ich begrüße die Absicht, daß eine größere Anzahl von Studienstipendien fließen wird, ich kann nicht umhin, auch dafür zu danken, daß man das Theater und vor allem auch das Ausstellungswesen besser dotieren will und daß man auch zur Förderung des guten deutschen Films im Laufe dieses Jahres und zu vielem anderen mehr gelangen möge. Ich glaube, wenn man auch in anderen Bereichen Fragezeichen zu setzen beginnt hinsichtlich der Aus-

gaben (ich habe allerdings nicht viele gefunden, ich finde die meisten sehr notwendig, aber man fängt doch da und dort an, Fragezeichen zu setzen), dann wird es bestimmt auf dem kulturellen Bereich niemals ein Fragezeichen geben, nicht geben dürfen.

Abschließend noch ein Satz: Auf einer Basis des gegenseitigen Respekts bei Bewahrung der eigenen Identität (und ich betone nochmals, daß unsere Tiroler Identität die schützenswerte, weil die Identität der geschützten Volksgruppe und daher die substanziell gefährdetere ist, sonst hätte sie nicht durch ein internationales Abkommen geschützt werden müssen) signalisieren wir von der Südtiroler Volkspartei wohl, wie ich meine, laufend unsere ständige Dialogbereitschaft. Sie sollte auch für dieses Jahr wieder die wichtigste Perspektive für die Zukunft einer Politik sein, die wir als Politik für Südtirol umschreiben dürfen.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Si sono iscritti per domani mattina alcuni consiglieri. La seduta è tolta.

ORE 17.52 UHR

S E D U T A 160. S I T Z U N G

8.1.1987

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Pahl (3)

Gebert-Deeg (17)

von Egen (25)

Hosp (50).